

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Wochenblatt 3,00 M., monatl. 1,10 M.,
wöchentlich 20 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgepaltenen Kolonellen
oder deren Raum 40 Pf. für
politische und gemeinschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Herausgeber: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 8. September 1905.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Herausgeber: Amt IV, Nr. 1984.

Die Kommune Berlin
gegen den Fleischwucher.

Die Berliner Stadtverordneten haben sogleich in ihrer
ersten Sitzung nach den Sommerferien Stellung genommen
zu der Frage, die seit Wochen und Monaten die gesamte
Bevölkerung des Deutschen Reiches, mit Ausnahme nur der
wohlhabenden Gesellschaftsklassen, aufs lebhafteste be-
schäftigt — zu der Frage der Abwehr der Fleischnot.

Den Anlaß gaben drei Anträge, die von drei verschiedenen
Seiten gekommen waren. Die sozialdemokratische Fraktion
hatte einen Antrag eingebracht, der dazu dienen sollte,
den Magistrat aufzumuntern. Die drei Fraktionen des
Freisinnigen waren gefolgt mit einem gemeinsamen An-
trag, der den gleichen Zweck hatte. Und der
Magistrat selber hatte bereits vor Einreichung dieses zweiten
Antrages den Beschluß gefaßt, den Stadtverordneten
die Einsetzung einer gemischten Deputation vorzuschlagen, die
darüber beraten solle, mit welchen Mitteln auf baldige Herab-
minderung der hohen Fleischpreise hingewirkt werden könne.

Schärfer ging erst Genosse Singer den Fleischwucherern
zu Leibe. Er verzichtete darauf, die statistischen Nachweise
vorzutragen, die niemand mehr neu sein können. Dafür
schilderte er die Wirkungen, die die Fleischnot in Berlin gezeigt
hat und noch täglich zeigt, den Sturm auf die Verkaufsstellen der
Freibank, deren minderwertiges Fleisch den Unbemittelten heute
schon als Delikatesse gilt, die Zunahme des Verbrauches an
Pferdefleisch, das sonst von dem weitaus größten Teil der
Bevölkerung mit Widerwillen zurückgewiesen wird. Und viele
Tausende müssen sich den Genuß selbst dieses Fleisches ver-
sagen! Diese Fleischteuerung, so rief Singer aus, bedeutet
eine Vertwüstung der Volkskraft — zugunsten einer
bevorrechteten Klasse, zum Vorteil der Agrarier. Cassels
Späße wehrte unser Redner lächelnd ab: Herr Cassel gehöre
zu den wenigen Menschen, die den Herrn v. Poddbielski ernst
nehmen.

Die Maßregeln, die zur Linderung der Fleischnot vor-
geschlagen werden, sind die Aufhebung der Einfuhrverbote, die
Ermäßigung der Viehzölle und eine gemeinsame Rundgebung
der deutschen Städte zur Erreichung dieser Ziele. Genosse
Singer bekannte offen, er habe keine große Hoffnung,
daß die Städte einen besonderen Eindruck auf die Regierung
machen würden. Aber die Kommunen haben es in der Hand,
durch eigenes Eingreifen sich einen Einfluß auf die
Fleischversorgung der großen Städte zu verschaffen. Herr
Cassel hatte gemeint, die Stadt Berlin dürfe nicht, wie von
sozialdemokratischer Seite vorgeschlagen sei, selber Viehzucht
treiben, sonst werde sie zum Pionier für die Verbeisführung
des sozialdemokratischen Zukunftsstaates. Genosse Singer
erklärte, die vorgeschlagene Beratung in einer gemischten
Deputation werde hoffentlich den Magistrat und die Vertreter
der freisinnigen Stadtverordneten-Mehrheit erkennen lassen,
daß es die Aufgabe und Pflicht der städtischen Behörden sei,
die Fleischversorgung Berlins selber in die
Hand zu nehmen.

Mit dieser Maßregel könnte die Stadt Berlin in der Tat
einen kräftigeren und fühlbareren Schlag gegen den agrarischen
Fleischwucher führen als mit Petitionen, um die kein Poddbielski
oder sonstwer sich kümmert. Würde damit schon der sozial-
demokratische Zukunftsstaat vorbereitet, wie der
Freisinnredner fürchtet? Singer erwiderte, dieser Zukunfts-
staat werde um so eher kommen, je weniger die Kommunen
sich bereit finden lassen, ihre sozialen Aufgaben zu erfüllen,
je weniger sie sich entschließen, wenigstens das zu tun, was
schon innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung möglich ist.

Die Debatte wurde fortgesetzt von den Mitunterzeichnern
des freisinnigen Antrages, den Herren Rommsen (Fr. Fr.) und
Rosenow (Neue Linke), und den Schluß machte Herr
Nathan (Sozial-Fortschrittler). Herr Nathan vermutete,
die Fleischnot werde der Sozialdemokratie bei den nächsten
Wahlen wieder zahlreiche Stimmen zuführen. Da kann er
recht haben. Das allerletzte Wort mußte Herr Cassel
haben, den es verdroß, daß Singer so nachdrücklich auf die
sozialen Pflichten der Kommune hingewiesen hatte.

Die Abstimmung ergab einstimmige Annahme des
Vorschlages der Einberufung eines deutschen Städtetages, der
sich mit der Frage der Fleischnot beschäftigen soll, und ein-
stimmige Annahme des Magistratsantrages auf Einsetzung
einer gemischten Deputation, die über die für Berlin
zu ergreifenden Maßnahmen beraten wird. Die Be-
ratungen dieser Deputation werden zeigen, ob es
dem Berliner Freisinn ernst ist mit der Be-
kämpfung des Fleischwuchers, den die Agrarier treiben
und die Regierung durch Grenzsperrn und Vieh-
zölle erleichtert, oder ob die Debatte über die gegenwärtige
Fleischnot ihm nur ein Mittel war, wieder einmal ein bißchen
mehr Wasser auf seine nur noch langsam klappernde Mühle
zu leiten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. September.

Agrarische Interessengemeinschaften.

Um den von ihnen betriebenen Viehwucher zu verdrängen, fahren
die „notleidenden“ Agrarier fort, die Schuld für die jetzigen hohen
Fleischpreise auf die Viehhändler und Schlächter zu schieben, und da
die sozialdemokratische Presse auf diesen Trid nicht hereinfällt,
sondern, so wenig sie die Mitschuld der Viehhändler und Schlächter
bestreitet, doch die Hauptschuld der Grenzsperrn und der agrarischen
Zollpolitik beimißt, so wird sie von der „Konservativen Korresp.“
der Begünstigung der Viehhändler-Ringe und der Großschlächter
bezüglich. Dabei ist das Komische, daß die Korrespondenz sich zum
Beweise der schädlichen Praktiken der Viehhändler auf eine Notiz
unseres Münchener Parteiblattes, der „Münchener Post“, bezieht
und ihrerseits die Bemerkung hinzufügt: „Ueber dieses Praxer-
(Kommissionär-) Unwesen ist in Münchener sozialdemokratischen
Kreisen schon früher lebhaft Klage geführt worden; ja sozial-
demokratische Stadtverordnete haben bei der
liberalen Münchener Stadtverwaltung schon
wiederholt auf Abhülfe gedungen — aber ohne
Behör zu finden.“

Also von sozialdemokratischer Seite ist nicht nur wiederholt das
Treiben der Viehhändler am Münchener Schlachtvieh Hof gefena-
zeichnet worden, sondern es haben auch die sozialdemokratischen
Stadtverordneten mehrfach den Münchener Magistrat zum Ein-
schreiten zu veranlassen versucht — trotzdem begünstigt die Sozial-
demokratie die Viehhändler-Ringe. Eine seltsame Logik!

Was haben denn aber die Agrarier gegen die Praktiken der
Viehhändler und Schlächter? Sie haben bisher deren
Treiben ruhig zugehört und ihnen, um sie für die agrarische Lebens-
mittelverteuerungspolitik einzufangen, hunderte von Malen ver-
sichert, daß Landwirte und Schlächter dasselbe Interesse hätten, und
der Bruder Bauer dem Bruder Metzger recht gerne seinen „Ver-
dienst“ gönne. Noch in der letzten Nummer der „Deutschen Tages-
zeitung“, dem Leitblatt des Bundes der Landwirte, heißt es wieder
— trotz des gegenwärtigen gespannten Verhältnisses zwischen
Schlächtern und Agrariern:

„Die Interessen der Landwirte und Fleischer gehen, wenn
man sie richtig auffaßt und maßvoll vertritt, durchaus nicht an-
einander. Der Interessengegensatz, den man jetzt künstlich her-
vorhebt, ist im wesentlichen nur scheinbar. Die Land-
wirte haben auch, — von einzelnen in Betracht kommenden Aus-
nahmen, denen wir die Billigung immer versagt haben, abgesehen
—, die Interessen der Fleischer nicht verfehlt. Gegen die Gründung von Schlächtereigenen-
schaften haben wir uns immer sehr entschieden
ausgesprochen. Nimmt aber das Fleischergewerbe den Land-
wirten gegenüber einen so scharfen und gehässigen Standpunkt ein,
so wird es uns sehr schwer werden, diese unsere Stellung beizu-
behalten.“

Also die Herren Konservativen haben absolut nichts dagegen,
wenn die Schlächter ihre Interessen wahrnehmen, das heißt, recht
hohe Profite herauszuschlagen suchen, nur dürfen diese nicht gegen
das gleiche ideale Bestreben der Landwirte rebellieren. Und diese
saubere Sippchaft, die so ungeniert eine Interessengemeinschaft zur
Ausnutzung der sogenannten Volksschichten vorschlägt, bezichtigt
die Sozialdemokratie der Begünstigung der Viehhändler und
Schlächter. Ein gar niedlicher Beitrag zur Verheuchelung der
Eitelkeit und Besten der deutschen Nation!

Der zarische Justizmord.

In Fortsetzung unseres gestrigen Verichts wird uns aus
Warschau über die Gerichtsverhandlung selbst gegen
Martin Kasprzak und Gurjmann geschrieben:

Warschau, 5. September. (Eig. Ver.) Nachdem die Anklage
verlesen und für den Angeklagten ins Polnische übersetzt wurde
(Kasprzak versteht nicht russisch), forderte die Verteidigung, es solle ins
Protokoll aufgenommen werden, daß K. völlig verunglückt und apathisch
verblieb und nicht im geringsten auf das Gehörte reagierte. Dann
beganng das Zeugenerhör: Die Gendarmen und Offiziere Wonskaj,
Salikiewicz, Patria, Wielkij und Peterson machten Aussagen über das

Verhalten Kasprzaks an jenem 27. April 1904, als er mit anderen
Genossen in der Druckerie der Sozialdemokratie Polens und Litauens
überfallen wurde und vier von seinen Angreifern in der Selbstwehr
niederstöß, um sich und den anderen den Rückzug zu ermöglichen.
Um den Wert dieser Aussagen der Jarenshergeren zu kennzeichnen,
sei hier nur erwähnt, daß z. B. diesmal in der Verhandlung ein
Spezialstod Kasprzaks mit einem darin versteckten Dolch eine große
Rolle spielte, von dem aber bei der Festnahme K.'s nichts bemerkt
wurde und den der Gendarm Wielkij erst zwei Monate nach
der Festnahme Kasprzaks entdeckt haben will, und zwar — mit
„frischen“ Blutspuren, die noch bei der Verührung an der Hand
leben blieben! Das Interessanteste aber ist der folgende Umstand. Nach-
dem eben erst sämtliche Anträge der Verteidigung, die auf die Ver-
ladung von psychiatrischen Sachverständigen abzielten, rundweg ab-
gelehnt und jede Nachprüfung des ärztlichen Gutachtens als un-
zulässig erklärt wurde, begann ein Verhör in bezug auf den
Gesundheitszustand Kasprzaks, wobei die Fragen vom Staats-
anwalt an — die Gendarmen gerichtet wurden! Die Psychiater
wurden abgelehnt, aber Gendarmen fungierten
dafür als Psychiater. Und so gab auf Befragen
des Staatsanwalts der Gendarm Wonskaj seine Mut-
maßung zum besten, daß Kasprzak ein Simulant sei, als
welcher ihn W. schon 1898 erkannt haben will. (Kasprzak
war damals aus dem Auslande nach Warschau gegangen, um von
den Genossen Zeugnis für seine bezweifelte Ehrenhaftigkeit zu
holen, wurde dabei verhaftet und sah mehr als zwei Jahre
in der Stadel, aus der er ins städtische Krankenhaus übergeführt
wurde und sich 1898 durch die Flucht wieder nach Deutschland
rettete, um sofort in Breslau, in Folge einer Denunziation, ins Ge-
fängnis gesteckt zu werden und eine alte „Rechnung“ mit der
preussischen Staatsanwaltschaft noch aus den Zeiten des Sozialisten-
gesetzes zu begleichen.) Der Gendarm sagt aus, daß K. schon da-
mals verschiedene „Wunderlichkeiten“ merken ließ, weshalb ihn W.
auch jetzt für einen Simulanten halte.

Ein anderer Gendarm, Patria, erklärt gleichfalls auf Befragen
des Staatsanwalts, daß er, der Gendarm, den Angeklagten für
einen physisch gesunden Menschen, also auch für einen Simulanten
halte. Ueber die Art und Weise der von Kasprzak den Gendarmen
beigebrachten Wunden wurde ein neuer Wundarzt, der „gehörigame“
Dr. Stefanowitsch vom Gericht befragt, — der in der vorjährigen
Verhandlung unbequem gewordene Sachverständige, Dr. Kleinew,
war diesmal einfach beiseite geschoben, — und auch dieser
Wundarzt hatte über den physischen Zustand des Angeklagten
auszusagen.

Mit derselben „Objektivität“ und „Sachverständigkeit“ wurde die
Sache des anderen Angeklagten Gurjmann behandelt. Bekannt-
lich war die Anklage gegen diesen bereits in der ersten Gerichts-
verhandlung (im August 1904) zusammengebrochen, nachdem der
einzige Zeuge, auf den sich die Staatsanwaltschaft in
ihrer Behauptung stützte, Gurjmann sei an der Lösung
der Gendarmen-Offiziere beteiligt gewesen, der mitverurteilte
Polizist Wonskaj, vor Gericht seine Aussage in aller Form
zurücknahm. Auch damals handelte es sich, wohl gemerkt, nur um die
Behauptung, Gurjmann hätte den Polizisten „weggezogen“, als er
den Kasprzak untergetriegt hatte; aus dem „Wegziehen“ war bei
näherem Verhör nur ein zufälliges „Anstoßen“ mit der Schulter ge-
worden, — nämlich bei der Flucht Gurjmanns aus der Druckerie.
Das hielt jedoch den Staatsanwalt nicht ab, für Gurjmann die
Todesstrafe zu beantragen. Diesmal sollte es noch toller
kommen. Der frühere einzige Belastungszeuge Wonskaj trat diesmal
vor das Gericht mit der formellen ausdrücklichen Bitte, seine ehemalige
Aussage in keiner Weise in Betracht zu ziehen und
ih, da er sie während seiner Krankheit gemacht hatte, keinerlei
Wert beizumessen. So blieb dem zur Last Gurjmanns die
einzige Tatsache übrig, daß er in der Parteidruckerie überhaupt an-
wesend war und daß er, wie er diesmal wieder fest und ruhig
erklärte, ebenso wie Kasprzak, überzeugtes Mitglied der Sozial-
demokratie Polens und Litauens ist. Und diese zwei Kapitalver-
brechen genügt trotz dem Mangel jeglichen Belastungsmaterials,
damit der Staatsanwalt bei seiner Anklage beharrte und nach wie
vor für G. den Tod durch den Strang forderte!

Dies Plaidoyer des Staatsanwalts, das am dritten
Verhandlungstage, also am 1. September erfolgte, war in jeder
Hinsicht merkwürdig. Seinen Grundton bildete die „patriotische“ Note.
„Was die Abscheulichkeit des von Kasprzak und Gurjmann verübten
Verbrechens besonders erhöht, führte Herr Wuchin aus, ist, daß sie
sich dafür eine Zeit gewählt haben, in der das russische Vaterland
von schwerem Mißgeschick, dem ostasiatischen Kriege heimgesucht war.
Die sozialdemokratische Partei, deren Lösung ist: Je schlimmer, desto
besser (!), hatte beschlossen, sich die unheilvolle Lage des Landes zu
nutze zu machen und ihre unsäuerliche Tätigkeit in außerordent-
licher Weise zu potenzieren. Um an dieser sicherhaften Tätigkeit
teilzunehmen, kommt nach Warschau Kasprzak, ein preussischer Unter-
tan, der, wie es scheinen sollte, in Rußland nichts zu suchen hatte
(der Herr Staatsanwalt hat vergessen, daß Kasprzak bereits 1887
bis 1889 in Warschau tätig war und bereits 1898 bis 1895 die
Belamtschaft mit den Warschauer Gefängniswärtern gemacht hatte)
und läßt einen scheußlichen Mord an glorieichen Offizieren und
Polizisten aus, die tapfer ihre Schuldtigkeit für den Jaren und das Vater-
land taten“. Darauf folgt ein völlig verzerrtes Bild der Vorgänge,
in dem aus einem Akt der revolutionären Kolivweh ein „wohl-
überlegter Mord“ wird und die in enormer Zahl ins ruhige Haus
hereinfallenden Schergen in unschuldige arme „Opfer“ verwandelt
werden. Dann folgt eine „moralische“ Entlastungspause: „Der An-
geklagte Kasprzak ist zugleich Mitglied der deutschen Sozial-
demokratie und wurde von ihr als Reichstagskandidat aufgestellt.
Aber die deutsche Sozialdemokratie ist von solchen Mordgelassen (!)

welt entfernt. Die deutsche Sozialdemokratie kämpft nicht mit bewaffneter Hand, die deutsche Sozialdemokratie spekuliert auch nicht auf die Mißgeschick des Vaterlandes. Der Führer der deutschen Sozialdemokratie, Vebel, hat im Reichstag erklärt, wenn Deutschland von irgend einer Seite der Krieg erklärt werden sollte, die Sozialdemokraten würden wie ein Mann zum Schutze des Vaterlandes zur Waffe greifen. Anders handeln die Sozialdemokraten Polens! Sie wollen das Verderben der bestehenden Rechts- und Staatsordnung und nutzen dazu die jetzigen unheilvollen Geschehnisse des Reiches aus. Und das alles wird bewußt, zielbewußt getan! Der Sozialdemokrat Kasprzak ist ein Mann von ungeheurer, außergewöhnlicher Willenskraft, das erhellt aus seinem ganzen Vortrage und Betragen. Und dieser Mann kommt aus Deutschland, um an den inneren Wirren teilzunehmen, um die innere Zerrüttung der Staatsordnung zu vergrößern — gerade als das Reich im Osten von schwerem Mißgeschick heimgegriffen wird! Und als er nach seiner verbrecherischen Tat (am 27. April 1904) festgenommen wurde, ruft er in diesem Augenblick aus: „Nur zu! Meine Genossen werden mich in wenigen Tagen, am 1. Mai, in Massen rächen!“ Ein solcher Mann ist nicht wert, Sozialdemokrat zu heißen! (Es ist natürlich unnötig, Vebel und die deutsche Sozialdemokratie gegen die lächerlichen Tiraden des zarischen Staatsanwalts zu schützen. Deutsche Staatsanwälte entsprechen dem verlogenen Lob ihres russischen Kollegen, indem sie deutsche Sozialdemokraten wegen Hochverrats gegen Rußland anklagen! Redaktion des „Vorwärts“) Nach diesem pompösen Schluß ging der Staatsanwalt zur Schuld des zweiten Angeklagten über und konstruierte plötzlich, ohne jede Grundlage, ohne den geringsten Anhaltspunkt, eine neue Theorie, wonach die schweren Wunden bei den getöteten Gendarmen von Kasprzak, dagegen die Leichten „von der unglücklichen Hand des Ingenieurs Gurmman“ herrühren sollten! Gleich darauf, im Bewußtsein des Gefährlichen dieser aus der Luft gegriffenen Theorie, fügte er schnell hinzu: „Nebenbei habe ich es gar nicht nötig, mich auf Beweise einzulassen. Von der verbrecherischen Schuld Gurmman's legt genügend Zeugnis ab — seine Anwesenheit in der Druckerei und seine ganze sozialdemokratische Umgebung.“

Es folgten die Plaidoyers. Die Rede des Moskauer Rechtsanwalts Stahl, die eine glänzende Leistung und von hohem politischen Wert war, lautete ungefähr:

„Das Mitglied der Sozialdemokratie Polens, Martin Kasprzak, steht vor Ihnen, meine Herren, und der Herr Staatsanwalt fordert für ihn die Todesstrafe. Bevor Sie den Angeklagten dem Tode überantworten, sind Sie verpflichtet, sich zu vergegenwärtigen, wer vor Ihnen steht. Der Sozialdemokrat Kasprzak ist ein Mann, der seit zwanzig Jahren seine Kräfte, seine Freiheit, sein Leben der edlen Sache der Menschheit, dem Sozialismus in den Dienst gestellt hat. Er wirkte noch als Jüngling für die Sache des Volkes in Deutschland, er machte Bekanntheit mit dem Gefängnis in Posen, nicht erschrocken durch die seiner harten Gefahren und Qualen, geht er nach Rußland, wo die Lage des arbeitenden Volkes eine noch viel furchtbarere ist und widmet sich hier der Aufklärung der Proletarier. 1893 wird er hier verhaftet und schmachtet mehr als zwei Jahre hinter dicken Mauern, doch ungebrochen an Geist, getragen durch den hohen Idealismus, widmet er sich, nach seiner Heimat zurückgekehrt, der Agitation unter den Arbeitern in Deutschland, wo er sogar als Reichstagskandidat aufgestellt wird. Alle hier anwesenden Zeugen unter den Gendarmen-Offizieren sagten aus, in Kasprzak habe man es mit einem hervorragenden Revolutionär zu tun. Als solcher eilte er auch zuletzt in verantwortungsvoller Stunde hierher nach Warschau, um der Sozialdemokratie zu dienen. Meine Herren, hier steht vor Ihnen ein Mann von hoher sittlicher Kraft, die zu übersehen und zu begreifen Ihnen gar nicht gegeben ist, und ein Vertreter einer großen und einflussreichen Partei, die sich in dem jetzigen Strudel der Ereignisse eine immer mächtigere Bedeutung erlangt. Wenn Sie die Sozialdemokratie auch als Partei vor Ihren Nichterkenntnis ziehen, so müssen Sie begreifen lernen, was diese Partei anstrebt und um was sie kämpft.“

Nach einer knappen aber großzügigen Schilderung der Ziele der Sozialdemokratie fährt der Rechtsanwalt fort: „Seit die Bestrebungen des Sozialismus durch Marx und Engels auf den festen Boden der Wissenschaft gestellt worden sind, ist die sozialdemokratische Lehre wie eine unaufhaltsame Woge aus Deutschland in alle Länder gedrungen, und auch nach Polen, nach Rußland. Jetzt ergreift sie, wie wir sehen, das ganze große Zentral-Rußland. Herr Staatsanwalt, diese Ideen und die Männer, die ihnen leben, zu begreifen, übersteigt Ihr Vermögen. Aber es gibt Menschen, für die der ganze Sinn des Lebens mit dem Willen für diese großen Ideen identisch ist, und zu ihnen gehört auch Martin Kasprzak, den Sie als einen blutdürstigen „Verbrecher“ zu schildern sich bemühen. Herr Staatsanwalt wundert sich, weshalb der deutsche Interim-Kasprzak nach Rußisch-Polen ging, um hier zu wirken. Weiß denn Herr Staatsanwalt gar nicht, daß für die Sozialdemokratie keine Staatsgrenzen und keine nationalen Grenzen existieren? Auf jedem von ihr herausgegebenen Blättchen prangen die Worte oben: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ Der Herr Staatsanwalt hat versucht, nach altem Brauch die deutsche Sozialdemokratie gegen die polnische auszuspielen und berief sich da auf Worte Vebel's im Reichstage. Demgegenüber erlaube ich mir, Ihnen eine Szene aus dem Amsterdamer sozialistischen Kongreß ins Gedächtnis zu rufen, nämlich den brüderlichen Händedruck, mit dem der Vertreter Japans dem russischen Vertreter die Hand bot. Und dies zeigt, wie die Sozialdemokratie über den jetzigen Krieg und über ihre Pflichten gegenüber dem Vaterland denkt. Herr Staatsanwalt pochte viel auf die Vaterlandsliebe. Aber man kann auch anders das Vaterland lieben als es das Gericht hier versteht. Hätten Sie denn den Mut zu behaupten, alle diese Teilnehmer der Semstwo, der Kongresse der Intelligenz in Rußland, die gegen den Krieg protestierten, seien schlechte Patrioten, seien Vaterlandsverräter? Nun, ebensowenig trifft der Vorwurf die Sozialdemokratie und Kasprzak.“ Zu der Gesundheitsfrage übergehend legt der Rechtsanwalt folgende Ansicht dar: In der psychiatrischen Wissenschaft ist der Fall sehr wohl bekannt, daß ein sonst normaler Mensch in einzelnen Augenblicken der höchsten Gefahr und der tiefsten Erschütterung plötzlich einer psychischen Bewußtlosigkeit und Raserei verfällt. Für Kasprzak handelte es sich in jenem Augenblick, am 27. April, um alles: ein schwerer Kampf, von Schwindelsticht zerrütteter Mann, sieht, daß er in der Druckerei überfallen wird, er weiß, daß ihn nach russischem Kodex und nach seinen Vorlesungen lebenslängliche Zwangsarbeit in Sibirien, d. h. das Grab bei lebendigem Leibe droht, er sieht sich der Arbeit für die geliebte Sache entzissen, er sieht alles verloren, für was er lebte. Was Wunder, daß er da plötzlich einer Raserei anheimfällt und seine Freiheit mit der Waffe in der Hand verteidigt! Der Verteidiger bekräftigt hier seine Ausführungen durch ein Zitat aus Krafft-Ebing, der solche Fälle genau vorgesehene hat. Seitdem wird seine geistige Unmacht durch die ständig zunehmende Wut ausgedrückt und so habe das Gericht vor sich einen hervorragenden noblen Revolutionär, der aber gerade seit jener Tat ein

Kranke ist, dem nicht der Strang, sondern die ärztliche Pflege und Hilfe gebühre.

Nicht minder eindrucksvoll war die Rede des zweiten Rechtsanwalts Gaf aus Warschau. Und während dieser Rede fand ein Zwischenfall statt, der die Wirkung noch unerwartet erhöhte. Der Rechtsanwalt wollte die Ehre Kasprzak's vor den Vorwürfen des Staatsanwalts verteidigen und führte dessen Auspruch aus: Kasprzak sei nicht würdig, Sozialdemokrat zu heißen. Kaum hatte der Verteidiger diese Worte wiederholt, die Kasprzak offenbar erst in der polonisierten Aussprache des Verteidigers richtig begriffen hat, als er, der bis jetzt ganz apathisch und regungslos dasah, sich von der Anklagebank erhob, den Blick fest auf den Staatsanwalt richtete und ihm mit geballter Faust langsam einigemal in der Luft drohte; darauf ließ er sich wieder schwer auf die Bank nieder und verließ regungslos. Diese stumme Geberde des gequälten Mannes, seine aufrechte Haltung, sein stolzer und grimmiger Blick haben eine so erschütternde Wirkung geübt, daß für eine Weile laute Stille im Saal entstand und eine tiefe Bewegung sogar am Nichterliche sichtbar wurde. Der Verteidiger vermochte kein Wort mehr herbeizubringen vor Erschütterung und brach seine Rede ab.

Und darauf erfolgte das Todesurteil, das Kasprzak mit absoluter Ruhe entgegennahm.

Die Verurteilung Gurmman's, dem überhaupt nichts zur Last gelegt werden konnte, zu 15 Jahren Zwangsarbeit, ist in ihrer Art eine noch größere juristische Ungeheuerlichkeit. Da jeder Tatbestand feststeht, formuliert das Gericht in seiner Urteilsbegründung die Schuld Gurmman's als das „Nichtverhindern eines Verbrechens“. Der Sozialdemokrat G. wird also zu 15 Jahren Zwangsarbeit dafür verurteilt, weil er die Spitze und Gendarmen nicht gegen die eigenen Genossen verteidigte! Dabei bezieht das Urteil selbst auf einem nicht existierenden Paragraphen eines nicht existierenden Kodex! Der militärgerichtliche Kodex kennt bei „Nichtverhindern“ eines mit Todesstrafe zu sühnenden Verbrechens auch nur Todesstrafe. Da es aber auch für die zarische Justiz zu ungebührlich war, den gänzlich schuldlosen Menschen zum Galgen zu verurteilen, so erkand das Gericht aus freien Stücken eine im Kodex zu diesem Paragraphen unbekannt Strafe — ein Monstrum der Rechtsprechung, das zusammen mit dem Justizmorde an Martin Kasprzak ein würdiges Denkmal bildet am Eingange der Ära der „Verfassungsordnung“ von den Zaren Gnaden.

Deutsches Reich.

Des Landrats Wahlmachung gegen die Sozialdemokratie.

Man schreibt uns aus Ostpreußen:

In diesem Jahre wurden von der Sozialdemokratie Kreis- und Halbkreise gegründet, die gut gedeihen und besonders viele Landarbeiter als Mitglieder haben. Den Konservativen wird angst und bange, und ein Schriftstück beweist, welche Anstrengungen gemacht werden, um den Jansen den Besitz zu sichern. Die Behörde, die Pöfiker, die Lehrer, ja selbst die Schulkinder, sie alle, alle sollen im Kampfe gegen die Sozialdemokratie verwendet werden. Das in Frage kommende Schreiben lautet:

Abfender: Landrat Magnus und Dr. Brandes

Kittorf.

Bitte dringend zu lesen.

Insterburg, den 18. August 1905.

Aufruf!

Die starke Zunahme sozialdemokratischer Stimmen bei der letzten Reichstagswahl und die nimmer ruhende Agitation dieser Partei legt jedem, auf dem Boden unserer heutigen bürgerlichen Staats- und Gesellschaftsordnung stehenden deutschen Mann — welcher politischen Partei er auch sonst angehört mag — die ernste Pflicht auf, zur Bekämpfung der Sozialdemokratie das seinige beizutragen. Daß dieser Kampf, wenn richtig und energisch geführt, sehr erfolgreich sein kann, beweisen die letzten Ertragswahlen zum Reichstage, die fast durchweg mit dem Siege der bürgerlichen Parteien endeten und den Sozialdemokraten starke Verluste an Stimmenzahl brachten. Als eines der vorzüglichsten Mittel jeder Agitation und Propaganda gilt heutzutage wohl mit Recht die Verbreitung entsprechender Schriften: Die Sozialdemokratie macht von diesem Mittel, dem sie zweifellos einen außerordentlich großen Teil ihrer Erfolge verdankt, den denkbar weitesten Gebrauch, indem sie für die Massenverbreitung ihrer Schriften in der ausgiebigsten Weise sorgt. Gerade in letzter Zeit hat die Sozialdemokratie den Versuch gemacht, ihre Agitation auf das flache Land auszudehnen. So ist für die Kreise Insterburg-Gumbinnen ein sozialdemokratischer Verein mit dem Sitz in Gumbinnen gegründet und sozialdemokratische Schriften sind auf dem Lande verteilt. Wer den monatlichen Parteibeitrag von 20 Pf. zahlt, erhält den „Landboten“ unentgeltlich. Dieser Agitation kann nur entgegengetreten werden durch Verbreitung von Schriften, die den Kampf gegen die Sozialdemokratie energisch aufnehmen und die Bevölkerung über die wahren Ziele der Sozialdemokratie aufklären. Ein Leibesbedürfnis — namentlich in den nunmehr bald kommenden Wintermonaten — ist zweifellos bei der Landbevölkerung vorhanden: wird diesem Bedürfnis nicht durch Verbreitung guter Schriften genügt, so wird es sich sozialdemokratischen Schriften zuwenden. Das einzige Blatt, das für uns schon seines niedrigen Preises wegen für Massenverbreitung in Frage kommen kann, ist der „Volksgenosse“. Derselbe ist kein Parteiblatt, weder konservativ noch liberal, er hat sich nur zur Aufgabe gestellt, die Sozialdemokratie zu bekämpfen und das Leibesbedürfnis der Arbeiter zu befriedigen. Der „Volksgenosse“ kann demnach — und wird tatsächlich vielerorts — von Liberalen wie von konservativen Besitzern für ihre Arbeiter gehalten werden. Es gilt nun, den Besitz des „Volksgenossen“ für den Landkreis Insterburg einheitlich zu organisieren und dadurch eine dauernde Massenverbreitung des Blattes zu billigen Preisen zu ermöglichen. Die Organisation für den Bezirk soll folgendermaßen ausgebaut werden: Das Abonnement ist Jahresabonnement, der Preis pro Exemplar und Jahr 1,10 Mark. Jeder Besitzer, der für sich oder seine Leute abonnieren will, zeigt dem unterzeichneten Landrat Magnus baldmöglichst — spätestens bis zum 15. September d. J. an, auf wieviel Exemplare er abonnieren will und zahlt bis spätestens 15. September das Jahresabonnement — also 1,10 Mark pro Exemplar — bei der Sparkasse des Landkreises Insterburg unter der Bezeichnung „Konto Volksgenosse“ ein. Die Verbreitung des „Volksgenossen“ wird dann durch die Herren Lehrer erfolgen in der Weise, daß je nach Wunsch des betreffenden Besitzers der Lehrer die Exemplare an die betreffenden Schulkinder verteilt, oder der Besitzer die Exemplare vom Lehrer abholen läßt und an seine Leute verteilt. Nur dadurch, daß die Herren Lehrer auf diese Weise Sammelbestellungen erhalten, ist es möglich, den Abonnementspreis so billig zu stellen. Wir bitten somit jeden, welcher bürgerlichen Partei er auch angehört mag, für sich oder für die von ihm beschäftigten Leute auf dem „Volksgenosse“ zu abonnieren und so an seinem Teile mitzubetragen, den Arbeitern eine bessere Lesart zu verschaffen als die sozialdemokratischen Schriften es sind mit ihrer verheerenden, revolutionären Tendenz. Es schreibe also jeder möglichst bald, spätestens bis 15. September d. J. an den unterzeichneten Landrat, auf wie viel Exemplare des „Volksgenossen“ er vom 1. Oktober ab abonnieren will und schide bis spätestens 15. Sep-

tember pro Exemplar 1,10 Mark an die Sparkasse des Landkreises Insterburg.

Dr. E. Brandes, Magnus, Landrat, Kittorf.

Hier sieht man wieder einmal, wie der ganze Apparat gegen uns aufgebaut wird. Natürlich werden die Landräte der anderen Kreise nicht müßig dastehen, sondern das Beispiel ihres Insterburger Kollegen nachahmen. Spotthaft ist es, wie man selbst die liberalen Besitzer für die Sache einfangen will. Man hat den Herrn Landrat herzlich schlecht unterrichtet, wenn er annimmt, der „Volksgenosse“ sei kein Parteiblatt. Er agitiert dafür, daß den Konservativen die ostpreussischen Reichstagswahlkreise erhalten bleiben sollen. Der „Volksgenosse“ wird in konservativen Verlage gedruckt und auch von konservativen Leuten herausgegeben. Höchst ergötzlich ist die Ankündigung des Landrats, daß der „Volksgenosse“ die Bevölkerung über die wahren Ziele der Sozialdemokratie aufklären wird. Wenn er das tun würde, brachten wir schließlich nicht den „Landboten“ herauszugeben. Aber er wird sich hüten. Wir kennen seine Kampfweise. Sie besteht meist aus schmutzigen Lügen und Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie. Auch dieses Vorgehen wird unsere Partei in Ostpreußen mit Leichtigkeit ertragen. Die Landarbeiter in Ostpreußen wissen längst, was der „Volksgenosse“ für ein Blatt ist. Das ist dem Landrat auch klar. Deshalb versucht er auch gar nicht, den Arbeitern dieses Blatt anzudringen. Er weiß, sie würden es doch nicht bezahlen.

Man scheint sich wirklich einzubilden, daß unsere nimmer ruhende Agitation es ist, die die Erfolge auf dem Lande erzielt. Nein! Unsere besten Agitatoren sind die Junker selbst. Die brutale Behandlung der Landarbeiter, die entsetzlich schlechten Wohnungen auf dem Lande, der niedrige Lohn und die Rechtlosigkeit der Landarbeiter, diese Dinge jagen uns die Leute massenhaft in die Arme. Die Landarbeiter werden ja schlimmer wie das Vieh behandelt. Es kommt sogar vor, daß man sie erbarmungslos niederknallt wie tolle Hunde. Von einer Verhaftung der Wälder ist gemeinhin nichts zu hören, die haben dann gewöhnlich „aus Notwehr“ gehandelt. Und wie oft kommt es vor, daß man ganze Familien auf die Landstraße schießt. Die furchtbare Behandlung, sie schießt zum Himmel und erweckt auch in dem letzten Landarbeiter das Bewußtsein, daß er auch ein Mensch und daß er auch als solcher zu behandeln ist. Hier Veränderung schaffen wäre die Aufgabe der Behörden. Statt dessen spielen sie den Verleger einer Schrift, für die der Landarbeiter nur Verachtung hat.

Ein gefeierter Landgerichtsdirektor. Aus Dresden wird und geschrieben: Eine interessante Entscheidung fällt heute das königliche Oberlandesgericht. Landgerichtsdirektor Dr. Weder, Vorsitzender des Dresdener Spar- und Bauvereins und höchster Sozialistenhasser, hatte infolge einer Polemik mit dem Organ der Dresdener Handwerker, der „Bürgerzeitung“, dem verantwortlichen Redakteur der letzteren eine Verächtigung überhandt, deren Aufnahme jedoch der Redakteur der „Bürgerzeitung“, Springer, aus dem Grunde verweigerte, weil die Verächtigung sich nicht allein auf Tatsachen beschränkte, sondern auf eine bereits früher erlebte Angelegenheit zurückgriff. Nach der Ansicht des Redakteurs sei die Tendenz der Verächtigung beleidigend und verhöhnender Art gewesen. Landgerichtsdirektor Dr. Weder stellte nunmehr gegen den Redakteur Strafantrag wegen Nichtaufnahme der Verächtigung. Das Schöffengericht verurteilte den ersteren, dahingegen erkannte das Landgericht als Berufungsinstanz auf Freisprechung, weil die Verächtigung nach Ansicht dieses Gerichtshofes nicht allein Tatsachen enthalte, sondern sich auch auf Schlussfolgerungen erstreckte. Das sei nach dem Freigesetz aber unzulässig. Gegen das freisprechende Urteil des Landgerichts legte nun die Staatsanwaltschaft Revision beim Oberlandesgericht ein mit der Begründung, daß es wohl zulässig sei, eine Verächtigung mit Nebenbemerkungen anzufügen, wenn dadurch eine Anklärung der allgemeinen Sachlage erzielt und der gegen den Verfasser der Verächtigung früher gerichtete Vorwurf oder Angriff entkräftet werde. Der Straffennat des königlichen Oberlandesgerichts verwarf aber die Revision der Staatsanwaltschaft und legte sämtliche Kosten des Verfahrens der Staatskasse auf. Der höchste sächsische Gerichtshof stellte sich voll und ganz auf den Standpunkt des angeklagten Redakteurs und führte aus, daß auf Grund des Freigesetzes eine Verächtigung nicht über die Wichtigkeit von in einer Druckschrift enthaltenen Tatsachen hinausgehen dürfe. Die von Landgerichtsdirektor Dr. Weder überhandt Verächtigung habe den gesetzlichen Anforderungen nicht entsprochen und aus dem Grunde war der Redakteur ohne weiteres berechtigt, die Aufnahme der Verächtigung zu verweigern.

Generalkonstant v. Boguslawski ist am Donnerstagmittag gestorben. Er hatte sich, namentlich seit seinem Ausscheiden aus dem aktiven Offizierskorps im Jahre 1890, mit Eifer der Militärschriftstellerei gewidmet. Nebenbei machte er sich auch als politischer Schriftsteller berüchtigt. Der Siebzehnjährige zog mit einer Leidenschaft gegen die Sozialdemokratie zu Felde, die einem Gardeleutnant den Ruf besonderer Scharfzüchtigkeit gesichert haben würde. Immer wieder ließ er den Ruf nach gewalttätiger Unterwerfung und Anbeugung der stärksten deutschen Partei erschallen. So eiferte er in seiner Ende 1903 erschienenen Broschüre „Nicht Rede — aber Fehde“:

„Wir brauchen ein Gesetz gegen die revolutionäre Sozialdemokratie, und ich bin überzeugt, daß es kommen muß und wird — möge es nicht zu spät sein. Es gilt die Autorität des Staates herzustellen. Millionen würden die Augen aufheben, Millionen kleiner Gewerbetreibender und Handwerker würden vom Terrorismus befreit aufatmen. — Die Volksmärsche und Märschierungsmärsche werden jammern; Verbisshheit und Groll würden auch ihre Rolle spielen. Die Möglichkeit einzelner Ausbrüche, Verschwörungen, ist nicht abzuleugnen. Aber sie ist unwahrscheinlich. Unsere Attentate, mit Ausnahme der Verschwörung von Reinsdorf, fallen nicht in die Zeit des Sozialistengesetzes. Wie das Gesetz beschaffen sein könnte, will ich hier nicht erörtern, unter allen Umständen müßte das Leitmotiv sein: Verstickung der sozialdemokratischen Organisation; Verhinderung weiterer Verheerung; Verhaftung der Anführer von Streiks ohne Zuneigung der kontraktlichen Zeit. Der Moment für den entscheidenden Kampf wird sich finden. Und der Weg? Wo ein Wille ist, ist ein Weg! Daß man zuerst versuchen müßte, das neue Wahlgesetz, selbst um den Preis wiederholter Auflösungen des Reichstages, durchzuführen, ist ein Weg. Aber man muß sich bewußt sein, daß es dann kein Zurückweichen mehr gibt. Dann kann es nur heißen: Nicht reden, sondern handeln! Erst wenn die revolutionäre Autorität zerstört, der patriotische Würger von ihrem Druck befreit ist, erst dann kann man an die Lösung weiterer sozialer Aufgaben gehen, an denen jeder verständige Staatsbürger gern mitarbeiten wird — sofern es sich nicht um die alleinige Bevorzugung und endgültige Herrschaft des „vierten Standes“ handelt. Einer solchen Herrschaft aber wollen wir uns nicht unterwerfen.“

Der greife Sozialistentöter ist gestorben, ohne die so heiß ersehnte „Fehde“ gegen die Dreimilionenpartei zu erleben. Aber man würde sich täuschen, wenn man ihn für einen Eingänger hielte. Die Auffassungen, die Boguslawski öffentlich vertrat, sind die einer starken Schicht militärischer und ziviler Scharfmacher. Graf Waldersee, der intrigante Anwärter auf den Kanzlerposten, war ein Mann genau desselben Schlages. Zu ihm erblickte Kraut- und Schloßjunker zum „starken Mann“, von dem man hoffte, daß er das organisierte Proletariat nach dem Wunsche der Boguslawski und Krüger an der Gurgel packen werde. Auch Waldersee ist das Ziel seines Schreizes verhaftet geblieben. Das Scharfmacherum selbst aber ist geblieben und seine Hege wird wieder mit besonderer Heftigkeit einsetzen, wenn der Abwehrkampf des Proletariates gegen den zerrütteten Marxismus und die Weltpolitik in voller Schärfe entbrannt sein wird.

Zur Legende vom Budgetrecht des Reichstages.

Durch die Alarmrufe des „Vorwärts“ und der „Köln. Volkszeitung“ gelegentlich der letzten Truppenbewegungen nach Südwestafrika ist die Frage des Budgetrechts des Reichstages wieder aktuell geworden. Daß die Ueberforderungen des Etats und mehr noch die eigenmächtigen Manipulationen, die die Reichsregierung mit bereits festgelegten Etatspositionen vornimmt, regelmäßig einen weit größeren Umfang aufweisen, als derartig eskalante Fälle, die von Zeit zu Zeit aufgedeckt werden, vermuten lassen — daß solche verfassungs-widrige Eigenmächtigkeiten der Regierung sich nachgerade zum chronischen Leiden unseres Reichsparlamentarismus entwickelt haben, ist dem aufmerksamen Beobachter unserer politischen Wirklichkeit bekannt. Die volle Bedeutung dieses staatsrechtlichen Stands kann nur eine genaue Gegenüberstellung der Beschlüsse des Reichstages und der Ausführung dieser Beschlüsse enthüllen. Besonders die Marine- und die Militärverwaltung sind stark in der Nichtachtung des parlamentarischen Budgetrechts. Dafür erbringt unser Kieler Parteiblatt, die „Schlesw.-Holst. Volksztg.“ jetzt wieder einen draffischen Beweis.

Vor einiger Zeit wurden in der Ederförder Wucht von der Krupp'schen Germania-Werft in Gegenwart von Marine-Offizieren, u. a. des Prinzen Heinrich, Versuche mit Unterseebooten angestellt. Die damaligen Berichte der Presse ließen keinen Zweifel darüber, daß diese Uebungen eine private Veranstaltung der Firma Krupp darstellten, und tatsächlich waren damals auch im Etat des Reichs-Marineamts Mittel für solche Versuche nicht vorgesehen. Nun wurde voriges Jahr dem Marineamt vom Reichstag ein bestimmter Betrag — irren wir nicht, 1 1/2 Millionen Mark — für derartige Versuche bewilligt. Natürlich waren die Abgeordneten, die dieses Geld bewilligten, der Ansicht, daß es sich um Versuche handelte, die erst angestellt werden sollten. Das war jedoch ein Irrtum. Mit dem Gelde wurden vielmehr, wie der „Schlesw.-Holst. Volksztg.“ von einem absolut zuverlässigen Gewährsmann mitgeteilt wird, der Germania-Werft jene Versuche bezahlt, die sie vor zwei Jahren, anscheinend auf eigene Kosten, in der Ederförder Wucht angestellt hatte. Vor zwei Jahren wurden also, unter Vorziehung der Krupp-Werft, Versuche angestellt, die etatsmäßig nicht genehmigt waren, und diese Versuche werden jetzt mit Mitteln bezahlt, die zu einem anderen Zweck, nämlich für zukünftige Uebungen mit Unterseebooten bewilligt wurden. Und werden nun wirklich, wie auch bereits angekündigt worden, neue derartige Uebungen veranstaltet, so müssen diese wiederum aus Mitteln, die noch gar nicht bereit gestellt sind, befristet, resp. es muß wieder eine ähnliche Schiebung mit einer Privatwerft vorgenommen werden. Aus jener ersten Ungehörigkeit hat sich also ein ganzer Rattenkönig von Entsicherungen entwickelt.

Wäre der deutsche Reichstag eine wirkliche Volksvertretung, so wäre in der Budgetverweigerung das wirkungsvolle Mittel gegeben, der Regierung und ihren besonders „hüppigen“ Ressorts die Lust zu derartigen verfassungswidrigen Seitenhieben gründlich auszutreiben. So aber kann man nur gespannt darauf sein, ob der Marine-Sekretär nach berühmten Mustern sich in die oratorischen Inlosten fügt, mit einigen Redensarten sich Indemnität für seine Eigenmächtigkeit von der marinebegeisterten Reichstagsmajorität zu erwirken, oder ob die Regierung auch das noch nicht einmal für notwendig erachtet und in der angegebenen Weise die eine Etatsüberschreitung durch ein paar neue zu verschleiern sucht.

In dieser Unterseebooten der Germania-Werft werden der „Schlesw.-Holst. Volksztg.“ übrigens noch von anderer unterrichteter Seite interessante Mitteilungen gemacht. Als vor einigen Monaten die famose Geschichte von den russischen „Torpedo-Lufschiffen“ der Germania-Werft durch die sozialdemokratische Presse aufgedeckt wurde, konnte gleichzeitig mitgeteilt werden, daß auch Unterseeboote von der Krupp-Werft für die russische Regierung gebaut würden. Eines dieser Boote ist nun dieser Tage fertiggestellt und ins Wasser gehoben worden. Unmittelbar nachdem unser Kieler Parteiblatt diese Meldung veröffentlicht hatte, am 30. August, verbreitete das „Wolffsche Telegraphenbureau“ aus Kiel die Nachricht, daß auf der Germania-Werft ein deutsches Unterseeboot vom Stapel gelassen worden sei. Dieses deutsche Boot ist, wie vielen Arbeitern der Germania-Werft bekannt ist, eins der auf russische Bestellung und unter russischer Kontrolle erbauten Boote. Es wurden nämlich von der russischen Regierung drei solcher Boote auf der Krupp-Werft in Auftrag gegeben, und es wurde so wenig Hehl daraus gemacht, daß es sich wirklich um russische Boote handelte, daß bei dem letzten Besuch Wilhelm II. auf der Werft ein Meister in Gegenwart von Arbeitern äußerte: „Die hohen Herrschaften dürfen hier nicht herkommen, das sind russische Schiffe.“ Eines dieser Boote nun wurde von den russischen Ingenieuren, die den Bau der Boote beaufsichtigen, nicht abgenommen, weil es einen Konstruktionsfehler habe und einen anderen Hintersteben bekommen müsse. Der Vertreter der Werft erwiderte den Russen: „Wenn Sie das Boot nicht nehmen, ist es Eigentum der Germania-Werft.“ Dieses russische Boot ist nun, wie von den beteiligten Arbeitern bestimmt berichtet wird, daselbe, von dem in dem Wolffschen Telegramm die Rede ist, und es wäre demnach von der Germania-Werft ein Schiff, das die Russen als verpachtet zurückgegeben haben, der deutschen Regierung angehängt worden.

Der Vorgang bedarf jedenfalls dringend der Aufklärung, wobei auch die Frage beantwortet werden muß, aus welcher Etatsposition denn eigentlich dieses Boot bezahlt wird. —

Nochmals die „Unterzeichnung“ des „Vorwärts“. Die „Tägliche Rundschau“ wiederholt trotz unserer gestrigen Ausführungen die abgemachte Behauptung, der „Vorwärts“ habe das Roosevelt-Telegramm gefälscht unterzeichnet, weil es das Verdienst Wilhelm II. am Friedensschluß anerkannt habe, während der „Vorwärts“ vor einiger Zeit dem Kaiser beschuldigt habe, bei der Zusammenkunft in Wjersden den Jaren zur Fortsetzung des Krieges gedrängt zu haben. Diese letztere Behauptung ist eine dreifache Fälschung. Es wäre auch ganz unfernig gewesen, Wilhelm II. die Absicht zuzutrauen, durch einen solchen Ratschlag den Jarnismus nach innen und außen noch stärker zu helfen, während doch die ganze Außenpolitik bisher in der Stärkung der zarischen Autokratie bestand. Der „Vorwärts“ beschränkte sich vielmehr darauf, im Namen des Volkes und der Kultur gegen jede Verbrüderung mit dem Jarnismus zu protestieren und die Ungeheuerlichkeit einer autokratischen Monarchiepolitik zu kennzeichnen, die den Willen des Volkes vollständig ignoriert. Ueber die nutmachliche Verhandlung der Ostasienpolitik in Wjersden enthält sich der „Vorwärts“ aller Betrachtungen, er begnügte sich vielmehr mit der Wiedergabe russischer Pressstimmen, nach denen ein Zusammengehen Russlands, Frankreichs und Deutschlands in Ostasien beabsichtigt sei.

Das Roosevelt-Telegramm hatte nun folgenden Wortlaut: „Ich danke Eurer Majestät herzlich für Ihre Glückwünsche und möchte diese Gelegenheit ergreifen, um meine tiefgeföhnte Würdigung der Art und Weise auszudrücken, in der Euer Majestät in jedem Stadium bei der Vermählung, Frieden im Osten zustande zu bringen, mitgewirkt haben. Es ist eine sehr große Freude gewesen, mit Eurer Majestät zu diesem Ziele zu arbeiten.“

Das Telegramm soll nun beweisen, daß Wilhelm II. an den Verdiensten des Kaiserreichs des amerikanischen Präsidenten reichlichen Anteil beanspruchen könne. Nun haben wir aber wiederholt dargelegt, welche kindische oder verlogene Auffassung das überhaupt sei, Roosevelt für seine Friedensvermittlung irgend welches moralische Verdienst zuzuschreiben. Der Frieden sei geschlossen worden, weil nach der ganzen militärischen und finanziellen Lage der Dinge der Friedensschluß für beide Mächte ein unabweisbares Bedürfnis gewesen sei. Roosevelts Einwirkungen auf die kriegführenden Parteien seien zudem aus der Absicht entsprungen, Japans Vormachtstellung in Ostasien nicht allzu übermäßig werden zu lassen. Wenn also das Roosevelt-Telegramm mehr darstellte als eine Höflichkeitsschleife, so könnte es nur den Sinn haben, Wilhelm II. als Bundesgenossen der amerikanischen Interventionspolitik zu reklamieren. Russlands Unnachgiebigkeit wäre dann also darauf zurückzuführen, daß Amerika

und Deutschland ihm den Nacken gestreift hätten! Die diplomatische Niederlage Japans wäre dann zwar kein diplomatischer Sieg Russlands gewesen, wohl aber ein Erfolg der Russen in „wohlwollender Neutralität“ gegenüberstehenden Mächte! —

Huoland.

Beilegung des französisch-marokkanischen Konflikts.

Paris, 7. September. Die Agence Havas meldet: Ein heute vormittag im Ministerium des Auswärtigen eingetroffenes Telegramm des Grafen Taillandier berichtet, daß die marokkanische Regierung soden die französischen Forderungen in der Angelegenheit des Algeriers Du Njain vollständig befriedigt hat. Auf Befehl des Sultans hat sich der Großvezier Si Jeddou Garnit selbst nach der französischen Gesandtschaft begeben, wo er in Gegenwart des Gesandtschaftspersonals, des Du Njain und einer Anzahl Mitglieder der europäischen Kolonie dem französischen Gesandten die Entschuldigung der marokkanischen Regierung in folgenden Worten zum Ausdruck brachte: „Die scharifische Regierung hat mich beauftragt, Ihnen ihre Entschuldigungen wegen der Festnahme und Entführung des Algeriers Si Du Njain el Milani, eines französischen Untertanen, zu überbringen. Der Maghzen hat den schuldigen Skaid abberufen und ich übergebe Ihnen die vereinbarte Entschädigungszahlung für den Geschädigten. Die scharifische Regierung wird es sich zur Pflicht machen, darüber zu wachen, daß ähnliche Zwischenfälle gegen Verträge und Gesandtschaften sich in Zukunft nicht wiederholen.“ Der Großvezier übergab außerdem dem Gesandten Taillandier ein Schreiben des scharifischen Ministers des Auzerns, in welchem die Entschuldigungen der Regierung schriftlich wiederholt und die Befestigung des schuldigen Skaid bestätigt wird. Die für Du Njain verlangte Entschädigungssumme ist sofort bezahlt worden. Taillandier antwortete dem Großvezier, daß er im Namen der französischen Republik die Entschuldigungen des Maghzen und die Maßnahmen zur Genugtuung annehme, durch welche dieselben bekräftigt werden. Er nehme ferner die von der scharifischen Regierung für die Zukunft gegebenen Zusicherungen zur Kenntnis. — Die französische Regierung hat sogleich die Vorbereitungen zur Abfahrt der Schiffe eingestellt. Frankreich erhält auf diese Weise Genugtuung bezüglich sämtlicher Punkte und ohne jeden Vorbehalt. —

Das Chaos im Kaukasus.

Tiflis, 7. September. Der Statthalter hat dem Generalgouverneur von Baku Jadedjew die Weisung erteilt, mit Hülfe eines aus Tiflis entsandten Schützenbataillons in energischer Weise gegen die Aufständischen vorzugehen.

Amlich wird die Lage in Baku sehr ernst dargestellt. Gestern abend erneuerten sich die Unruhen in verstärktem Maße. Die Aufständischen beschossen das Haus des Generalgouverneurs. In Balachany erwies sich die Truppenzahl als zu gering; die Artillerie mußte fernern. In der Stadt wüthet bei heftigem Sturm eine furchtbare Feuersbrunst.

Petersburg, 7. September. Ein Telegramm meldet, daß die Naphthaquellen in Balachany, Sabuntshi und Romany ausgebrannt seien, während in Bibi Gibat der Brand noch herrscht. Im ganzen sind 40 Naphthafontänen der Firma Nobel vernichtet worden. Die in Petersburg anwesenden Naphtha-Industriellen haben beschlossen, den Kaiser zu bitten, energische Maßnahmen gegen die ganz Rußland bedrohende Krise in Folge der Katastrophe in Baku anzuordnen. Die Stadtduma trifft bereits Maßnahmen, in den Wasserwerken die Naphthabeizung durch Kohlenfeuerung zu ersetzen.

Dem „Tag“ wird noch telegraphiert:

Ueber ganz Rußland bringen diese furchtbaren Naphthabrände neues Rot. Von einem Export von Petroleum kann jetzt keine Rede mehr sein. Wie groß die Verluste sind, welche dem Nationalvermögen dadurch erwachsen, kann man beurteilen, wenn man hört, daß 1904 aus Baku ins Ausland 75 514 000 Rub ausgeführt wurden. Von der Firma Nobelbrennen in diesen Tagen 40 Fontänen, sie macht sich auf noch größere Verluste bereit. Außer der Robel'schen 29., 30. und 31. Abteilung in Tschernogorod brennen in Wjersdat die Naphthaquellen der Firmen Oleuma, Mantafschew und Rounot. Ein wildes Chaos herrscht unterdes in Baku, wo, während die Kämpfe zwischen Armeniern und Tataren fortdauern, Tausende von streikenden Arbeitern die Industrieviertel durchziehen. Die ganze Stadt ist durch die furchterlichen Brände in die Rauchwolken gehüllt, ein starker Sturm begünstigt die Ausdehnung der Feuersbrünste, durch die auch viele Tausende von Arbeitern brotlos werden. Ebenso werden Schifffahrt und Eisenbahnen durch diese Naphthabrände sehr in Mitleidenschaft gezogen.

Nach dem Friedensschluß.

Einstellung der Feindseligkeiten.

Das Auswärtige Amt in Petersburg sandte, wie den „Times“ von dort gemeldet wird, gestern an das Kriegs-, das Marine- und die anderen Ministerien den vollen Text des russisch-japanischen Friedensvertrages, damit auf Grund desselben die Maßnahmen zur Einstellung der Feindseligkeiten sofort angeordnet werden.

Inzwischen ist es in Korea und auf Sachalin noch zu einigen Schärmen gekommen. Hierüber wird gemeldet:

Tokio, 6. September. (Amlichsche Meldung.) Die Japaner besiegten die Russen am 1. September im Nordosten von Korea in einer Reihe von scharfen Gefechten.

Tokio, 7. September. Am 30. August, also dem Tage vor dem Friedensschlusse wurde in einem Gefecht bei Waibus an der Ostküste von Sachalin die noch übrig bleibende Abteilung der Russen von den Japanern vollständig ausgerieben. Die Russen verloren dabei 130 Tote; die Verluste der Japaner sind gering.

Unruhen in Japan.

Ueber die Unruhen, die in Japan infolge des Friedensschlusses ausgebrochen sind, wird heute ausführlicher gemeldet:

Tokio, 7. September. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Die ganze Nation ist sehr verstimmt über das Ergebnis der Friedenskonferenz; keineswegs hat man im Reiche eine Geneigtheit bekundet, den Abschluß des Friedens zu feiern. Die Radikalen eröffnen einen heftigen Kampf gegen die Regierung und verlangen eine Bestrafung der für das Abkommen in Portsmouth verantwortlichen Personen. Der künftige Vandalia wird voraussichtlich rümic sein; man sagt den Fall des Kabinetts Matsura voraus. Die Kurse an der Börse sinken. Die schlechte Ernte in Verbindung mit den großen finanziellen Verpflichtungen der Regierung vermindert die Einnahmen in manchen Kreisen. Man fürchtet, daß eine Periode finanziellen Stillstandes und ungünstiger Entwicklung des Handels bevorsteht. Ein hervorragender Anlier äußerte auf Befragen, die Waive der Werte ergebe sich naturgemäß aus der derzeitigen Verfassung der Börse infolge der jüngsten Tätigkeit der Spekulanten, aber sie sei nicht bezeichnend für die allgemeine Lage Japans. Da viel Geld im Lande sei, werde man ohne Zweifel alle etwa entstehenden Schwierigkeiten überwinden. Der Rücktransport der Arme von etwa einer Million Menschen werde mindestens zehn Monate dauern und mehrere Millionen Yen kosten. Die Regierung werde vielleicht versuchen, eine neue innere Anleihe auszugeben, aber infolge der allgemeinen Enttäuschung sei es möglich, daß das Publikum nicht geneigt sein werde, der Regierung neue Mittel zu gewähren. Diese versage jedoch auf alle Fälle über beträchtliche

Geldquellen und werde sich voraussichtlich ohne große Schwierigkeiten aus der Affäre ziehen können.

Eine Londoner Meldung besagt: Die in den öffentlichen Demonstrationen gegen den Portsmouther Frieden sich zeigende Erregung im japanischen Volke bezieht sich anscheinend viel weniger auf die ausgebliebene Kriegsentchädigung, als darauf, daß nach Ansicht des Volkes eine Sicherheit gegen russische Angriffe durch die Friedensverhandlungen nicht erreicht worden ist. Man schreibt die angeblich nicht tiefergehende Bewegung dem Mangel an Kenntnis der Vertragsbedingungen im Volke zu. Dem widerspricht offenbar die Tatsache, daß der frühere auswärtige Minister Graf Okuma sich auf den gleichen Standpunkt stellt. Er erklärt, die Rußland gestellten Bedingungen seien unzureichend, um es an einem Angriff auf Korea und die Mandchurie zu verhindern, und liehen Rußlands Ehrgeiz auch in Zukunft weiten Spielraum. Die vor dem Kriege herrschenden Verhältnisse könnten sich zu jeder Zeit wiederholen. Beide Parteien seien zwar übereingekommen, die Mandchurie zu räumen, aber China löme dort keine Ordnung halten, und Rußland würde darin eine Gelegenheit finden, den Samen des Krieges auszustreuen. Anstatt jede Ursache künftiger Konflikte zu beseitigen, lasse das Abkommen die Dinge gerade so, wie sie waren.

Die Auffassung, daß durch den Friedensvertrag die Gefahr späterer Zusammenstöße mit Rußland nicht beseitigt sei, ist allerdings richtig. Aber das wäre bei jedem Friedensvertrag der Fall gewesen. Im übrigen schließt für die Dauer des englisch-japanischen Bündnisses Englands Bundesgenossenschaft Japan wohl hinreichend gegen einen russischen Angriff. Es scheint also, als ob die Erregung der Massen von den Radikalen hauptsächlich deshalb geschürt werde, um das gegenwärtige Kabinett zu stürzen. Die soziale Notlage des Volkes, in dem jetzt das Gefühl der patriotischen Erregung dem Stagnationsjammer des sich seines Bewußt werdenbenden Landes zu weichen beginnt, begünstigt den politischen Feldzug gegen das derzeitige Ministerium.

Bei den Unruhen wurden nach der Meldung aus Tokio zwei Personen getötet und 500 verwundet. —

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

24. Sitzung vom Donnerstag, den 7. September, nachmittags 5 Uhr. Das Stadtparlament nimmt nach zweimonatiger Ferienpause mit der heutigen Sitzung seine Arbeiten wieder auf. Die Tagesordnung ist eine sehr reichhaltige; unter ihren 35 Nummern steht der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion betr. die Fleischnot an Bedeutung weitans voran.

Der Vorsteher Dr. Langenhans eröffnet die Sitzung um 5 1/2 Uhr mit einer herzlichsten Begrüßung der aus den Sommerferien zurückgekehrten Kollegen. Er gedenkt zunächst des Hinscheidens des Stadtv. Dr. u. m. (A. L., 7. 3. Juli), dessen Andenken von der Versammlung durch Erheben von den Sigen geehrt wird, sodann des verstorbenen Direktors der Straßenreinigung Schloßky. Ausgeschieden ist ferner Stadtv. Schöpke (A. L.).

Stadtrat und Kämmerer Raach hat am 9. Juli er. aus Gesundheitsrücksichten seine Pensionierung erbeten. Untern 24. Juli hat der Magistrat die Versammlung um die baldigste Vornahme der Neuwahl ersucht. Der Vorsteher hat die Stelle ausgeschrieben. Herr Raach tritt um 1. Oktober zurück; der Magistrat hat ihm den Titel „Stadtdirektor“ zugebracht und der Versammlung eine bezügliche Vorlage zugehen lassen.

Stadtv. Rommen (Fr. Fr.) spricht im Namen der ganzen Versammlung dem Vorsteher den Dank dafür aus, daß er sofort die Ausschreibung der Stelle veranlaßt hat, und widmet dann unter mehrfacher Beifall dem scheidenden Kämmerer Worte des Dankes und der Anerkennung.

Stadtv. Gassel schließt sich dem Vordredner durchweg an. Auf Veranlassung des Vorsteher's erhebt sich die Versammlung zu Ehren des Kämmerers von den Sigen.

Stadtv. Michel weist darauf hin, daß für das Kämmerergehalt keine Stala existiert, und beantragt, den Magistratsantrag mit der Modifikation anzunehmen, daß das Gehalt nicht auf 15 000, sondern „zunächst“ auf 15 000 M. bemessen werde.

Während Stadtv. Dinsje diesem Vorschlag zustimmt, erhebt Stadtv. Singer dagegen Bedenken. Er sieht keinen Grund ein, dem Antrag zuzustimmen. Es sei auch gar nicht endlich, wie die Zustimmung der Regierung zu einem Gehaltsnachgesucht werden soll, der nur für „zunächst“ in Aussicht genommen ist. Eine solche Bestimmung könnte zu den unangenehmsten Konsequenzen führen. Redner beantragt, die Frage einem Ausschuß von 15 Personen zu überweisen.

Stadtv. Gassel schließt sich diesen Ausführungen an und beantragt, die ganze Angelegenheit einem Ausschuß zu überweisen.

Nach kurzer weiterer Debatte wird der Antrag Michel's zum Abschluß und die Angelegenheit bezüglich ihrer persönlichen Seite einem Ausschuß von 15 Personen überwiefen.

Fleischnot und Fleischsteuerung.

Am 1. September ist von den Stadtv. Dr. Arons u. Gen. folgender Antrag eingereicht worden:

Die Versammlung ersucht den Magistrat, mit ihr gemeinsame Schritte zu unternehmen, den Bundesrat zu veranlassen, die Sperrung der Grenze gegen die Vieheinfuhr aufzuheben, um die die Volkswirtschaft schwer schädigende Fleischsteuerung einzuschränken.

Am 2. Sept. aber gelangte folgende Magistratsvorlage an die Versammlung:

Die seit einiger Zeit im Lande herrschende Fleischsteuerung, welche auch in den weitesten Kreisen der hauptstädtischen Bevölkerung sich in dauernd wachsendem Maße fühlbar macht und den Mittel- und Arbeiterstand im Genuß eines wichtigen Nahrungsmittels schwer beeinträchtigt, legt uns die Frage vor, mit welchen Mitteln auf baldige Herabminderung der hohen Fleischpreise hingewirkt werden könnte, insbesondere, ob nicht eine schleunige Vorkehrung bei der Staatsregierung am Plage wäre, dahingehend, daß die für das Ausland bestehenden Vieheinfuhrverbote ganz oder teilweise vorübergehend außer Kraft gesetzt werden.

Die Stadtverordneten-Versammlung ersuchen wir, mit uns in gemischter Kommission zur Beratung der dringenden Angelegenheit zusammenzutreten.

Am 4. September haben endlich die Stadtv. Gassel, Rommen und Kreiling einen dringlichen Antrag eingebracht betr. die Aufhebung der Einfuhrverbote für gefundenes Fleisch, die Ermäßigung der Viehhölle und eine gemeinsame Kundgebung der deutschen Städte zur Erreichung der vorstehend bezeichneten Ziele.

Alle drei Vorlagen werden gemeinschaftlich beraten. Bürgermeister Dr. Reide: In der uns jetzt beschäftigenden Angelegenheit sind wir ja einander bereits entgegengekommen, und es wird wohl nicht schwer sein, uns zu verständigen; jedenfalls nicht ganz so schwer, als es halten wird, die maßgebende Stelle davon zu überzeugen, daß die bestehende Fleischnot dringend Abhülfe erheischt. Denn diese Stelle hat gemeint, es bestehe nicht eine Fleischnot, sondern bloß eine Fleischwertuerung, die nur vorübergehend, nach einigen Wochen wieder bezwungen sein würde und künstlich aufgedauert worden sei. Ich glaube meinerseits nicht, daß eine so starke, allgemeine Bewegung im ganzen Lande künstlich gemacht sein kann; ein so

Starker Ausbruch des Unwillens der Bevölkerung.

kann nur durch die Macht der Verhältnisse gegeben sein. Fleisch ist da, aber nur für den, der es bezahlen kann (Sehr richtig!), nicht für die große Masse der Bevölkerung, welche die jetzigen Preise nicht mehr zu erdulden imstande ist. Nach der amtlichen Statistik stellten sich die Preise für April/Juni 1903 auf 88, 1904 auf 90,6, jetzt auf 125,8 M. für mittelmäßige Ware, für minder-

Werbige sind die Zahlen 94, 98 und 125. (Hört! Hört!) Mit dieser enormen Preissteigerung Hand in Hand geht eine erhebliche Verringerung des Auftriebes, und dies trotz der Zunahme der Berliner Bevölkerung. (Hört! Hört!) Bei den Schlachtungen genau dieselbe Erscheinung! Und was Qualität betrifft, so stellt sich da noch deutlicher heraus, daß es sich um eine wirkliche Fleischnot handelt. Pro Schwein wurde hier auf unserem Fleischhof 1905 ein Mindergewicht von 6,3 Kilogramm festgestellt; in jeder Woche sind daher circa 217 Zentner weniger Fleisch am Markt gewesen! Das beweist schon einen wirklichen Fleischmangel. Es kommt ferner unweilich Fleisch auf den Markt, um die hohen Preise auszunutzen, und für die nächste Zeit wird es gut ausgemästetes Fleisch überhaupt nicht leicht geben. (Sehr wahr!) Ein Flugblatt des Bundes der Landwirte schiebt die Schuld auf

die Höhe der Schlachtungsgebühren.

Die Schlachtgebühr belastet das Pfund Fleisch mit 0,81 Pf.; aus der Schaugebühr dürfen wir bekanntlich gar keinen Uberschuß erzielen. Unser Viehhof ferner ergibt einen Höchstüberschuß, der das Pfund Fleisch nur mit 0,17 Pf. belastet, also 6 Pfund erst um 1 Pf. Rechnet man dazu, daß an diesen Gebühren innerhalb der letzten Jahre nichts geändert ist, so ergibt sich, daß mit der jetzigen Teuerung die Gebühren absolut nichts zu tun haben. (Zustimmung.) Man verlangt nun von uns an der entscheidenden Stelle, wir sollten einen gangbaren Weg angeben; wir verweisen auf die Öffnung der Grenzen, und da heißt es: Dieser Weg ist nicht gangbar, ihm stehen die Seuchengefahr und der Schutz der Landwirtschaft entgegen. Es wird mir sehr schwer, den Einwand der Seuchengefahr ernst zu nehmen; wo bleibt er gegenüber der kontingentiellen Schweine-Einfuhr von Rußland? (Sehr gut!) Darüber, ob der Schutz der Landwirtschaft, der ihr hier gegeben werden soll, überhaupt ein berechtigter ist, bestehen in weiten Kreisen der Bevölkerung starke Zweifel; aber die Berechtigung des Einwandes zugegeben, steht der Regierung die vorübergehende Schädigung eines solchen Standes höher als die Schädigung von Millionen armerer und ärmerer Bürger, die sich mit Recht darüber beklagen, daß ein notwendiges Volksernährungsmittel ihnen verknüpft oder vielleicht ganz entzogen wird? Nun heißt es, im Ausland seien die Preise auch so hoch wie bei uns. Das ist auch nicht richtig. Die Märkte in Wien, Rotterdam, Paris, Pest, Kopenhagen wiesen 1904 für Rinder und Schweine erheblich niedrigere Preise auf, und auch in diesem Juni sind dort die Preise für 50 Kilogramm Lebendgewicht bei Rindern und Schweinen nicht annähernd den unseren gleich gekommen. Nun wirft man, wie oft bei solchen Gelegenheiten, die Kompetenzfrage auf. Beamte und Gewerbetreibende haben sich in den bewegtesten Klagen an mich über die Wirkungen der Teuerung ergangen. Nehmen wir aber selbst an, die Regierung wäre formal juristisch in der Lage, ein Verbot dieser Versammlung in den Papierkorb wandern zu lassen, davon kann ich mich nicht überzeugen, daß die Stimme der geordneten Vertretung der Stadt ungehört verhallen sollte. Wenn Sie glauben, die Kommissionsbehandlung sei überflüssig, und Sie trauen uns zu, daß wir die Intentionen der Bürgerchaft richtig treffen werden, so sind wir auch ohne solche Beratung bereit, diesen Schritt zu tun. Ich möchte nur wünschen, daß unsere Worte auch an die richtige Stelle kämen. (Beifall.)

Stadtv. Cassel: Bei der Beurteilung der Frage des Fleischmangels ist der Moment sehr zu beachten, daß der Berliner Viehmarkt heute einen viel größeren Konsumtentkreis als früher zu befriedigen hat, indem zahlreiche Käufer aus der Provinz jetzt nicht mehr in ihrer Umgebung und beim Produzenten, sondern auf dem Berliner Viehmarkt ihren Bedarf decken. Das Fleisch hat jetzt einen Preis errungen, der es der großen Masse der Bevölkerung unendlich macht, Fleisch in genügender Menge zu erstehen; für diese Kreise besteht also unter allen Umständen eine Fleischnot. Die Minister gestehen ja diese Tatsache selbst zu, so Herr Möller und sogar Herr von Roddielski, der direkt bedauert hat, daß der kleine Mann das Geld für das Fleisch nicht mehr erswingen kann. Aber derselbe Herr Minister macht keinerlei Anstalt zu ernstlicher Abhilfe, er hat der Stadt Berlin geraten, selbst Schweinemästerei zu treiben bezw. den Sozialdemokraten anbeizugeben, sich diesem Zweige zu widmen, er werde gern Herrn Singer die nötigen Ferkel dazu liefern. (Große Heiterkeit.) Wie kann ein Vertreter der Regierung mit solchen Scherzen, Witzen und leeren Redewendungen eine solche ernste Frage abtun! Die Frist, die der Minister für den Eintritt der Abwärtsbewegung der Preise gab, ist bereits abgelaufen. Die Grenzen sollen nicht geöffnet werden mit Rücksicht auf die Seuchengefahr. In Wirklichkeit sollen lediglich die heutigen hohen Preise den Produzenten nicht geschmälert werden. Dem gegenüber erweist sich unser Antrag, der sich ja materiell mit dem Antrag Kronz deckt, als eine Notwendigkeit. Der neue Zolltarif setzt für das Schlachtvieh die Hölle um das Doppel- bis Sechsfache herauf; eine dauernde Abhilfe gegen Fleischteuerung ist damit natürlich noch weniger gegeben. Nachdem der Magistrat die gemischte Deputation selbst beantragt hat, glauben wir allerdings, sie nicht ablehnen zu können; aber die Herbeiführung einer Rundgebung der deutschen Städte, wie sie der dritte Teil will, sollte schon heute, um keine Zeit zu verlieren, beschloffen werden. Die Rücksicht auf die mögliche Erfolglosigkeit unserer Schritte kann und nicht abhalten. Gewiß ist ein tatsächlicher Erfolg im letzten Grunde nur dann verbürgt, wenn das Volk eine Vertretung wählt, die solche Zolltarife unmöglich macht; aber die Entwidlung der Verhältnisse wird auch bei uns die maßgebenden Kreise zur Ablehnung von einem derartigen verfehlten wirtschaftspolitischen System zwingen, soll nicht der einzelne und der Staat unberechenbaren Schäden leiden! (Beifall.)

Stadtv. Singer: Das angeführte Zahlenmaterial ist durchschlagend, es braucht gar nicht noch vervollständigt zu werden, um den Beweis zu liefern,

daß wir vor einer Volkskatastrophe stehen.

Der Zubrang zu den Verkaufsstellen für minderwertiges Fleisch ist ein kolossaler, sie werden gestürzt, um ein Fleisch zu erhalten, welches doch tatsächlich von der Arbeiterfrau nur mit einem gewissen Widerwillen gekauft wird. Ebenso

steigt der Pferdefleischkonsum ganz erheblich.

Diese Fleischnot und Fleischteuerung bedeutet geradezu eine Verwüstung der Volkskraft zugunsten der Agrarier! Es ist geradezu ein Skandal, daß die große Masse sich den Fleischgenuß versagen muß, nur damit die Herren Großgrundbesitzer im Genuß der hohen Fleischpreise bleiben, und daß die Grenzen nicht geöffnet werden, um billigeres, gutes ausländisches Fleisch hereinkommen zu lassen. Das ist eine positive Ausbeutung und Auswucherung des Volkes! Sowohl der Auftrieb wie die Schlachtungen haben abgenommen, und dem gegenüber ist der Preis erheblich gestiegen. In zahlreichen Städten ist dieselbe Erscheinung aufgetreten wie in Berlin; wie kann man da behaupten, daß eine Fleischnot nicht existiert!

Der Schweinepreis ist 1905 um über 30 Proz. gestiegen.

Es wäre Zeitvergeudung, ein Wort darüber zu verlieren, daß alles versucht werden muß, um diese Skalamität zu beseitigen. Die Regierung hat ja durch Herrn von Roddielski sich vernehmen lassen. Kollege Cassel nimmt den Herrn Minister wirklich zu tragisch. Der Minister ist ein lustiger Herr. Wir wissen, daß seine Bemerkung hinsichtlich der Schweinemästerei ein Scherz und nicht ernst gemeint war. Wir aber haben vom Standpunkt unserer Überzeugung aus zu versuchen, irgend etwas Ernsthaftes zur Abhilfe der aufgetretenen Not zu tun und können und auf solche Hinterlistigen nicht einlassen, so wenig wir dagegen hätten, daß Herr von Roddielski Direktor dieser Schweinezuchtanstalt würde. (Große Heiterkeit.) Der Handelsminister hat auch einen eigentümlichen Standpunkt eingenommen. Er sagte, daß er die Preissteigerung im eigenen Haushalt fühlt; man konnte doch annehmen, daß die 14 000 M. Gehaltserhöhung seinen Schmerzen in dieser Beziehung abgeholfen hätten. Herr Möller macht gegen die erhobene Beschwerde den Einwand, daß die Arbeiter heute nicht bloß dann und wann, sondern täglich Fleisch essen. Was sollen solche Redewendungen, was soll der Rat an die Restaurateure, für die Portionen etwas mehr zu nehmen? Der Zolltarif sei ein Mägen-Mägen-nicht-an, sagt er; das ist ja gerade das Traurige, daß er sich dazu hergibt, eine Politik zu

betreiben, die seinen eigenen Anschauungen widerspricht. Die Magistratsvorlage haben wir mit Freuden entgegengenommen. Den sachlichen Ausführungen des Bürgermeisters stimme ich durchaus zu, meine aber doch, daß die Annahme des Magistratsvorlages nicht überflüssig ist. Die Beratung in gemischter Deputation scheint mir notwendig, weil doch auch versucht werden muß, von Seiten der Stadt selbst aus irgendwie helfend einzugreifen. Wir haben den Vorschlag gemacht, die Aufhebung der Grenzsperrung zu verlangen. Das ist nur einer von vielen. Der neue Zolltarif würde, wenn in Kraft getreten, für eine Beseitigung oder Erniedrigung der Zollschranken allerdings ein unüberwindliches Hindernis bilden. Der elementare Impuls, der durch alle Kreise der Bevölkerung geht, kann ja auch dazu beitragen, einer Rundgebung der Städte an maßgebender Stelle Nachdruck zu verleihen; wir werden uns also dieser Anregung nicht widersetzen. Wir müssen aber auch als Stadtvertretung alles versuchen, dieser Volkswüstung ein Ende zu machen, und wir halten es für eine der Stadt Berlin besonders würdige und hohe Aufgabe, die Lösung des Problems der Fleischversorgung der Bevölkerung selbst in die Hand zu nehmen. So gut wie Einrichtungen treffen können, minderwertiges Fleisch zu verkaufen, so gut muß das für den Verkauf von vollwertigem Fleisch möglich sein. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Auch die Errichtung einer eigenen Mischwirtschaft auf den städtischen Rieselplätzen wird hierbei mit zu erwägen sein. Daß wir auf unseren Rieselplätzen eine Schweinezucht zu etablieren imstande sind, darüber ist kein Zweifel und darüber wird man sich in der gemischten Deputation in weitgehendem Maße verständigen können. Wenn sie den sozialistischen Zukunftsstaat vermeiden wollen, können Sie von Ihrem Standpunkt nichts Besseres tun, als innerhalb der heutigen Gesellschafts Reformen wie die Fleischversorgung selbst anzubahnen. Auch der Großeinkauf von Vieh wird in Betracht zu ziehen sein. Wir sind daher der Auffassung, daß die gemischte Deputation gerade die Lösung der Frage, was die Stadt selbst zu tun vermag, um der Notlage entgegenzutreten, ungemein fördern kann.

Stadtv. Rommsen (R. Jr.) hält für zweifelhaft, ob die Begründung einer Schweinezucht auf den städtischen Rieselplätzen gerade ein geeignetes Abhilfsmittel wäre; jedenfalls sei eine solche bisher noch von niemand zu den sozialen Einrichtungen gerechnet worden. (Heiterkeit.) Der Rückgang des Fleischumsatzes sei noch viel schwerwiegender, als die nackten Zahlen ergeben, denn die Ausfuhrverbote verminderten das Angebot auch noch ganz beträchtlich. Redner freut sich der großen Uebereinstimmung aller Teile der Versammlung in der Frage und wird im Sinne der Vorschläge Gasse stimmen.

Stadtv. Rosenow (R. L.) zieht mit großer Energie gegen die Minister v. Roddielski und Möller zu Felde. Der erstere sei doch nicht bloß Landwirtschafts-, sondern auch Staatsminister, aber trotzdem sein Kollege v. Wehmann-Hollweg die Fleischnot zugestanden habe, jorge er nur für „seine“ Landwirtschaft. Nach schlummer fast stelle sich Herr Möller dar, auch ein Minister gegen den Handel, nicht für Handel und Gewerbe! Herr v. Roddielski, der rein zufällig Landwirtschaftsminister geworden, nachdem er vorher sich auf dem Gebiete der Post versucht und auch wohl Eisenbahnminister geworden wäre, wenn er sich mit dem Lausertal hätte vor den Rauch treten lassen wollen, sehe uns dem Geplöte des Auslandes aus. Die Versammlung müsse laut und bernehmlich ihre Stimme erschallen lassen.

Stadtv. Dr. Nathan (soz.-fortschr.) bedauert, daß sich keine Agrarier in der Versammlung befinden, da dann nicht alle Redner genötigt wären, daselbe zu sagen. Redner weist auf den jährlichen Bevölkerungszuwachs von 600 000 Seelen hin, mit dem die Viehproduktion keineswegs gleichen Schritt gehalten habe. Man müsse die Forderung der Herabsetzung der Viehzölle mit äußerster Energie vertreten. Ueber den „Erfolg“ mache er sich freilich bei dem übermächtigen Einfluß der Großgrundbesitzerklasse in Preußen keine Illusionen.

Stadtv. Cassel bittet, auch die Vorgänge bei der hiesigen Freibank im Interesse der Unterstützung der erhobenen Forderungen antäglich feststellen zu lassen und entgegen dem Stadtv. Singer, daß er sich über die persönliche Ernsthaftigkeit des Herrn v. Roddielski gar nicht geäußert habe, daß es aber eine sehr ernsthafte Sache sei, wenn ein Minister, den man von seiner Stelle nicht entfernen könne, in solcher ernsten Sache mit Späßen vorgehen zu können glaube. Soziale Einrichtungen, die nützlich seien, habe er (Redner) schon häufig gemeinsam mit Herrn Singer unterstützt. Damit schließt die Debatte. Der Antrag auf Einsetzung einer gemischten Deputation wird einstimmig angenommen, ebenso derjenige auf Einberufung eines deutschen Städtetages.

Mit der von der Versammlung gewünschten Erhöhung der Zahl der Stadtverordneten von 4 auf 8 in der gemischten Deputation, welche zum selbständigen Ankauf der Grundstücke im Scheunendiertel ermächtigt sein soll, hat der Magistrat sich einverstanden erklärt. Ebenso ist der Magistrat bereit, mit der Versammlung in gemischter Deputation die Frage zu erörtern, ob für die städtischen Waisenkinder Anstalts- oder Familienpflege vorzuziehen ist, und ersucht die Versammlung, zehn Mitglieder in diese Kommission zu entsenden. Die Wahl soll vor der nächsten Sitzung vorgenommen werden.

Dem Verein Berliner Geflügelzüchter „Fortuna“ werden für seine 18. große Geflügelausstellung zu Ehrenpreisen 500 M. Beihilfe bewilligt.

Zum Verkauf für die Riettschulen in der Remelerstr. 69 und Rosenerstr. 27 soll eine Gemeindepfeilschule auf einem Grundstück an der Prombergerstraße erbaut und das letztere von der Firma Bloch und Simon für 70 M. pro Quadratmeter (410 200 M.) angekauft werden. Die Versammlung stimmt zu.

Gegen die Gemeindevorläuferliste für 1905

die nach der Vorchrift der Städte-Ordnung vom 15.-30. Juli ausgegeben hat und in dieser Zeit von 21 314 Personen eingesehen worden ist, sind 288 Einsprüche erhoben worden; außerdem haben 80 Personen die Verichtigung von Einzelheiten in der Liste beantragt. Das vom Magistrat vorgelegte Verzeichnis der Proteste weist aus, daß 78 der Beschwerdeführer nicht eingetragen sind, weil sie als Schlafbürchen angesehen werden, 36 sind Steuerresistanten, 23 in Preußen nicht staatsangehörig, 84 haben Krankenhauspfege und „Extra-Unterstützung“, 4 nur letztere genossen; 4 sind steuerfrei oder nur zu der 2.40 M.-Klasse veranlagt, einer will nach seiner Steuerleistung nicht in die II., sondern in die III. Abteilung gehören; 4 (darunter der Mediziner Julius Koliski) sollen noch nicht ein Jahr in Berlin sein. 44 sind irrtümlicherweise ausgelassen worden zum Teil wegen inzwischen vollzogenen Wohnungswechsels, 6 Einsprüche sind verspätet eingegangen.

Die Vorlage geht an den Wahlprüfungsausschuß. Zu den Kosten des

Sirham-Denkmal

auf dem Karlsplatz (insgesamt 80 000 M.) sollen der Stadt wegen 44 400 M. zugesprochen werden.

Stadtv. Nathan bittet um Auskunft, wer die drei Preisrichter aus Künstlerkreisen sind, die über die Gestaltung des Denkmals entscheiden sollen.

Stadtbaurat Krause: Das Komitee hat als Preisrichter den Architekten Wesel und die Bildhauer Mangel und Luatillon zugezogen. Ob das Denkmal nach den Intentionen des Vorebners ausfallen wird, weiß ich nicht, hoffe es aber mit ihm.

Die Vorlage wird angenommen. Zur Verbreiterung der neuen Wilhelmstraße soll für 200 000 M. das Grundstück unter den Linden 76, Ecke Neue Wilhelmstraße 5b, erworben und eine neue Fluchtlinie für die Ostseite der Straße festgesetzt werden, welche deren Verbreiterung auf 16,70 Meter ermöglicht.

Die Vorlage wird mit einem Amendement Haberland angenommen.

Zum Bau von drei neuen Schulbaracken und von vier Wohnbaracken für Schuldiener bei sämtlichen vier Paraden-schulen werden 68 400 M. gefordert.

Stadtv. Borgmann (Soz.) gibt der Befürchtung Ausdruck, daß mit der Erbauung von Wohnbaracken das Paradenstystem eine zu weite Ausdehnung gewinnen und zu einer dauernden Einrichtung werden dürfte. Die Sache sei aber stets nur als Provisorium gedacht worden. Er beantragt Ausschußberatung.

Stadtv. Dr. Kangerhans ist prinzipiell auch gegen die Paraden-schulen; hier handele es sich aber lediglich um vier kleine Häuschen, in welchen die Schuldiener untergebracht werden müßten, wie sich als durchaus nötig erweisen habe.

Stadtv. Borgmann beharrt dabei, daß die Wohnbaracken den Paraden-schulen einen ständigen Charakter verleihen würden.

Stadtv. Schäfer: Es handelt sich lediglich darum, die vier vorhandenen Paraden-schulen zu ergänzen. Wir sind mit dem Bau der Wohnbaracken für die Schuldiener schon vorgegangen und verlangen eigentlich nur Indemnität.

Stadtv. Borgmann: Dann ist der Magistrat weit über seine Befugnisse hinausgegangen und wir müssen nunmehr erst recht auf einer Prüfung der ganzen Sache im Ausschuß bestehen.

Stadtv. Kangerhans: Es ist zu viel verlangt, für solche Kleinigkeiten einen Ausschuß einzusetzen. Die Schulen bestehen durch unseren Beschluß; wir haben ja gesagt und müssen auch W sagen.

Die Vorlage wird nach Ablehnung des Antrages Borgmann angenommen.

Nach Erledigung einer langen Reihe weiterer Gegenstände von untergeordnetem Interesse schließt die öffentliche Sitzung gegen 9 Uhr.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Landtagswahl in Schwarzburg-Rudolstadt.

Rudolstadt, 7. September. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei der Landtagswahl in Schwarzburg-Rudolstadt wurden Sozialdemokraten gewählt: in Rudolstadt I Bloß, II Hartmann, Königsee I Benter, II Gröschler, Rahhütte Kaiser, Oberweissbach Hartmann, Frankenhäuser I Winter, Schlotheim Winter. An Stichwahlen ist die Sozialdemokratie in Blankenburg und Stadtilm beteiligt. Ueberall Stimmenzunahme. Die Gegner behaupteten bis jetzt sicher vier Mandate der Höchstbesteuerten, ein Mandat der allgemeinen Wahlen, ein Mandat steht noch aus.

Verlustliste.

Berlin, 7. September. Telegramm aus Windhuk: Am 8. September auf Patrouille bei Gurumana gefallen: Sanitäts-jergant Max Müller, geboren 12. 6. 80 zu Bräunsdorf, Braunschweig; verwundet: Reiter Friedrich Schäfer, geboren 30. 4. 80 zu Althof-Magnitz, Schivel, Schuß links Arie.

Vom holländischen Kolonialkrieg.

Haag, 7. September. (B. L. B.) Nach amtlicher Meldung aus Assin wurden im Lande der Sojas bei einem nächtlichen Angriff auf holländische Patrouillen zwei Unteroffiziere und fünf Soldaten getötet und zwei Offiziere und 14 Soldaten verwundet. Der Feind hatte 41 tote.

Unruhen aus Anlaß des Friedensschlusses.

Tokio, 6. September. (Meldung des „Reuterischen Bureaus“.) Ein Volkshaufe brannte heute 10 christliche Kirchen und eine einer Missionsgesellschaft gehörige Schule nieder. Acht Personen wurden verletzt. Auch wurden zwei größere Polizeistationen und etwa 15 kleine Polizeikioske zerstört.

Tokio, 6. September. (Ausführlichere Meldung.) Der ausländische Böbel brannte gestern, nachdem das Gebäude des Hofministers gestürmt war, das Dienstgebäude des Ministers des Innern, das zwischen dem Adelsklub und dem Imperial-Hotel gegenüber dem Hibiscus-Park, dem Zentrum der ausländischen Bewegung, stand, nieder. Bedrohliche Kundgebungen fanden während des ganzen Tages in der Nachbarschaft der Dienstwohnungen des Ministerspräsidenten Grafen Katjura und des Delegierten zur Friedenskonferenz Baron von Komura statt; es gelang aber der Polizei, zu verhindern, daß den Bewohnern der Häuser oder diesen selbst Schaden zugefügt wurde. Am Abend war die Lage noch bedrohlicher. Lärmende Volksmengen füllten die Straßen an, und es wurde befürchtet, daß während der Dunkelheit viel Schaden an Eigentum angerichtet werden würde. Die gesamten Reservemannschaften der Polizei sind zum Dienst herangezogen. Die gefährdeten Stellen werden hart bewacht, die Straßen in der Umgebung des Bureaus des Hofministers sind gesperrt. Zweihundert Schutzleute bilden einen Kordon um das Bureau.

Tokio, 6. September, 7 Uhr abends. (B. L. B.) Soweit bekannt geworden, ist bei den Angriffen auf das Haus des Ministers des Innern eine Person getötet und sind 14 tödlich verwundet. Einer der Anführer sagte, man habe das Haus niedergebrannt, um die Aufmerksamkeit des Kaisers darauf zu lenken, daß das Volk mit den Friedensbedingungen unzufrieden sei; man wünsche, daß er sich weigere, den Friedensvertrag zu ratifizieren.

Tokio, 6. September, 9 1/2 Uhr abends. Die Stadt befindet sich noch in Aufruhr. Der Böbel greift abgefordert liegende Polizeistationen an und zerstört sie. Lärmende Scharen füllen die Hauptstraßen an. Der Straßenbahnverkehr ist eingestellt worden. Die Polizei trieb die Menge auseinander. Während der Nacht sind Abteilungen der Nationalarmee einberufen worden. Seit gestern mittag sind etwa 200 Personen verhaftet worden, von welchen ein Teil heute vormittag wieder freigelassen wurde, da man befürchtete, daß Versuche zu ihrer Befreiung unternommen werden würden.

Tokio, 6. September. (Meldung des Reuterischen Bureaus.) Die auswärtigen Gesandtschaften wurden vom Militär bewacht.

Tokio, 6. September, abends 9 Uhr. (Meldung des Reuterischen Bureaus.) Durch kaiserliche Verordnung wird der Belagerungszustand in Tokio erklärt. Die Ruhebestimmungen haben wieder begonnen.

Die Cholera.

Marienburg, 7. September. (B. L. B.) Hier und in den benachbarten Ortschaften Alena, Wamstein, Neubund, Groß-Montan und Schabthalde sind mehrere Choleraverdächtige Erkrankungen beziehungsweise Todesfälle vorgekommen. Eine Frau und fünf Männer sind gestorben; in drei Fällen ist bereits amtlich Cholera festgestellt.

Hamburg, 7. September. (B. L. B.) Zur Abwehr der Cholera-einführung wurde heute eine Kontrollstation für Oberländer Schiffe bei Entenwärder eröffnet. Die Station, die Tag und Nacht geöffnet ist, ist mit 12 Beamten besetzt.

Bromberg, 7. September. (B. L. B.) Auf einem Kahn auf der Nege bei Kotel ist ein Kind an Cholera gestorben, ein anderes erkrankt. Unter Choleraverdacht sind erkrankt: ein Eigentümer bei Schönlank, zwei Kinder, ein Weichensteller und ein Steinschläger in Gnesen.

Debatten über Wenn und Aber.

IV.

Konnten wir in den früheren Erörterungen uns auf die Höhe einer sachlichen Diskussion über allgemeine Parteifragen erheben, so müssen wir leider nunmehr wieder, in der notgedrungenen Abwehr der weiteren Auseinandersetzungen Kautskys auch das Persönliche streifen. Kautsky erörtert ja sogar interne Redaktionsverhältnisse, und diese bisher in der Partei nicht übliche Methode zwingt uns, unsererseits einige Bemerkungen zu seinen Behauptungen zu machen. Wir schämen voraus, daß Kautsky jetzt sichtlich bemüht ist, nach den früheren Ausdrücken einer nur persönlichen Polemik das persönliche Verkehrende auszuschneiden, ja sogar äußerliches Wohlwollen zu bekunden. Dieses Wohlwollen freilich gehört zu jener Art, die ersticken kann.

Zu den von Jahr zu Jahr wechselnden Schlagworten, mit denen man in der Partei die Genossen brandmarkt, die das Glück und Unglück haben, mit einigen Parteischristiften nicht gleicher Meinung zu sein, dürfen wir nunmehr ein neues fügen. Bisher glaubten wir, es gäbe nur Sozialdemokraten, es gäbe nur Parteigenossen, die im Sinne des Erfurter Programms und der Parteitagbeschlüsse schreiben und reden. Hatte man früher wohl die Scheidung zwischen Radikalen und Opportunisten, zwischen Revisionisten und Marginalisten, zwischen Prinzipiellen und Mittläufern, so erfahren wir jetzt, daß es zwei Arten von Parteigenossen gibt, die ethisch-ästhetischen und die ökonomisch-historischen oder auch die „Gefühlssozialisten“ und die „entschiedenen Marginalen“. Diese Scheidung ist ein allgemeines Urteil, das genau so viel und so wenig Wert hat wie dergleichen Stimmungsaussagen insgesamt. Solange derartige Urteile nicht durch sorgfältige, mit Beweisen gestützte Untersuchungen begründet werden, können sie in keiner Weise auf die Meinung der Partei Einfluß haben. Solche Scheidungen sind ebenso billig, wie sie leicht vergiftend auf das Parteilieben wirken könnten, wenn man sie ohne weiteres als bare Münze, im Vertrauen vielleicht auf eine sonst verdienstvolle Autorität, hinnimmt. Das sind Übellets, die man auf jede falsche Stellen kann.

Die Notwendigkeit über die bloße Meinungsäußerung hinaus auch sachliche Beweise beizubringen, fühlt auch Kautsky und so bemüht er sich denn, als Anzahlung auf eine gründlichere Erörterung, wie wir hoffen, ein paar Beweisstücke vorzulegen. Ehe wir uns in die allgemeinen Erörterungen über ethisch-ästhetische und ökonomisch-historische „Vorwärts“-Redakteure einlassen, seien zunächst die Beweise geprüft.

Man wird uns zugeben, daß, wenn es uns gelingt, die Beweise als durchweg wertlos im Hinblick auf die von Kautsky behaupteten persönlichen Eigenschaften dieser oder jener „Vorwärts“-Redakteure nachzuweisen, Kautsky nunmehr gezwungen ist, andere Beweise zu bringen, oder er begnügt sich mit der allgemeinen Behauptung, die man glauben kann und nicht glauben kann. Die Schwäche der Situation, in die sich Kautsky begeben hat, ersieht man schon aus der Einleitung.

Genosse Kautsky redet von der guten alten Zeit des „Vorwärts“. Das ist zwar ein schon seit Homers Zeiten ehrwürdig erprobtes Mittel, Tendenzen oder Personen der Gegenwart zu bekämpfen, indem man auseinanderlegt, wie sie durch ihre Tun eine gute Sache schmählich heruntergebracht hätten, aber ebenso zerfällt dieses Argument fast jeder sofort, wenn man es des ethisch-ästhetischen Stimmungskarakters entkleidet und nichtern an die ökonomisch-historischen Tatsachen erinnert.

Der „Vorwärts“ von heute ist nicht derselbe, der er in den ersten Jahren nach dem Sozialistengesetz war. Damals herrschte eben die ökonomische Denkweise vor, seine Politik wurde von Leuten gemacht, die in Rationalökonomie und Wirtschaftsgeschichte wohl zu Hause waren und für die Zusammenhänge zwischen Delonomie und Politik das lebhafteste Interesse und größte Verständnis besaßen. So schreibt Kautsky 1905 am Vorabend des Parteitages von Jena. Möglicherweise, daß Karl Kautsky heute über die gute alte Zeit solche Eindrücke hat, aber wir glauben ihm einen Dienst zu erweisen, wenn wir ihn ermahnen, diese gefühlssozialistische Erinnerung durch die präzise Angabe zu vertiefen, wann, in welchem Jahre, in welchem Augenblick der „Vorwärts“ jene Vorzüge besessen haben soll. Geht man die Geschichte unserer Parteitage durch, dann gewahrt man nämlich die umgekehrte Erscheinung. Die Angriffe auf den „Vorwärts“ sind nicht bestiger, sondern gelinder geworden, und wenn auch einzelne Parteigenossen in den letzten Jahren scharfe Angriffe gegen den „Vorwärts“ auf den Parteitag gerichtet haben, so stehen auch diese zurück hinter den Klagen aus der guten alten Zeit. Ja, es hat sogar in den letzten Jahren, gerade unter der bellagenden Herrschaft des ethisch-ästhetischen Denkens Parteitage gegeben, auf denen der „Vorwärts“ gerühmt wurde und auf denen gar keine Beschwerden über ihn erhoben worden sind. Nach dem Sozialistengesetz wurde unser alter Lieblingstheaterdirektor des „Vorwärts“. Wir wissen aber ganz genau, daß Karl Kautsky gerade damals mit dem „Vorwärts“ höchst unzufrieden war, daß er durchaus nicht ihn als führendes und prinzipielles Blatt anerkannte, und wie erinnern uns ferner sehr wohl, daß Genosse Kautsky erst Jahre später, als die von ihm jetzt entdeckte ethisch-ästhetische Ära tatsächlich begann, der „Gefahren“ bewußt wurde. Das sind die ökonomisch-historischen Tatsachen, die jetzt in Kautskys Gefühl so sonderbar umgeschmolzen sind. Es ist gerade umgekehrt gewesen. Das Mißgeschick über den „Vorwärts“ war bei Kautsky in der ethisch-ästhetischen Periode des Zentralorgans geschwunden, und es lehrte erst wieder, als die ethisch-ästhetischen nicht das Gefühl, aber die klare Überzeugung hatten, daß manche von den inneren, leidenschaftlich erörterten Parteifragen sehr untergeordneten Ranges seien, daß sie vor allem von Kautsky nicht selten in unglücklichster Weise geführt wurden. Kautskys Gefühl verstärkte sich schließlich in demselben Maße, wie der „Vorwärts“ ohne jede ethisch-ästhetische Abschwächung schroff zum Ausdruck brachte, daß Kautsky von den bisherigen Parteipositionen bisweilen bedenklich abirre.

Und nun zu den Beweisen, zu dem „Material“ Kautskys. Nummer eins, das erste Beweisstück für die ethisch-ästhetische Denkart — nicht des „Vorwärts“, sondern der von ihm gemeinten „Vorwärts“-Redakteure, bilden die paar Zeilen, die in unserer letzten Engelsnummer den persönlichen Erinnerungen Bernsteins vorausgehen. Ueber diese Einleitungszeilen läßt sich nun alles mögliche sagen. Es ist ein durchaus verkehrter Maßstab der Kritik, wenn man von einer Arbeit etwas verlangt, was sie gar nicht geben wollte. Auf die Weise kann man jeden Artikel in Grund und Boden kritisieren, indem man voraussetzt, daß man einen anderen Artikel mit einem anderen Inhalt gewünscht habe. So kritisiert etwa ein Theaterbesucher, der in eine Fosse gehen will und eine Tragödie vorgesetzt erhält, und nun darauf schimpft, daß die Tragödie keine Fosse sei. Die Einleitungszeilen wollten nichts anderes sein, als ein paar einleitende Worte, die sollten Stimmung sein. Wir stellen uns Kautskys Entbederfreude lebhaft vor, als er dieses Beweisstück

aushob. In diesen einleitenden Zeilen war Stimmung, insofern dessen konnte sie nur ein ethisch-ästhetischer Redakteur des „Vorwärts“ verfaßt haben, mithin bewiesen sie, daß dieser „Vorwärts“-Redakteur des ökonomisch-historischen Denkens und des entschiedenen Marxismus in betäubender Weise entbehrte. Wir haben schon in unserem letzten Artikel angedeutet, wie sehr Kautsky in seinem Eifer seine neue Richtungsformel zu beweisen, von seinem Stillsitzen verlassen ward. Diese Einleitungszeilen stammen von einem Manne der in der Zeit des Sozialistengesetzes der leitende Redakteur des führenden Organs gewesen, der in dem unmittelbaren Verkehr mit Engels gelebt, der lange Zeit hindurch gleichberechtigt mit Kautsky das wissenschaftliche Zentralorgan herausgegeben, der außersehen wurde, Lassalles Werke zu edieren und der schließlich auch jetzt noch mit den ehrenvollsten Aufträgen der Partei bedacht wird. Sicher! Seine Anschauungen teilt heute die Partei vielfach nicht. Auch ein ethisch-ästhetischer Redakteur des „Vorwärts“ hat sich gelegentlich mit diesem Manne in einer Weise auseinandergesetzt, daß Karl Kautsky ihm seinen lebhaftesten Beifall spendete. Daß aber dieser Parteischristiften ein Individuum sei, dem in der Politik nicht wissenschaftliche Einsicht, sondern die Erzielung moralischer und ästhetischer Empfindungen und Gefühle die Hauptsache sei, daß er ökonomisch nicht durchgebildet und Gefühlssozialist sei, das hatte sich die Partei bisher nicht träumen lassen. Wäre es wahr, so würde es die schwerste Verurteilung für die gute alte Zeit der Partei sein, in der dieses ethisch-ästhetische Subjekt unter allgemeinem Beifall eine ausschlaggebende Tätigkeit entwickelt hat. Es ist nicht nötig, den Namen dieses Kronzeugen für den ethisch-ästhetischen Charakter der „Vorwärts“-Redakteure zu nennen, schon aus den Andeutungen des vorigen Artikels konnte jedermann entnehmen, wer gemeint ist: Eduard Bernstein hat das Bock gehaut, trotz aller seiner nächstern ökonomischen Grundrichtung in der lebhaften Erinnerung an den Tod von Friedrich Engels in Stimmung zu geraten.

Einen weiteren Beweis für den Charakter der e.-ä. Redakteure, die nicht das Glück haben, immer mit Kautsky einer Meinung zu sein, bildet ihre Vorliebe für „Sensationen“. Das Ueberwiegen des ethischen Interesses verführe diese Partei-Schristiften zur Oberflächlichkeit und Sensationsucht, zur Unterhägung des Forschens nach den Gründen der Erscheinung. Dieses Wort von den Sensationen, das man zuerst in Leipzig gehört hat, wird nun jetzt auch bereits recht reichlich nachgehiffen, so oft, als daß es noch erregen könnte. Dieses neu aufgekommene Schlagwort von den Sensationen ist noch sinnloser wie andere. Schließlich wird man den Halsbandprozeß der großen französischen Revolution auch als eine bloße Sensation nachträglich aus der Weltgeschichte streichen. Was nach Leipzigs Vorgang Kautsky Sensationen nennt, sind die Scheinwerfer der politischen-sozialen Verhältnisse unserer Zeit, in denen sich am Karsten und grellsten die Natur der gegenwärtigen Verhältnisse offenbart. Die Tatsache also, daß Sensationen im „Vorwärts“ behandelt werden, will nichts besagen. Es käme nur darauf an, ob Kautsky nachweisen könnte, daß sie lediglich sensationell behandelt würden. Kautsky unterläßt diesen Nachweis. Er erwähnt lediglich den Aufstrichprozeß — auch Aufstrich Pokerspiel ist uns schon wiederholt vorgekommen — und er scheint zu meinen, daß diese Affäre nicht die Beachtung verdiene, die sie hat. Wir meinen allerdings, daß die Erscheinung der Abhängigkeit der ganzen Justiz eines Einzelstaates von der Spielerei eines Ministers eine wichtigere Angelegenheit sei, als etwa die Paschalaunen eines Theaterdirektors, die auch schon zu langwierigen prinzipiellen Auseinandersetzungen Anlaß gegeben haben. Der Aufstrichprozeß war umso wichtiger, als in ihm das Wesen unserer bürgerlichen Justiz in allen ihren Beziehungen zutage trat. Und wieder will es das mangelhafte Stillsitzen Kautskys, daß er abermals als corpus delicti für e.-ä. Entrüstung Artikel wählt, die z. Z. von „Vorwärts“-Redakteuren geschrieben sind, denen auch Kautsky nachrühmt, daß sie das ökonomisch-historische Denken des entschiedenen Marxismus beherrschen. Gerade die — wir meinen mit Recht — sichtlich enttäuschten Betrachtungen stammen aus dieser Feder, während der ethisch-ästhetische Redakteur in den Erörterungen, die er einem der Aufstrichprozeße gewidmet hatte, auf die juristischen Ungeheuerlichkeiten der Prozedur in erster Linie aufmerksam machte. Wenn also Kautsky durchaus bei der Auffassung beharrt, daß im „Vorwärts“ die e.-ä. Betrachtung überwiegt, so muß er diese Anlage auch gegen Redakteure erheben, die sich nach ihm durch ihre ökonomische Durchbildung, durch das Tiefere, durch den Blick für das Wesen der Dinge, durch ihren Mangel an Oberflächlichkeit vorteilhaft von den Gefühlssozialisten unterscheiden.

Indessen Kautsky verstrickt sich noch stärker in seine neue Entbedung von Parteirichtungen. Der „Vorwärts“ soll davon geträumt haben, die Sozialdemokratie könnte einmal einen solchen Eindruck auf die öffentliche Meinung hervorbringen, daß nur wenige Prozent der Bevölkerung uns entgegen und diese wenige Prozent durch ihre Isolierung zur Ohnmacht verurteilt werden. Ei der Tausend! Die allerersten Wahrheiten der sozialdemokratischen Auffassung werden plötzlich bei Kautsky zu gefühlssozialistischen Träumereien, sobald er die Meinung hat, daß die alten Wahrheiten von der e.-ä. Gruppe wiederholt werden. Kautsky spielt in seinem etwas unvollständigen Zitat offenbar auf einen Satz der „Vorwärts“-Artikel des Roland-Holstischen Buches an, in dem es hieß: „Die Macht der Reaktion beruht auf proletarischen Wählern, die eigentlich zu uns gehören und ohne die kein Reaktionsstreik möglich ist. Es bleibt daher die wesentliche Aufgabe der Sozialdemokratie, die ihr noch verständnislos gegenüberstehenden Massen mit Verständnis zu erfüllen, oder doch wenigstens einen solchen Einfluß auf die öffentliche Meinung hervorzurufen, daß die wenigen Prozent derer, welche durch ihre bevorzugte Stellung in der heutigen Ordnung der Dinge naturgemäß Feinde der Arbeiterbewegung und aller Volksrechte sind, zur Ohnmacht verurteilt sind.“ Das soll nun e.-ä. sein. Wenn wir nicht sehr irren, hat am Beginn der modernen Arbeiterbewegung niemand anders wie Lassalle gerade dieses Argument mit dem größten Nachdruck immer wieder in die Massen geworfen — ein Gefühlssozialist! Kurzlich hat Rebel geäußert: was man denn von uns verlange, wir hätten ja erst drei Millionen Wähler, man solle nur warten, bis wir sieben Millionen haben. Wahrscheinlich auch ein Gefühlssozialist!

Solange eine Arbeiterbewegung besteht, solange es einen modernen wissenschaftlichen Sozialismus gibt, ist das eines unserer Hauptargumente. Die wirtschaftliche Entwicklung führe dahin, oder habe schon dahin geführt, daß nur wenig Prozent der Bevölkerung an der Aufrechterhaltung der jetzigen ökonomischen Rechtszustände interessiert seien — das sind die berühmten vier Prozent, von denen Lassalle schon gesprochen hat —, daß die große Masse ihrer Klassenlage nach an der Aufhebung dieser Gesellschaft, nicht das ethisch-ästhetische, sondern das allerdinglichste ökonomische Interesse habe, während eine Schicht nicht unmittelbar am Klassenkampfe und an

*) Abklärung für ethisch-ästhetisch

der Ausbeutung Beteiligten neutralisiert oder sympathisch gestimmt werden könnte und müßte. Diese fundamentale Erkenntnis der internationalen Sozialdemokratie, diese in Tausenden von Artikeln, Vorträgen, Reden immer wiederholten Gedanken brauchen nur im „Vorwärts“ zu stehen, und Kautskys Sucht sie als Beweis für das mangelhafte ökonomische Denken der schuldigen Redakteure. Uns dünkt, als ob damit Kautsky die ganze Geschichte der Sozialdemokratie zu einer e.-ä.-Gefühlssozialisten umwertet!

Unser bisheriger Befund war also: die einen von Kautsky angeführten Beweisstücke konnten als Ueberführung der von ihm auf die Anklagebank gesetzten, des Gefühlssozialismus peinlich beschuldigten Redakteure nicht gelten; die anderen bestanden in der Wiederholung ältester und wichtigster Grundsätze der marxistischen Sozialdemokratie. Wir werden nunmehr auch sehen müssen, daß weitere Beweisstücke nur dadurch möglich werden, daß Kautsky leider nicht ethisch-ästhetisch, sondern allzu — ökonomisch zitiert.

Aus der Partei.

Die „Vorwärts“-Frage.

Der sechste Artikel der „Leipziger Volksztg.“ lautet: In den ersten Jahren nach dem Halleischen Parteitage suchte der „Vorwärts“ den Aufgaben eines Zentralorgans in dem Sinne gerecht zu werden, worin er als solches gegründet worden war. So in dem Streite mit der faktischen Opposition der „Jungen“, so in dem Streite mit Vollmar über den Staatssozialismus.

Aber es dauerte nicht lange, bis ihm die Dinge über den Kopf wuchsen. Da wir schlechterdings keine politischen Neigungen und Talente haben und keine Regierer über die etwaigen Fehlgriffe anderer Parteiblätter führen, so wissen wir den Zeitpunkt, wo es anders wurde, nicht genau anzugeben, und auf Stunde und Tag oder auch nur auf Woche und Monat läßt er sich auch schwerlich feststellen. Genug, daß spätestens im Jahre 1895, also vor nunmehr zehn Jahren, als mit der Agrardebate die großen Auseinandersetzungen in der Partei begannen, die seitdem nie wieder aufgehört haben, der „Vorwärts“ jeden Anspruch auf und jeden Versuch zur politischen Führung der Partei aufgegeben hatte und nur noch das große Sammelbecken war, in dem alle möglichen Ansichten zusammenfloßen und aus dem sich jeder nahm, was ihm behagte. Der „Vorwärts“ sammelte, was an verschiedenen Meinungen in der Partei laut wurde, aber er tat von allen Parteiblättern am wenigsten dazu, die Lage zu klären.

Begreiflich genug, daß dies gänzliche Verlassen des Zentralorgans bittere Klagen und Proteste hervorrief. Man schob zunächst die Schuld auf die Redaktion, in mancher Beziehung vielleicht mit Recht, worauf wir noch zurückkommen, im Wesen der Sache jedoch mit Unrecht. Die geistige Entwicklung der Partei war viel zu bewegt, viel zu mannigfaltig, viel zu reich, die Aufgaben, die an sie herantraten, waren viel zu groß und verwickelt geworden, als daß eine einzelne, noch so große Tageszeitung leitend über ihnen stehen konnte. Die Partei hatte ihre wissenschaftliche Literatur, sie hatte eine ganze Reihe von Tageszeitungen, die, wenn auch mit weniger reichen Mitteln ausgestattet, so doch dem „Vorwärts“ geistig vollkommen ebenbürtig waren; aus den verschiedensten Quellen speiste sich das innere Leben der Partei und eben erst in dieser Mannigfaltigkeit spiegelte es sich vollständig wieder; was sollte oder wie konnte da noch ein Zentralorgan über den bedeckten Wassern schweben?

Erklären wir die Sache an dem Ältesten und dem neuesten Beispiele! Wenn man bedenkt, welche Fülle der Debatten, welche Masse wissenschaftlicher Literatur die Agrarfrage seit zehn Jahren erzeugt hat, so ist es klar, daß der „Vorwärts“ in dieser Frage nicht von vornherein als tonangebendes Zentralorgan sprechen konnte. Er konnte sich an den Debatten beteiligen, wie jedes andere Blatt, aber er konnte es nicht mit irgendwelchem autoritativen Anspruch. Seine Eigenschaft als Zentralorgan erwies sich nun als eine Fehsel, die seinen Mund schloß. Oder nehmen wir die gegenwärtige Debatte über den Massenstreik! Das Buch der Genossen Roland-Holst ist für diese einzelne Frage ein wahres Meisterwerk, wie ein Zentralorgan die Diskussion vorbereiten müßte, indem es alles historische Material sammelte, in seinen inneren Zusammenhängen erläuterte, alle Einwände beleuchtete und die Frage gewissermaßen spruchreif machte. Allein die Schrift der Genossen Roland-Holst ist das Produkt einer langen und langwierigen Arbeit, die während vieler Monate konzentrierten Nachdenkens in der Studierstube geleistet worden ist, aber sich im Drange und in der Hast des täglichen Kampfes, den das Zentralorgan zu führen hat, nicht leisten läßt.

Dazu kam, daß sich der Parteivorstand auch historisch gewandelt hatte. Hatte er früher einen entscheidenden Anteil an der geistigen Entwicklung der Partei genommen, so jetzt nicht mehr, und je mehr sich die inneren Gegensätze der Partei entfalteten, die doch eine unumgängliche Bedingung ihres geistigen Fortschritts sind, um so größere Ferkelbe legte er sich auf. Das war nicht nur sein Recht, sondern auch seine Pflicht. Die einzelnen Mitglieder des Parteivorstandes können durch ihre sonstige Parteitätigkeit einen größeren oder geringeren Einfluß auf die geistige Entwicklung der Partei ausüben und haben ihn ausüben, aber der Parteivorstand als solcher kann es nicht, ohne die vorhandenen Gegensätze in unaträglicher Weise zu verschärfen. Es ist unserem Parteivorstande nur zu danken, daß er niemals auch nur den leisesten Versuch gemacht hat, sich als eine Art Obergensurbehörde aufzuspielen. Jedoch auf der anderen Seite darf man nicht übersehen, daß dadurch ein klaffender Widerspruch entstand zwischen seinen Aufgaben und den Aufgaben des Zentralorgans, das seinen Direktiven unterstand.

Nicht als ob wir damit sagen wollten, daß der Parteivorstand das Ausschneiden des „Vorwärts“ aus den prinzipiellen Meinungskämpfen der Partei je gewünscht oder auch nur begünstigt hätte. Im Gegenteil! Mitglieder des Parteivorstandes haben sich oft genug öffentlich in bitterster und schärfster Weise darüber ausgesprochen. Allein hier berühren wir einen der Punkte, deren richtige oder doch erschöpfende Würdigung nur aus einer genauen Kenntnis des Zeitungswesens zu gewinnen ist, die offiziöse — wir nehmen hier das Wort ohne jeden kränkenden Nebensinn — die offiziöse Abhängigkeit von einer offiziellen Körperschaft, die doch immer gewisse Rücksichten nehmen muß, hat noch keinem Blatte auf dem Weg, hat noch jedem Blatte sozusagen die Seele zugeschnitten. Als wir diesen Punkt einmal vor einer längeren Reihe von Jahren im Gespräch mit einem Mitgliede des Parteivorstandes berührten, wurde uns mit einer gewissen Entrüstung erwidert: „Aber wo denken Sie hin? Niemand würde so glücklich, wenn der „Vorwärts“ ein scharfes Prinzipienblatt wäre, wie wir.“ Es ist ja unser lebhaftester Wunsch, und wir legen ihm nicht einen Strohhalm in den Weg.“ Das ist heute zweifellos so richtig wie es damals war, aber in solchen Verhältnissen spielen tausend Inponderabilien mit; schon der Gedanke, mit einem falschen Urteil, mit einem unvorsichtigen Worte bis zu einem gewissen Grade gleich die oberste Parteibehörde festzusetzen, wirkt gerade auf eine pflichtgetreue Redaktion lähmend. Alle die Gründe, die in Halle und sonst für die völlige Unabhängigkeit der Parteipresse vom Parteivorstand geltend gemacht worden sind, traten auch für den „Vorwärts“ in Kraft, sobald sich das frühere Verhältnis zwischen Parteileitung und Zentralorgan überlebt hatte.

Seitdem der „Vorwärts“, spätestens bei dem Beginn der Agrardebatten vor zehn Jahren, sich selbst aus der Parteibibliothek ausschied, die zu leiten und zu regeln sein Verus war, ist er im wesentlichen dabei geblieben, nur daß es, wie allemal auf einer schiefen Bahn, immer weiter abwärts ging. Waren die Ueberflachten, die er über die Meinungen anderer Parteiblätter gab, früher wenigstens so objektiv zusammengestellt, daß man ein wirkliches Bild bekam, so werden die Parteinachrichten des „Vorwärts“ heute mit einer Unloyalität redigiert, von der wir zur Ehre der Partei-

Presse sagen müssen, daß sie in ihre ganz einsam steht. Es blieb, wie es neulich ein Arbeiter in einem Artikel der „Dortmunder Arbeiterzeitung“ festgeschrieben, bei der „diplomatischen Reserve“, bei der „Neutralität“, bei der „altbeliebten Methode“, wohl ein Amt, aber keine Meinung zu haben.“

Man hat die wunderbarsten Theorien aufgestellt, um zu beweisen, daß dies Ausscheiden des „Vorwärts“ aus der prinzipiellen Parteibestimmung das eigentliche Prinzip eines Zentralorgans sei. Man hat gesagt, in einem Zentralorgan müsse jede Schattierung der Partei repräsentiert sein und da könne es nicht ausbleiben, daß ein Redakteur dem anderen den Weg betreibe. Oder man hat auch gesagt, ein Zentralorgan habe solche Macht an sich, daß es, wenn es nachdrücklich in tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten eingreife, die Partei sprengen könne. Ueber all das brauchen wir kein Wort zu verlieren, denn bei objektiver Beurteilung der Sachlage dürfte es keine Meinungsverschiedenheit in der Partei geben, sowohl darüber, daß, wenn es ein Zentralorgan sein soll, der holländische Parteitag die Aufgaben eines solchen Blattes ganz richtig bestimmt, als auch darüber, daß der „Vorwärts“ seit mindestens zehn Jahren diese Aufgaben vollkommen vernachlässigt hat.

Das wäre nun an sich noch nicht das schlimmste. Wäre der heutige „Vorwärts“ in der Weise geschaffen worden, wie sein früherer Namensbruder, so hätte er längst das Schicksal erlitten, vor dem dieser durch das Sozialistengesetz bewahrt wurde, das ihn mit einem Schläge tötete, während er sonst an chronischer Absonnertheitswindstocher gestorben wäre. Davor war der jetzige „Vorwärts“ geschützt, da man ihn als Zentralorgan mit der größten und stärksten Tageszeitung der Partei verbunden hatte. Allein sein gänzliches Versagen als Zentralorgan dürfte nun auch verhängnisvoll über auf dieses größte und stärkste Präorgan der Partei zurückzuführen. Wie ähnliche Ursachen immer ähnliche Wirkungen erzeugen, so rief die prinzipielle Entzweiung des „Vorwärts“ in ihm Tendenzen herauf, die eine verzweifelte Behaltlichkeit mit den Tendenzen der bürgerlich-radikalen Presse zur Zeit des preussischen Verfassungskonfliktes hatten. Wir wollen sie hier nur kurz nach zwei Richtungen skizzieren: nach der Ueberhöhung des Parlamentarismus und nach der rein moralischen und eben deshalb politisch wirkungslosen Kritik der Gegner.

Mit der „Leipziger Volkszeitung“ darüber zu streiten, ob wir in wichtigen Parteifragen Stellung genommen haben oder nicht, ist ja ganz zwecklos. Nur zu der Behauptung, die Parteinachrichten des „Vorwärts“ seien mit einer Moyalität redigiert, die in der ganzen Parteipresse einsam dastehende, eine Bemerkung. Zu den jetzigen Auseinandersetzungen — um bei der Gegenwart zu bleiben — haben wir folgende Behauptungen nicht zitiert: „Volksblatt“ für Halle, „Volkswille“ in Hannover, „Volksmacht“ in Breslau (mehrere Nummern), „Rheinische Zeitung“ in Köln (zwei Nummern), „Volksfreund“, Karlsruhe, „Mannheimer Volksstimme“ (zwei Nummern), „Neuzeitliche Tribüne“ in Gera, „Norddeutsches Volksblatt“ in Wismar, „Offenbacher Abendblatt“, „Volksblatt“ für Kassel, „Vergleichs Arbeiterstimme“ in Solingen, „Vielfelder Volksblatt“. Von diesen Blättern ist einzig das letztgenannte auf die Seite der „Leipziger Volkszeitung“ getreten — und wird darum natürlich sofort von dieser zitiert — alle anderen haben in mehr oder minder scharfen Artikeln ihrer Entrüstung über den Zweck und den gegen den „Vorwärts“ geführten Kampf Ausdruck gegeben. Außerdem waren wir so illoyal, von mehreren Kreisconferenzen nicht mitzutheilen, daß sie sich gegen die „Leipziger Volkszeitung“ ausgesprochen haben.

Zu der Orieftastennotiz „Aus dem Rheinlande“ erklärt die „Leipziger Volkszeitung“, daß die Zuschrift bei ihr am 2. September eingelaufen ist und sich noch in ihren Händen befindet.

Aus Industrie und Handel.

Preissteigerung der Lebensmittel.

Die Erwartung, daß in der Preissteigerung am Warenmarkt ein Stillstand eintreten werde, hat sich nicht erfüllt: im Laufe des August haben vielmehr die Preise für die wichtigsten Lebensmittel wieder stark angezogen. Zu der Belastung des Arbeiterhaushalts durch die Preissteigerung, die bei einem täglichen Verbrauch von insgesamt nur 1/4 Pfund Fleisch und Fleischwaren wöchentlich über eine Mark beträgt, tritt eine bedeutende Mehrausgabe für eine Reihe anderer Haushaltsbedürfnisse. Diese ungewöhnliche Preissteigerung am deutschen Warenmarkt tritt bei einem Vergleich mit anderen Ländern deutlich hervor. In Frankreich z. B. steht das Preisniveau der wichtigsten Lebensmittel fast durchweg unter dem des Vorjahres. Gerade im Gegenfalle zu Deutschland hat hier Fleisch gegenüber 1904 eine erhebliche Verbilligung erfahren: für 1 Kilo wurde im Durchschnitt für alle Sorten 1904 1,79 Frank bezahlt, 1905 dagegen nur 1,45 Frank (1,32 Mark). Sped ging von 1,78 Frank 1904 auf 1,70 (1,36 Mark) im laufenden Jahre zurück. Butter notierte 1904 pro Kilo 2,94 Frank gegen 2,79 im Jahre 1905. Ähnlich ist die Bewegung der Lebensmittelpreise in Belgien. In Antwerpen wurde im Jahre 1904 durchschnittlich für 1 Kilo Rindfleisch 2,00—2,50 Frank bezahlt, 1905 dagegen 1,00—2,50. Bei Schweinefleisch blieb der Preis gleich; in Brüssel schwankte er zwischen 2,00 und 2,46 Frank 1904, im laufenden Jahre zwischen 1,80 und 2,40 Frank (1,32 Mark). Butter ist gleichfalls billiger geworden.

In Deutschland ist dagegen nirgends ein Herabfallen des Preises zu bemerken. Selbst bei Getreide ist die Preisbewegung relativ unglücklich. Während nämlich Weizen niedriger als im Vorjahre notierte, steht Roggen trotz des kleinen Preisabfalls von Ende Juli auf Ende August ganz bedeutend über dem Niveau des Vorjahres. Eine Tonne Roggen kostete Ende August 1904 189 M., Ende August 1905 jedoch noch 153 M. Auch bei Hafer hat trotz der nahen Erntezeit der Preisfall von Juli auf August längst nicht die Differenz gegenüber 1904 ausgleichen können. Weizen- und Roggenmehl folgten der Bewegung am Getreidemarkt: Weizenmehl ist etwas billiger als 1904, Roggenmehl nicht unbedeutend teurer. Bei Kartoffeln ist die Preissteigerung des Vorjahres vollständig ausgeglichen; dagegen haben die Preise für Butter und Eier wieder außerordentlich stark angezogen. 50 Kilogramm Butter kosteten Anfang September 1905 98—126 M., 1904 notierten sie in der gleichen Zeit 95—120 und 1903 nur 85—115 M. Schon im Juli hatte der Preisanschlag 70—8 M. betragen. Eier sind weit teurer als im Vorjahre. Bei Gemüsen, so bei Erbsen, Bohnen, Linsen, ist gleichfalls das Preisniveau höher als 1904. Zuder hat sich, wie schon im Juli angesichts der Vorräte, der Ernteausfällen und der Konsumverhältnisse vorauszuweisen, verbilligt. Der Preis für Kaffee stieg gegenüber der Vergleichszeit 1904 nicht unbeträchtlich: 1/2 Kilo kostete Ende August 1904 30 1/4 Pf., Anfang September 1905 dagegen 30 1/4.

Erhöhung des Diskonts der Bank von England. Die Bank von England hat ihren Diskont um 1/2 Prozent, von 2 1/2 auf 3 Prozent erhöht. Fast regelmäßig treten zum Herbsttermin stärkere Anforderungen an das Institut heran, und außerdem rechnet man an englischen Geldmarkt mit der Wahrscheinlichkeit, daß die japanische Regierung ihre Guthaben, die sie noch aus den letzten Anleihen in England hat, zurückziehen wird, um damit ihre verschiedenen Verbindlichkeiten gegenüber amerikanischen und europäischen Gläubigern sowie die bedeutenden Kosten des Rücktransportes der in der Mandchurien stehenden Truppen zu decken. Diesem zu erwartenden Geldabfluß wird durch die Diskonterhöhung Rechnung getragen.

Zweifellos wird die Deutsche Reichsbank in kurzem dem Beispiel der englischen Bank folgen und auch ihrerseits den Diskont erhöhen, zumal ihre Mittel in letzter Zeit beträchtlich in Anspruch genommen worden sind. Voraussichtlich wird die Diskonterhöhung am Montag erfolgen.

Welt-Getreideernte. Das ungarische Ackerbauministerium veröffentlicht seine Ernteschätzung, die deshalb besondere Beachtung verdient, weil sich die in den letzten Jahren von diesem Ministerium genannten Schätzungsziffern als ziemlich zutreffend erwiesen haben. Die vom Ackerbauministerium veröffentlichte Schätzung der Welt-

ernte veranschlagt die diesjährige Ernte in Ungarn an Weizen auf 46,18 Doppelzentner, an Roggen auf 14,27, Gerste 14,13, Hafer 12,63, Mais 27, wovon für die Ausfuhr verfügbar sind an Weizen 14,5, Roggen 2,8, Gerste 2,5, Hafer 2,8 und Mais 2,5 Millionen Doppelzentner.

Von den Staaten, welche der Getreideeinfuhr bedürfen, werden angeführt (in Millionen Doppelzentnern): Großbritannien Weizen 58, Gerste 14,5, Hafer 9, Mais 25,5; Frankreich Weizen 11, Mais 8,5; Deutschland Weizen 21,5, Roggen 10, Gerste 5,5, Hafer 15,5, Mais 9,5; als der Einfuhr bedürftige Staaten werden ferner aufgezählt Oesterreich, Italien, Belgien, Niederlande, Schweiz, Dänemark, Schweden, Norwegen, Spanien, Portugal, Griechenland.

Es ergibt sich folgender Gesamteinfuhrbedarf in Millionen Doppelzentnern: Weizen 151, Roggen 24, Gerste 42, Hafer 25, Mais 59,5. Die Getreideausfuhrstaaten, außer Ungarn, verfügen über folgenden Ueberschuß: Rußland Weizen 27,5, Roggen 7, Gerste 19, Hafer 6,5, Mais 3,5; Rumänien und Bulgarien Weizen 14; Däniden Weizen 11; Vereinigte Staaten Weizen 32,5, Gerste 2,25, Mais 33,5; Argentinien Weizen 29, Mais 19 Millionen Doppelzentner; der Gesamtüberschuß der Ausfuhrstaaten wird annähernd geschätzt auf 149, Roggen 13,5, Gerste 31,5, Hafer 16,5, Mais 65,5 Millionen Doppelzentner.

Somit ergibt sich ein ungebehrter Einfuhrbedarf an Weizen von 5,40, Roggen 10,5, Gerste 11,8, Hafer 8,35, hingegen an Mais ein Ueberschuß von 7,5 Millionen Doppelzentner. Das diesjährige Ertragnis sämtlicher Körnererzeugnisse beträgt 2338,41 gegen 2017,6 Millionen Doppelzentner im Vorjahre; somit ergibt sich ein Minderertrag von 79,2 Millionen Doppelzentnern gegen das Vorjahr. Von dem Gesamtertrag fallen auf Weizen 868,38 (gegen 866,10), Roggen 391,20 (gegen 400,90), Gerste 258,33 (gegen 300,70), Hafer 501,17 (gegen 547,50), Mais 891,33 (gegen 842,40) Millionen Doppelzentner.

Das Minderergebnis Europas findet seine Dedung in den Vorräten vom vorigen Jahre, welche nach der Weltstatistik betragen an Weizen 31,45, Roggen 19,5, Gerste 6,65, Hafer 2,60, Mais 9,95. Der Einfuhrbedarf Europas wird durch die überseeischen Staaten, insbesondere durch die reichen Ernterträge der Vereinigten Staaten gedeckt, aus denen eine größere Einfuhr erwartet wird.

Der Stahlwerksverband hielt gestern in Düsseldorf seine Hauptversammlung ab, in der nach der Meldung der „Köln. Ztg.“ eine günstige Entwicklung des Formeisengeschäftes konstatiert wurde. Der Absatz hat sich sowohl im Inlande als nach dem Auslande recht flott gestaltet. Auch nach Halbzug ist die Nachfrage fortgesetzt stark. Genaue Piffren liegen für den Monat August noch nicht vor, doch darf gegen den Vormonat ein Mehrverdienst von 15—20 Proz. angenommen werden. Bezüglich des Eisenbahnbaumaterials war der Verband in der Lage, dank der größeren Aufnahmefähigkeit des Auslandes den Verband gegen die gleiche Zeit des Vorjahres ganz erheblich zu erhöhen und zugleich bessere Preise zu erzielen. Dagegen entspricht das Inlandsgeschäft nicht den Erwartungen. Die preussischen Staatsbahnen bestellten über 30 000 Tonnen Schwellen weniger als im Vorjahr.

Die Versammlung nahm die Bismarckhütte, die Oberschlesische Eisenindustrie, Aktiengesellschaft in Gleiwitz, die Firma A. Vorlag in Vörsiger, die Bethlen-Kalbhütte, A. Schönau, Hoffmannshütte in Hattorf-Hammer als Mitglieder in den Stahlwerksverband auf.

Aus der Frauenbewegung.

Aldershof. Der Verein für Frauen und Mädchen hält Montag, den 11. September, bei Wöllstein seine Mitgliederversammlung ab. Vortrag des Herrn Paul Zahn über: „Das menschliche Glück und die soziale Frage“.

Gewerkchaftliches.

Strenge und milde Richter!

In Plauen standen dieser Tage mehrere Bauarbeiter vor Gericht. Sie sollen sich an Streikbrechern vergangen haben. Ein „Arbeitswilliger“ namens Stürmer behauptet, der Streikposten Schröpler habe ihm erst mit der Hand, später mit einem Gummischlauch ins Gesicht geschlagen. Gesehen hat das niemand, obgleich zurzeit des Vorfalls viele Streikende und in kurzer Entfernung auch eine Anzahl Kollegen des Arbeitswilligen zugegen waren. Wenn die Schläge erfolgt sind, können sie auch nur gewissermaßen „symbolisch“ gewesen sein, denn der Arbeitswillige hat von diesen Schlägen ins Gesicht keinerlei Spuren davongetragen. Anderen Tages war er im Streikbureau und niemand bemerkte an ihm irgend eine Verletzung.

Das Landgericht in Plauen erkannte auf vier Monate Gefängnis!

Dann mußte sich vor demselben Gericht der Bauarbeiter Sörgel verantworten, den der Maurer Schneider aus Altersatz beschuldigt, daß er ihm von hinten mit einem Gummischlauch über den Kopf geschlagen habe. Der hinzugekommene Schutzmann Bartel hat keinen solchen Schlag gesehen, und weder bei dem Angeklagten noch in der Umgebung des Tatortes einen Gummischlauch finden können. Verletzungen hat der Geschlagene nach seiner eigenen Aussage ebenfalls nicht davongetragen.

Urteil: Sechs Monate Gefängnis.

Nun ein anderer Bild:

Ein Zimmermeister in Augsburg nannte während der Lohnbewegung der dortigen Zimmerer den Ortsvorsitzenden des Verbandes mit Bezug auf den eingereichten Tarif einen „Schlacken“ (einen dummen, tölpelhaften Menschen). Der so Titulierte klagte wegen Beleidigung. Aber das Schöffengericht sprach den Meister frei, da mit diesem Ausdruck der Arbeiter nicht beleidigt sein konnte! Das Landgericht konnte sich in der Berufungsinstanz nicht einig werden, ob „Schlack“ eine Beleidigung sei; sprach aber den Meister ebenfalls frei, weil er so stark betrunken gewesen sein soll, daß ihm das Bewußtsein der Beleidigung gefehlt habe!

Sächsishe Richter verhängen also schwere Strafen über Arbeiter, deren Schuld nicht einmal ganz zweifelsfrei erwiesen ist; schwäbische Richter sprechen einen Unternehmer frei, dessen kräftige Ausdrucksweise von ihnen zweifellos als Beleidigung aufgefaßt worden wäre, wenn sie der abgewiesene Kläger in bezug auf sie gebraucht hätte.

Auf der einen Seite sehr strenge, auf der anderen so milde Richter.

Sind die herben Schwaben nachsichtiger als die „gemieteten“ Sachsen? Oder hatten die Arbeiter Pech, der Unternehmer aber Glück in der Zusammensetzung des Gerichtshofes? Ach nein! Die Arbeiter hätten in Schwaben auch eine schwere Strafe, der Unternehmer in Sachsen ebenfalls ein wohlwollendes Gericht gefunden!

Das macht der Klassen Gegensatz. Der bürgerliche Richter steht aus Klasseninstinkt die Handlungen des Unternehmers, wenn auch vielleicht als ungeschicklich, so doch als menschlich begreiflich an, streikende Arbeiter aber erscheinen ihm gewöhnlich als freche Empörer gegen eine Ordnung, zu deren Stütze er sich besonders berufen fühlt. — Nicht strenge oder milde Richter sitzen dem gewerkchaftlich tätigen Arbeiter gegenüber,

wenn er die Anklagebank betritt, sondern Verteidiger der gegenwärtigen gesellschaftlichen Einrichtungen. — Will er sich und seiner Klasse ihr Menschenrecht erringen helfen, so muß er auch ein Klassenkämpfer werden!

Berlin und Umgegend.

Der neue Tarifvertrag für das Kürschnergewerbe. Der Beschluß der Versammlung der Streikenden, vorläufig keine Ueberstunden zu machen, und wenn später Ueberzeitarbeit geleistet wird, die Pausen bezahlt zu verlangen, hat einen Protest des Vorstandes des Arbeitgeberverbandes hervorgerufen. Gleich nachdem der „Vorwärts“-Bericht erschienen war, erklärte der Vorsitzende Arthur Wolf dem Vorsitzenden des Berliner Kürschnerverbandes Regge telefonisch und später schriftlich, daß er diesen Beschluß als den Abmachungen zuwiderlaufend ansähe und daß, wenn man darauf beharre, der Arbeitgeberverband Gegenmaßnahmen ergreifen werde. Am Mittwoch fand eine öffentliche Kürschner-Versammlung statt, in der Regge über diese Angelegenheit sowie über den Tarifabschluß im allgemeinen berichtete. Nach gründlicher Debatte wurde folgende Resolution angenommen, die wohl geeignet erscheint, auch jene Differenz zu beseitigen:

„Die öffentliche Versammlung der Kürschner beider Organisationen erklärt sich mit den Beschlüssen der Streikenden vom Montag, den 4. September, somit mit dem Abschluß des Vertrages mit dem Arbeitgeberverbande einverstanden. — Bezüglich der Einwendungen des Arbeitgeberverbandes vom 6. September erklärt die heutige Versammlung, daß sie sich strikte nach § 4 des Vertrages richtet, jedoch die Organisation nicht die Macht hat, das einzelne Mitglied zu Ueberstunden zu zwingen. — Die Versammlung erklärt den Streik für beendet. Die Werkstätten derjenigen Arbeitgeber, die dem Arbeitgeberverbande nicht angehören und die Forderungen nicht unterschrittlich anerkannt haben, bleiben gesperrt. Nach wie vor erklären die Versammelten, Arbeit nur durch die Arbeitsnachweise der Organisationen anzunehmen.“

Die Lohnbewegung der Posamentiere hat, ohne daß eine Arbeitsniederlegung nötig wurde, zum Abschluß eines Tarifvertrages zwischen den Arbeitern und der Innung geführt. Nach mehrfachen Verhandlungen des Gesellenausschusses mit dem Innungsvorstande machte die Innung folgende Zugeständnisse: Die bisher 54—56 1/2 stündige Wochenarbeitszeit soll vom 1. September dieses Jahres ab allgemein auf 53 Stunden verkürzt werden. Gleichzeitig ist der Mindestlohn auf 55 Pf. pro Stunde bemessen worden. (Bisher bewegten sich die Lohnsätze in der Regel zwischen 45 bis 52 Pf.) Wo höhere Löhne bestehen, darf keine Kürzung erfolgen. Ein wichtiges Zugeständnis ist die Abschaffung der Akkordarbeit. Ferner wurde bewilligt die Freigabe des ersten Mai für alle, die ihn feiern wollen. Für Ueberstunden bis zu zwei pro Tag wird ein Zuschlag von je 15 Pf. und über zwei resp. Sonntagsarbeit je 30 Pf. gewährt. Feststunden, die durch Wamachen etc. entfallen, sollen jedoch ohne Zuschlag auf die Ueberstunden verrechnet werden. Obige Zugeständnisse hatte die Innung unter der Bedingung gemacht, daß die Vertragsdauer auf 4 Jahre, bemessen werde. Ueber diesen Punkt entspann sich in der beschlußfassenden Branchenversammlung der Posamentiere am Mittwoch, woselbst auch mehrere Innungsmeister anwesend waren, eine lebhafte Debatte, in der u. a. der Zentralvorsitzende des Textilarbeiter-Verbandes Hübsch erklärte, er sehe unter Würdigung des sonstigen Entgegenkommens der Arbeitgeber in der vierjährigen Vertragsdauer keinen Grund zur Ablehnung des Innungsvorschlages; man brauche es deswegen also auch nicht zum Streik kommen zu lassen. Die Abstimmung ergab sodann die Annahme des Innungsvorschlages mit 85 gegen 55 Stimmen, womit der Gesellenausschuß beauftragt wurde, den Vertrag mit der Innung endgültig abzuschließen.

Achtung, Kofleger und Helfer!

Der Betrieb von Runge u. Cie. ist frei und demnach die Lauten Brunnstraße 9 und Köpenick, Berlinerstraße 1, nicht mehr gesperrt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Dachdecker!

Da die bei der Firma Schneider, Danzigerstraße 63a, entstandenen Differenzen nicht erledigt sind, ist die Werkstelle gesperrt. Es wird ersucht, dieselbe zu meiden.

Zentralverband der Dachdecker.

Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Der Streik der Köhler Klempner und Installateure ist am Mittwoch unter ähnlich günstigen Bedingungen wie vor einigen Tagen der Streik der Dachdecker und Bauklempner zu Ende gegangen. Zwischen dem Deutschen Metallarbeiter-Verband und der Unternehmerorganisation kam eine Vereinbarung zustande, wonach die Arbeitszeit 9 1/2 Stunden dauert, bis im übrigen Köhler Klempner- und Installateurgewerbe die neunstündige Arbeitszeit eintritt. Sonnabends wird eine halbe Stunde, vor hohen Feiertagen zwei Stunden früher Feierabend gemacht. Der Lohn unterliegt im ersten Jahr nach beendeter Lehrzeit der freien Vereinbarung, im zweiten Jahr beträgt er 88, im dritten 40 Pf., dann 50 Pf.; am 1. Januar 1906 steigt der letztere auf 53, am 1. Januar 1907 auf 56 Pf. Besonders schmutzige Arbeit wird höher bezahlt. Die die vereinbarten Löhne schon haben, erhalten 3 Pf. pro Stunde Zulage. Ueberstunden werden 20 Proz., Nacht- und Sonntagsarbeit 50 Proz. höher bezahlt. Als Arbeitsnachweise gelten der städtische, der der Unternehmer und der der Gewerkschaften. Der Tarif gilt bis 1. Mai 1908 und läuft weiter, wenn er von keiner Seite geändert wird. Ueber Kündigung wurde nichts vereinbart.

Der Streik der Hamburger Glaser hat schärfere Formen angenommen, nachdem die Glaserinnung mit 47 gegen 40 Stimmen beschlossen hatte, den älteren Gesellen nur einen Stundenlohn von 60 Pf. zu bewilligen und auf die weiteren Forderungen — Regelung der Ueberstunden und der Sonntags- und Nachtarbeit — nicht einzugehen. Die Gesellen nahmen am Mittwochabend hierzu Stellung und proklamierten nach eingehender Aussprache den allgemeinen Ausstand, infolgedessen am Donnerstagvormittag auch die Arbeit in den geregelten Werkstätten eingestellt wurde. Im Streik befinden sich nun 200 Gesellen. Die Forderungen lauten: Einführung der 8 1/2 stündigen Arbeitszeit, Mindestlohn pro Stunde 65 Pf. für volljährige und 60 Pf. für minderjährige Gesellen, Ueberstunden sind mit 25 Proz., Nacht- und Sonntagsarbeit mit 50 Proz. Zuschlag zu bezahlen, Freigabe des 1. Mai etc.

Eine Aussperrung der gesamten baugewerblichen Arbeiter

wird aus Anlaß des Tischlerstreiks in Bremerhaven wieder einmal für die Unterweser angekündigt. Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes für die Unterweser hat der Zahlstelle Bremerhaven des Holzarbeiterverbandes ein Schreiben zugehen lassen, in dem es heißt:

1. Die streikenden Tischler werden aufgefordert, spätestens am Freitag, den 8. September, morgens die Arbeit bei ihrem bisherigen Arbeitgeber zu den bisherigen Lohn- und Arbeitsbedingungen wieder aufzunehmen.
2. Bis zu demselben Zeitpunkt hat der Holzarbeiterverband den Zugang fremder Gesellen wieder freizugeben und durch ein an den Arbeitgeberverband gerichtetes Schreiben eine dahingehende Erklärung abzugeben.
3. Kommen die Tischler den vorstehenden Aufforderungen nicht nach, so sehen sich die Inhaber der Tischlereibetriebe gezwungen in Uebereinstimmung mit dem Vorstande des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe für die am Donnerstag, den 7. d. Mts., abzuhaltende Generalversammlung den Antrag zu stellen, daß sämtliche organisierten Gesellen und Arbeiter aus allen dem Baugewerbe angeschlossenen Branchen am Freitag, den 8. d. Mts., abends entlassen werden.

6. Wird aber die Arbeit ordnungsmäßig wieder aufgenommen, so erklärt sich die Gruppenversammlung mit der von dem Vorstande schon im Juni d. J. für alle Gewerke vorgesehenen Lohn-erhöhung einverstanden und wird demnach am 1. Januar n. J. den Lohn für Tischlergesellen um drei Pfennig erhöhen.

Die neue Lohnfestsetzung bedarf der Zustimmung der Hauptversammlung, jedoch garantiert die Gruppe Tischlermeister die Annahme des dahingehenden Antrages durch die Hauptversammlung.

Der Vorstand

des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe a. d. U.
A. d. Knauff, Vorsitzender.

Die Tischler sind natürlich jederzeit zu Unterhandlungen bereit, da ihnen der Ausstand nicht Selbstzweck ist. Ob sie sich freilich durch das Ultimatum ins Dackhorn jagen lassen, ist eine andere Frage. Vorläufig hat der Streik weiter an Ausdehnung gewonnen. Nur bei einigen kleineren Meistern, welche die Forderungen bewilligt haben, wird weitergearbeitet. — Suzug ist fernzuhalten!

Ausland.

Siegreiche Beendigung des Maurerstreiks in Basel. Nach achtwöchigem Kampfe ist der Streik der Maurer und Handlanger in Basel durch einen Tarifvertrag mit dem Erfolge der Arbeiter beendet worden. Die Ertragsverhältnisse sind: 9 1/2 stündige Arbeitszeit vom 1. März bis 31. Oktober, 9 stündige im November und Februar, 8 stündige im Dezember und Januar. Für Leberstunden über die 10 stündige Arbeitszeit hinaus wird ein Lohnzuschlag von 25 Proz. für Nacharbeit von 50 Proz., für Wasserarbeit von 100 Proz. gezahlt. Der so hart angefochtene Minimallohn wurde bewilligt und zwar mit 53 Rappen für die Maurer, während der Durchschnittslohn 57 Rappen für diese und 40 Rappen für die Handlanger betragen soll. Minimallohn ist für letztere leider nicht festgesetzt. Die Lohnzahlung erfolgt alle 14 Tage, der 1. Mai ist frei, an den Vorabenden von Sonn- und Festtagen beträgt die Arbeitszeit 9 Stunden, da um 1/2 Stunde früher Feierabend gemacht wird. Der neue Tarifvertrag gilt bis 1. Juli 1908 mit gegenseitiger halbjähriger Kündigungsfrist. Wird er nicht gekündigt, gilt er für ein weiteres Jahr.

Zur Besprechung der „direkten Aktion“ beruft der schweizerische Gewerkschaftsbund bzw. sein leitendes Komitee auf den 1. Oktober eine Konferenz nach Olten ein, zu der die Gewerkschaftsverbände und Arbeiter-Unionen Delegierte entsenden sollen. In Zürich haben sich bereits mehrere Versammlungen damit beschäftigt, in denen es sich jedoch nur um Diskussionen handelte, und eine definitive klare Stellungnahme, etwa in der Form einer Resolution, unterlassen wurde. In Winterthur haben sich mehrere Versammlungen dagegen ausgesprochen. Aus der welschen Schweiz wird berichtet, daß dort die ganze „direkte Aktion“ die Masse der Arbeiter sehr kalt läßt. Die zahlreichste und bestorganisierte Arbeiterkategorie, die Lohnarbeiter, von denen im vorigen Jahre die Graveure durch einen vierwöchigen Generalstreik den Neunstundentag und die Schalenmacher durch einen mehrwöchigen Generalstreik den Zehnstundentag erlangten, sind direkt gegen die „direkte Aktion“.

Die Kutscher der Königin Margherita von Italien.

Im Vorjahre hatte der römische Abgeordnete Santini, ein bürgerlicher Postenreiter, der die Ausföhrung von Quirinal und Vatikan herbeiführen will, einen königstreuen Fachverein der San- und Lehmlutscher in Rom unter dem Patronat der Königin Margherita gegründet. Nicht lange darauf führte er der Königin eine Deputation dieses Fachvereins vor, welche die Abgesandten der Arbeiter gnädig empfing und ihnen alle Zeichen ihrer Guld und Anerkennung ihr Bild in großer Ausführung, mit der Widmung versehen: „An meine Kutscher!“ Margherita von Savoyen! schenkte. — Seit einer Woche nun sind diese Kutscher — — — in eine Lohnbewegung eingetreten, indem sie sich nicht nur einer Lohnreduktion von 15 Cent. pro Fahrt widersetzen, sondern obendrein noch Forderungen an ihre Arbeitgeber stellen. Ihr erster Gang war zum Polizeikommissar, den sie um seine Intervention ersuchten. Die sehr dieser Hüter der Ordnung der Situation gewachsen war, betreibt die Antwort, die er den königstreuen Kutschern gab. Er erklärte ihnen abschließend, nichts für sie tun zu können, gab ihnen aber den guten Rat, sich an die — Arbeitskammer zu wenden, die in dieser Angelegenheit mit Erfolg interveniere. Die Kutscher befolgten den Rat. Der Sekretär der Arbeitskammer, Genosse Grossi, stellte sich ihnen zur Verfügung und es wurde eine große Versammlung einberufen, an der 800 Kutscher teilnahmen. Das Ergebnis derselben war die Proklamation des Streiks und die Wahl einer Streikkommission unter Leitung des Sekretärs der Arbeitskammer. Bevor die Versammelten auseinandergingen, verpflichteten sie sich, sich ihrem Fachverein der Arbeitskammer anzuschließen und brachten ein begeistertes Hoch auf die Sozialdemokratie aus. Während dieser Ovation hingen hinter dem Sessel des Vorsitzenden die Bilder des Abg. Santini und — der Königin Margherita! Eine am 3. September abgehaltene Versammlung formulierte die Streikforderungen. Durch den Streik sind etwa 1500 Maurer in Mitleidenschaft gezogen.

Soziales.

Ein „gedeihliches“ Verhältnis.

Zu den Aufgaben der Innungen gehören nach § 81a der Gewerbeordnung u. a. auch die Förderung eines gedeihlichen Verhältnisses zwischen Meistern und Gesellen sowie die Fürsorge für das Herbergswesen und den Arbeitsnachweis. Diese Aufgaben sind obligatorische und eine Innung, die sie trotz wiederholter Ermahnungen der Aufsichtsbehörde nicht erfüllt, kann amtlich geschlossen werden. Von diesen amtlichen Befugnissen haben die Aufsichtsbehörden im allgemeinen blühend Gebrauch gemacht und es liegt die Erfüllung dieser Aufgaben bei den Innungen selbst recht im Argen. Daß aber eine Aufsichtsbehörde die Innungen selbst anfaßt, sich diesen gesetzlichen Verpflichtungen zu entziehen, dürfte bis jetzt in Deutschland noch nicht vorgekommen sein. Damit bahnbrechend vorzugehen, blieb dem Magistrat zu Hannover als Aufsichtsbehörde vorbehalten.

In Hannover hatte die Kassenrechnung mit dem Gesellenauschuss vermerkt, daß die Herberge der Innung zugleich diejenige des Verbandes sein soll. Die Innung erkannte den Arbeitsnachweis des Verbandes als den ihrigen an und in die Kommission zur Führung des Arbeitsnachweises wurde ein Meister gewählt. Für die Mithaltung bei Führung des Arbeitsnachweises zahlte die Innung aus ihrer Kasse durch den Gesellenauschuss an den Verband jährlich 75 M. In sie übertrug sogar dem Verbande die Auszahlung des Innungsgeldes, das der Verband zunächst auslegte und von der Innung wieder bereitwillig erstattet erhielt. Diese jahrelang ohne jede Mißbilligung durchgeführte Vereinbarung erlitt einen merkwürdigen Stoß durch den vorjährigen elf Wochen andauernden Meisterei. Doch die Wogen glätteten sich wieder. Als aber in diesem Jahre wiederum gestreikt wurde, löste die Kassenrechnung ihrerseits ohne weiteres den Vertrag. Sie beschloß, ohne die gesetzlich erforderliche Mitwirkung des Gesellenauschusses herbeizuführen, in der Innungsversammlung kurzerhand Herberge und Arbeitsnachweis als paritätische Institution aufzugeben. Allen Vorstellungen des Gesellenauschusses gegenüber verhielt sich die Innung ablehnend, weshalb sich der Gesellenauschuss an die Aufsichtsbehörde beschwerdeführend wandte. Die Aufsichtsbehörde hat, falls die Innung dieses beantragte, das Recht, die fehlende Zustimmung des Gesellenauschusses zu „ergänzen“, wie es so schon im Gesetz heißt. Das zu beantragen, ist der Innung aber gar nicht eingefallen. Auf die Beschwerde des Gesellenauschusses antwortete der Magistrat nun, daß diese schon aus formellen Gründen als begründet erachtet werden muß und führte dann aus:

Die Regelung des Gehältns- und Herbergswesens sowie Einrichtung eines Arbeitsnachweises gehören in Gemäßheit der Bestimmungen der §§ 48, 49a und 49 der Statuten zu den Aufgaben der Innung. Diese Bestimmungen können nicht ein-

seitig außer Kraft gesetzt werden, sondern, wenn die Innung in dieser Beziehung andere Einrichtungen für zu e d m ä ß i g erachtet, ist zunächst eine entsprechende Abänderung des Innungsstatuts vorzunehmen.

Im Interesse der Förderung eines gedeihlichen Verhältnisses zwischen Meistern und Gesellen“ gab der Magistrat der Innung anheim, die Angelegenheit einer nochmaligen „sorgfältigen Erwägung“ zu unterziehen. Diese „sorgfältige Erwägung“ hat nun stattgefunden. Der Innungsvorstand, der aus den schlimmsten Scharfmachern besteht, hat die Anregung des Magistrats verstanden; mit den Gesellen nochmals in Verbindung zu treten, fällt ihm nicht ein, und so ladet er dem zu einer außerordentlichen Innungsversammlung ein, in der ein Antrag des Vorstandes, sämtliche Paragraphen, die Bezug haben auf die Fürsorge des Herbergswesens und des Arbeitsnachweises aus dem Innungsstatut zu streichen! zur Beratung steht.

Nimmt die Innung diesen Antrag an, dann ist es ja noch fraglich, ob der Bezirksauschuss diese Statutenänderung genehmigt. Er kann sie aber gar nicht genehmigen, denn die erwähnten Gegenstände muß die Innung nach § 81a des Gesetzes — das Statut kommt nicht in Betracht — als ihre Aufgaben bezeichnen und auch durchführen. Der Beschluß der Innung über die Einrichtung des Herbergswesens dauert also einmischen noch fort. Die Innung will noch die 75 Mark jährlich bezahlen müssen, und der Gesellenauschuss denkt nicht daran, einer Abänderung dieses „gedeihlichen Verhältnisses“ zuzustimmen, da es ihm ja ein großes Vergnügen bereitet, daß die Scharfmacher jährlich 75 M. in die Verbandskasse zu zahlen haben. Auf den Ausgang der Sache darf man gespannt sein umso mehr, da ja erst der Magistrat den Innungsvorstand zu diesen gesetzwidrigen Vorgehen verleitet hat, derselbe Magistrat nämlich, der die Innungen zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Pflichten anhalten muß. Er kann sogar durch Androhung, Festsetzung und Vollstreckung von Ordnungsstrafen die Befolgung der statutarischen und gesetzlichen Vorschriften erzwingen. Man kann sich aus dem Vorstehenden ein Bild machen, wie der Magistrat seiner Pflicht als Aufsichtsbehörde der Innungen genügt.

Die Gerüstkontrolle in der Schweiz.

In Zürich sind nach dem soeben veröffentlichten Geschäftsbericht der städtischen Behörden für das vorige Jahr 1804 Gerüste sowie 19 Gebäudeabbrüche und Rotdächer kontrolliert. Die Gesamtzahl der kontrollierten Objekte beträgt somit 1823 gegenüber 1201 im Jahre 1903. Die Kontrolle erforderte 7848 Untersuchungen. In 498 Fällen ist die Anzeige von der Erstellung eines Gerüsts nicht erstatet worden. Die betreffenden Gerüste wurden von den Kontrollleuten und Polizeiorganen ausfindig gemacht. Im übrigen konnte die Kontrolle sozusagen anstandslos durchgeführt werden. Es waren nur wenige Bauunternehmer, die durch ihre Widerspenzigkeit die städtischen Beamten in besonderem Maße in Anspruch nahmen und auf dem Zwangswege zur Vornahme der vorgeschriebenen Einrichtungen oder zur Beseitigung unzulässiger Gerüste angehalten werden mußten. In 15 Fällen, wo Gefahr im Verzuge war, wurde die sofortige Einstellung der Arbeiten für so lange, als den bezüglichen Vorschriften nicht Genüge getan war, anbefohlen. In 5 Fällen dauerte die Arbeitseinstellung 1/2 bis 3 Stunden, zusammen 7 Stunden, in 9 Fällen 1 bis 6 Tage, zusammen 85 Tage und in einem Falle 3 Wochen. Auf den Bauplätzen ereigneten sich drei Unfälle, welche auf mangelhafte Gerüstung zurückzuführen waren, davon hatten zwei schwere, einer leichte Verletzungen zur Folge. In letzterem Falle wurde der schwebende Bauunternehmer der Bezirksanwaltschaft überwiesen. Die Strafuntersuchung ist jedoch im Berichtsjahre nicht abgeschlossen worden. Durch Befolgung der Vorschriften der Verordnung zur Verhütung von Unfällen bei Bauten sind auch im Berichtsjahre wieder eine Reihe von schweren Unfällen verhütet worden. Die Gebühren für die Gerüstkontrolle beliefen sich auf 5276 Fr.

Vermischtes.

Die Cholera.

Aus den von der Cholera heimgesuchten Gegenden werden wieder einige Erkrankungen gemeldet.

In Walkow und Komandhof im Kreise Czarnikau ist in je einem Falle Cholera bakteriologisch festgestellt. Ähnlich wird aus Posen die Erkrankung eines Schifferlehrlings in Birnbäum an asiatische Cholera gemeldet. — Die Posen Angehörigen des in Thorn unter Choleraverdacht verstorbenen Posener Jagdbrers Lornow wurden sämtlich der Cholera-Beobachtungsstation in Posen zugeführt. In Schilno ist ein Fischer unter choleraverdächtigen Erscheinungen erkrankt und bald darauf gestorben. Auch ein zweiter Fischer ist unter choleraverdächtigen Erscheinungen erkrankt. Aus Königsberg wird gemeldet: Bei der Arbeiterin Lange aus Warnikau, die letzten Sonntag in das Krankenhaus zu Kastenburg eingeliefert worden ist, ist amtlich Cholera festgestellt worden.

Auf der Cholera-Überwachungsstation in Ropenitz war bis zum heutigen Morgen ein verdächtiger Fall nicht zu melden gewesen. In den letzten drei Tagen wurden einige achtzig Schiffer mit ihren Familien auf ihren Gesundheitszustand untersucht. Die gesundheitsliche Kontrolle findet Tag und Nacht statt, Befamlich finden in nächster Zeit die großen Wanderverbände, Artillerie und Kavallerie befinden sich bereits seit Dienstag nachmittag auf dem Marsche nach dem Wandbergelände. Um nun jeder geringsten Gefahr etwaiger Cholera-Erkrankungen vorzubeugen, sind seitens der Militärverwaltung die weitgehendsten Vorsichtsmahregeln angeordnet worden. Sie erstrecken sich speziell auf die Ernährungsweise der in Quartieren liegenden Truppen. Die Anwohner, bei denen die Mannschaften ins Quartier kommen, werden angewiesen, den Soldaten nur abgekochtes Wasser zu verabreichen. So waren die Gardetruppen an den letzten drei Tagen in den entfernten östlichen Vororten einquartiert. Ordennungen gingen dort von Haus zu Haus, um die Anwohner auf die Vorsichtsmahregeln in der Ernährung der Truppen eingehend hinzuweisen. Auch solle den Soldaten streng verboten werden, in der Spree zu baden. Ebenso wird innerhalb der Truppenteile selbst vor den Gefahren der Cholera gemahnt und die strenge Befolgung der Vorsichtsmahregeln angeordnet.

Ueber die aus Hamburg gesteuert gemeldete Choleraerkrankung berichtet Hamburger Blätter: Eine große Anzahl Beamter ist mit Cholera befallen, um festzustellen, wo die erkrankte Frau infiziert worden ist. Sie selbst liegt so schwer krank danieder, daß sie nicht vernunftfähig ist. Am wahrscheinlichsten erscheint die Vermutung, daß die Frau im Hafen mit einem Seemann zusammen kam, der sie mit ein von der Ostsee gekommenes Schiff genommen hat. Die Erkrankte ist eine Frau, die unter Sittenkontrolle gestanden hat, aus der Kontrolle aber entlassen wurde. In der Nacht von Montag auf Dienstag erkrankte die Frau. Sie hatte heftiges Erbrechen und Durchfall. Man holte einen Arzt, der die Erkrankte wegen Choleraverdacht der Vorschrift gemäß ins Allgemeine Krankenhaus Eppendorf schaffen ließ. Dort ergab die bakteriologische Untersuchung cholera asiatica. Sämtliche Bewohner des Hauses, in dem die Erkrankte gewohnt hat, wurden ärztlich untersucht. Bei keinem hat sich auch nur eine Spur von Choleraverdacht gefunden. Trotzdem sind alle untersuchten Leute unter ärztliche Aufsicht gestellt. Sie werden täglich untersucht, da sich bekanntlich die Kommagagen innerhalb fünf Tagen entwickeln. Bis jetzt ist aber ein weiteres Einschreiten der Regionalbehörde noch nicht nötig gewesen; die bakteriologischen Untersuchungen haben nichts Bedenkliches ergeben.

Der Nachtwandler.

Vor dem Mänchener Gewerbegericht spielte sich jüngst nach Schilderung der „Münch. Post“ folgende Szene ab: Nach Aufruf durch den Gerichtsdienner schließt ein großer, stämmiger Mann auf den Fußspitzen in den Saal und begrüßt mit einem Lächeln und tiefem Knix den hohen Gerichtshof; ihm folgt eine schwarzäugige Ansehuld, vielleicht 17 Renze zählend. Auch sie macht den

schäblichsten Versuch, ebenfalls einen präziösen Blickling nach dem hohen Tribunal zu senden. Der Vorsitzende stellt die Personalien der Parteien fest und verliest die Klage. Danach hat die Klägerin, eine Milchsträgerin, wegen fortgesetzter unsittlicher Angriffe durch ihren Dienstherrn, einen Mollereibesitzer am Anger, vom außerordentlichen Kündigungrecht Gebrauch gemacht, weshalb sie Entschädigung verlangt. — Vorsitzender: Was haben Sie auf die Klage einzuwenden? — Beklagter (schüttelt verwundert den Kopf): I bin ganz bafsi! Do woach i überhaupt net, was i no sog'n soll. Kein Wort is wahr! — Vorsitzender: Die Klägerin wird derartige Behauptungen doch nicht aus den Fingern gezogen haben? — Beklagter: Da lam i nimma reb'n! Wam soll denn dös give'n sein? — Klägerin: Am Montag nachts sans in mei Kammer Lemma, zwoa Stund sans dog'we'n und ham mer loa Auach g'lass'n. — Beklagter: Do hört si do scho alles auf! — Vorsitzender (zur Klägerin): Gatten Sie vielleicht geträumt? Oder war es vielleicht ein anderer? — Klägerin: A wo. Dös ealm ja an der Stimm' kumt; er hat schon drauß'n g'sagt: Jenzi, Jenzi, jezt kimm i. I hob ealm aba loa Antwoot g'e'n. — Vorsitzender: Warum haben Sie denn Ihr Zimmer nicht verperrt? — Klägerin: 's Kammerl kann ma ja net verperr'n, Herr Richter. — Vorsitzender: Eigentümlich ist nur, daß Sie nicht um Hilfe gerufen haben. — Klägerin: Da hob i mi net traut; es is ja sonst nig'n passiert! — Vorsitzender (zum Beklagten): Da hören Sie's! Sind Sie vielleicht ein Nachtwandler? — Beklagter: O, bitt' schön, Herr Richter, i, a Wittib, wer io eppas toa, wo mei Kanda a do san. — Klägerin: Seg'n, Herr Richter, amol is er mit der Koater (Kleiter) auß' und durchs Fenster in mei Zimmer g'lieg'n. — Beklagter: Ja, dös is wahr! Da hot mei 14jähriges Deambel g'sagt: Wata, im Zimmer liegt wer im Bett. Die Tür war d'perrt und da hob i im Hof d' Koater angelegt, bin einsteig'n und hob dia aus'm Bett g'worfa! — Die Klägerin lärt dies dahin auf, daß sie die folgende Nacht, da sie die Kammer nicht hat verperrt können, ein anderes Zimmer aufgesucht habe, um vor den Verfolgungen des Beklagten sicher zu sein. — Vors.: Die Geschichte ist schon ein bißel verdächtig. Ich meine, wenn Sie der Klägerin eine kleine Entschädigung zahlen, wird es das beste sein. — Beklagter: Herr Richter, i bitt', i wäht' net für wos? — Vorsitzender: Dann müssen Sie halt einen Eid leisten, daß es nicht wahr ist, daß Sie die Klägerin belästigt haben. Können Sie diesen Eid leisten? — Beklagter: Freilich lam i dös schwör'n! — Klägerin: I lam's a beschwör'n! — Das Gericht zieht sich zur Beratung zurück. Unterdessen kreischt aus dem Zuschauerraum eine Stimme, vermutlich die Schwester der Klägerin: Dumme Gans, sag' doch alles, was Du weicht, brauchst Di ja net 'schama! — Ermüdet durch diese kleine Aufmunterung, hub die Klägerin nachdem das Gericht wieder zurückgekehrt war, an: Herr Richter, i bitt' ums Wort! A mol hat er mir sogar den Gefäßgehändler Sch., der bei ealm in der Wohnung Wein trum'n hat, a in mei Kammerl g'schickt. — Vorsitzender: Ich meine, jezt lang's. (Zum Beklagten): Da schwören Sie lieber nicht und geben Sie der Klägerin eine kleine Entschädigung. Geben Sie ihr 20 M., sonst müssen wir aushehen und den Gefäßgehändler als Zeugen laden. — Der Beklagte (nach einigem Nachdenken): In Gott's Nam! Wä unter'schreib'n muß, daß loa weitere Anspruch macht. Dann muß 's aus sein! — Vorsitzender: Dann ist's aus, wenigstens bei uns; was nachfolgt, das geht uns nichts an. — Die Klägerin willigte in den Vergleich ein und „aus war's in Gott's Nam!“

Arbeiterstreik. Als unter den Teilnehmern eines Tanzergnßens in einem Gasthause in der Nähe Dresdens bekannt wurde, wer die Kapelle dirigiert, weigerten sich fast alle Anwesenden, weiter zu tanzen. Sie verlangten die Entfernung des Musikdirektors, weil seine Frau während der Aussperrung der Zigarettenarbeiterinnen weitergearbeitet hatte. Dies war durch verschiedene Gerichtsverurteilungen, in denen sie als Belästigungsgewaltin gegen Streikende auftrat, bekannt geworden. Der Sohn des Musikdirektors verließ schließlich unter Mitnahme der Noten den Saal, und da die Musiker ohne Noten nicht spielen konnten, mußte der Saal geschlossen werden.

Die brennende Zigarre in der Straßenbahn. Eine Polizeiverordnung, welche es verbietet, brennende Zigarren mit in den Innenraum der Straßenbahn zu nehmen, ist rechtskräftig. So hat das Kammergericht am 6. September in einer Strafsache wider den Angeklagten Stamm aus Essen entschieden. Das Gericht sprach zugleich aus, daß es für den, der mit brennender Zigarre den Straßenbahnwagen besteige, wenn die Plattform besetzt, aber innen noch Raum für ihn ist, nur zweierlei gebe: entweder die Zigarre fortzuwerfen und im Wagen mitzufahren, oder aber wieder abzusteigen. Vorausgesetzt natürlich ein Verbot, brennende Zigarren mit in den Straßenbahnwagen zu nehmen. Ein solches polizeiliches Verbot müsse auch beachtet werden, wenn im Wagen nur das Verbot, nicht zu rauchen, angeschlagen sei.

Verhaftung eines Staatsanwaltschaftsbeamten. Der bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts Dresden angestellte Expedient Fleischer wurde gestern wegen Verdachts eines Vergehens im Amte verhaftet. Fl. soll verdächtig sein, Afferbaten, Gegenstände, die zu Gerichtshänden genommen worden sind, unterschlagen zu haben.

Etrunken. Weferland, 7. September. Rechtsanwält Dr. Reinshagen aus Leipzig und seine Gattin sind in dem Nordseebad Kampen beim Baden ertrunken.

Eingegangene Druckschriften.

Der fünfte Gewerkschaftskongress und der Klassenkampf in Deutschland. 23 Seiten. Vortrag und Diskussionsreden, gehalten in der Müllerserversammlung des Zentralverbandes der Jüngerer Deutschlands, Johanne-Berlin und Umgebung, am 30. August 1905. Verlag W. Witt, Berlin SO., Engel-Ufer 15.

Simon Rahnein. Wofür kämpfen wir? Heft 8. Preis 10 Pf. — Dr. August Hirschfeld, Arzt. Der Einfluß des Alkohols auf das Geschlechtsleben. Heft 7. Preis 10 Pf. — Karl Klawitter. Zur Alkoholfrage. Heft 6. Preis 10 Pf. Verlag Deutscher Arbeiter-Verbandsbund, J. Michels, Berlin S. 42, Luisen-Ufer 55.

Briefkasten der Redaktion.

Frau P. 2. Sie werden aus mehrfachen Darlegungen im „Vormärts“ ersahen haben, daß wir ganz Ihre Meinung teilen, aber im Augenblick, wo wir uns in der Abwehr befinden, ist das unaußhaltbar.

Juristischer Teil.

Die juristische Erbschaftsfindung ist täglich mit Aufnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Öffnet: abends 7 Uhr.

G. 1. 1. Rein. 2. Ja. — Lehmann, G. W. Rein. — B. 2. 74. Die Antragsfrist für Beilegungssachen beträgt drei Monate. Innerhalb dieser drei Monate ist Strafantrag bei Gericht, Staatsanwaltschaft oder Polizei zu stellen. Die Klage ist beim Amtsgericht (Schöffengericht) zu erheben. Ein Beispiel finden Sie in dem in den öffentlichen Bibliotheken ausliegenden „Arbeiterrecht“ S. 600. — S. 2. 38. Ihrem Vorgänger gegenüber sind Sie auf zwei Jahre gebunden, haben also ihm ebenfalls die Note zu erlegen. — P. G. Friedrichberg. Das Reichsgesetz zum Schutz des Genfer Neutralitätszeichens vom 22. März 1902 bedroht mit Geldstrafe bis zu 150 M. die Verwendung des zum Neutralitätszeichen erklärten roten Kreuzes auf weichen Grunde zu geschäftlichen Zwecken. Auch auf Abwechslungen, mit denen dies Zeichen wiedergegeben wird, findet die Strafverfügung Anwendung, sofern dort dieser Abweichungen die Gefahr einer Verwechslung vorliegt. Ob diese Gefahr vorliegt, ist von Gericht von Fall zu Fall zu entscheiden und dürfte in dem von Ihnen vorgetragenen Falle zu Ihren Gunsten zu verurteilen sein. — G. Rein. — Friedrich 35. 1. Doch. 2. 4. 5. Rein. 3. Das ist möglich. Der Chemiker kann auf Herstellung des ethischen Lebens fagen und wenn trotz Urteils die Ehefrau innerhalb eines Jahres nicht zurückkehrt, die Ehe-scheidungsfrage anstrengen. Herausgabe des Kindes kann er ohne diese Klagen erwirken. — P. D. 11. 1. Die Vereinbarung (Ausschluß der Kündigungsfrist ist zulässig und gültig. 2. Der Inhalt der Statuten allein entscheidet. — Tanzog. Die Beilegungssachen erlahen Sie auf den amtlichen Anwaltsstellen (Alexandersplatz, Potsdamer Bahnhof) und Anhalter Bahnhof). Das übrige durch Ihre Gewerkschaft. — Stallkreidert. Seine Couline, auch seine Tante oder Nichte darf man heulaten, wenn sie will. —

Dritter Verbandstag des Zentralverbandes der Fleischer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands.

Leipzig, 5. September 1905.

Als erster Punkt der Beratungen des dritten Verbandstages ist angelegt die Unterstützungsvereine im Verband. Der Referent zu diesem Punkte befürwortete weiteren Ausbau der Krankenunterstützung und sieht in der Einführung der Arbeitslosenunterstützung das Ideal der Unterstützungsvereine einer modernen Gewerkschaft.

Nach längerer Debatte wird der Antrag angenommen, die Reiseunterstützungsauszahlung zu verpflichten, nur gegen Vorzeigung der gedruckten Reiselegitimation die Reiseunterstützung auszugeben, sowie der Antrag, daß künftig die Reisezeit zum Besuche der Krankenunterstützung nur noch drei Tage betragen soll; bisher betrug sie eine Woche.

Bei dem Punkte Agitation, Gaueinteilung und Geschäftsführung in den Verwaltungsstellen, worüber Krause-Hamburg referierte, entspann sich eine heftige Debatte über die vorliegenden Anträge auf Erhöhung der Verbandsbeiträge, die bis jetzt 30 Pf. betragen, außer einer Delegiertensteuer. Nach langem Hin und Wieder und nachdem besonders der Vertreter der Generalkommission die Notwendigkeit der Erhöhung des Beitrages auseinandergesetzt, wird beschlossen, vom 1. Januar 1906 ab 35 Pf. Wochenbeitrag zu erheben, die Delegiertensteuer aber wegzulassen.

Die übrigen Anträge, die sich auf Statutenänderung beziehen und vom Verbandstag angenommen bzw. dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen werden, sind nur unwesentlicher Natur. Erwähnenswert ist nur der Beschluß, daß künftig nur der Zentralvorstand den Ausschluß eines Mitgliedes verfügen darf.

Nach Festsetzung der Diäten für die Delegierten wird über die Anstellung eines zweiten Verbandsbeamten diskutiert. Da schon vorher abseits die Notwendigkeit der Anstellung eines solchen zweiten Beamten im Hauptvorstande anerkannt worden war, wurde nach kurzer Debatte die Anstellung beschlossen und hierzu Kollege Krause-Hamburg gewählt mit einem Anfangsgehalt von 1800 M. Das Gehalt des ersten Beamten Hensel-Berlin wurde auf 2000 M. erhöht.

Ferner wurde dem Antrage zugestimmt, den beiden Beamten vierzehn Tage Ferien zu gewähren.

Als Sitz des Vorstandes wurde wiederum Berlin gewählt, als Sitz des Ausschusses Hamburg. Die Leitung des Verbandsorgans wurde wiederum dem Vorsitzenden Hensel-Berlin übertragen. Der nächste Verbandstag soll in Frankfurt a. M. abgehalten werden.

Zum Schluß der Tagesordnung referierte Gärtner-Hamburg über das

Genossenschaftswesen und die Aufgaben der Fleischer in den Genossenschaften.

Der Redner erörtert die Aufgaben und die Anforderungen, die an eine Konsumgenossenschaft-Schlächterei sowie an das darin beschäftigte Fleischer- und Arbeitspersonal gestellt werden, zieht einen Vergleich mit den Verhältnissen in den Privatbetrieben, erläutert die Verhältnisse in der Schlächterei der Genossenschaft „Produktion“ in Hamburg, warnt vor der Gründung von Fleischer-Produktionsgenossenschaften wegen der vielen Schwierigkeiten, mit denen ein solches Unternehmen zu rechnen habe und weil es sich, im Gegensatz zu den Schlächtereien der Konsumvereine, erst einen Kundenkreis suchen müsse, und empfiehlt seinen Kollegen, die in den Schlächtereien der Konsumgenossenschaften arbeiten, diesen Genossenschaften mehr Vertrauen entgegenzubringen, wie die Gehältnisse dies auch den Genossenschaften erwarten dürften. Aufgabe des Verbandes sei es, in die Genossenschaften nur tüchtige, zuverlässige Leute zu bringen, die nicht bloß in gewerkschaftlicher Beziehung ihre Pflichten erfüllen, sondern auch von den Ideen des Genossenschaftswesens durchdrungen sind. Wie die Gehältnisse ein Recht darauf haben, Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Genossenschaften zu fordern, bei denen sie ein erträgliches Dasein führen können, so haben sie auch die Pflicht, ihr Können und ihre ganze Kraft für den Genossenschaftsgedanken einzusetzen. Was der Fleischerverband aber vor allem verlangen müsse, das sei die Einstellung nur organisierter Arbeiter, und nicht solcher, die erst nach ihrer Einstellung organisiert werden müßten. Er bedauere es, daß hier im Konsumverein Leipzig-Plagwitz Fleischer beschäftigt seien, die nichts für ihre gewerkschaftliche Organisation täten, die überhaupt kein Verständnis von diesen Dingen zu haben scheinen. Pflicht der Organisation sei es daher, in Zukunft ein wachsames Auge zu haben auf die Einstellung von Kollegen in den Schlächtereibetrieben der Genossenschaften.

In der Debatte traten die einzelnen Redner scharf gegen die Konsumvereins-Verwaltungen auf. Schöder-Leipzig machte dem Leipzig-Plagwitz Konsumverein den Vorwurf, daß er sich in seinem Verhalten gegenüber den Angestellten in nichts von einem reaktionären kapitalistischen Privatunternehmen unterscheidet. Das läßt zum Teil daher, daß die an der Spitze stehenden Personen vergessen hätten, daß sie früher auch einmal Arbeiter gewesen seien. Nach Anführung verschiedener Beispiele über unangemessene Behandlung etc. bezeichnete er als Pflicht der Arbeiter und der Mitglieder der Genossenschaft, solchen Zuständen ein Ende zu machen. Der antwortende Vertreter der Leipzig-Plagwitz Konsumgenossenschaft verteidigte diese gegen die erhobenen Vorwürfe und versicherte, daß der Verein

jederzeit bestrebt gewesen sei und auch künftig bestrebt sein werde, seinen Angestellten und Arbeitern, auch den Fleischern, in jeder Hinsicht entgegenzukommen.

Nach einem Schlußworte des Referenten verabschiedete sich unter dem Ausdruck herzlichsten Dankes für die ihm in Leipzig zuteil gewordene freundliche Aufnahme der Vertreter des dänischen Schlächtereiarbeiter-Verbandes, ein dreifaches Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung ausbringend, in das die Delegierten begeistert einstimmten.

Darauf wurden als Delegierte zum nächsten dänischen Gewerkschaftskongreß die Kollegen Hensel-Berlin und Gärtner-Hamburg gewählt.

Mit einem dreimaligen Hoch auf den Verband und die Gewerkschaftsbewegung überhaupt schloß der Vorsitzende den Verbandstag.

Verfammlungen.

Deutscher Holzarbeiterverband. Die Branchenleitung der Musikinstrumentenarbeiter hatte zum 28. August eine öffentliche Versammlung nach dem großen Saale des Gewerkschaftshauses einberufen. Die Versammlung, die gut besucht war, beschäftigte sich mit dem Zusammenbruch der Firma Reumeier sowie ferner mit der letzten Tagung der Musikinstrumenten in Koblenz. Zum ersten Punkt bemerkte der Referent A. Sidfeld: Es sei wohl sonst im allgemeinen nicht üblich, über einzelne verachtete Firmen in Arbeiterversammlungen zu verhandeln. Der gegenwärtige Fall sei hierzu jedoch besonders geeignet. Der fast gleichzeitig mit dem Zusammenbruch erfolgte Tod des Begründers der Firma habe die Fabrikantenorgane, besonders die „Musikinstrumenten-Zeitung“, in ihren Rachrufen zu überzweifelhaften Lobesbezeugungen verleitet. Redner weist sodann darauf hin, daß durch die Arbeitsmethode bei der Firma die Musikinstrumentenarbeiter ganz besonders geschädigt seien. Zunächst der Verformung sich um die Instrumentenindustrie ungebührliche Verdienste erworben, wie es in den Racheufen behauptet werde, scheine man sich auch in den Kreisen der Fabrikanten nicht ganz einig zu sein. Dies gehe sowohl aus den Äußerungen über die Art und Weise, wie die Firma ihre Produkte an den Mann zu bringen suchte, sowie aus einem von einer Anzahl Fabrikanten unterzeichneten Protest gegen die Kreditgewährung der Lieferanten an besagte Firma hervor. — Aus diesem Protest sei aber auch noch besonders erwähnenswert die Bemerkung: „Dies sei nur ein Fall von vielen anderen“. Ob wohl diese Protestler, wenn die Arbeiter mit diesen nur durch solch unsaubere Kreditgewährung lebendigen Fabrikanten in Differenzen geraten, die Konsequenzen ziehen würden? Die Namen der Unterzeichner bürgen nicht dafür, denn man finde unter ihnen die borniertesten „Herr im Haus“-Vertreter. Auch scheint einigen dieser Herren das Reumeiersche System, die Einführung der weiblichen Arbeiter im Klavierbau, nicht gerade unsympathisch zu sein, wie dies der vorjährige Streik der Klavierarbeiter mehrfach bewiesen hat. — Sodann weist Redner noch darauf hin, in welcher Weise die Firma ihre Arbeiter und Arbeiterinnen, von denen ein großer Teil beim vorjährigen Streik im Interesse der Firma zu verrättern an ihren Arbeitskollegen wurden, für ihre treuen Dienste belohnte. Nahezu 1500 M. Beiträge für die Landesversicherungsanstalt Brandenburg seien, obwohl sie den Arbeitern abgezogen, nicht an die Anstalt abgeführt worden. Da es sich hier teilweise um Arbeiter handele, für die jahrelang nicht geleistet worden sei, so liege hier offenbar Betrug vor. Es sei aber auch nicht verstandlich, wie von Seiten des Vorstandes der Landesversicherungsanstalt, obwohl schon vor mehreren Jahren der Redner die Meldung an den Vorstand richtete, daß arge Unregelmäßigkeiten in der Beitragszahlung an die Anstalt bei der Firma herrschten, solche Rückstände zugelassen werden konnten. Eine Antwort auf die damalige Meldung sei auch nicht erfolgt. — Redner macht darauf aufmerksam, daß nach dem Gejch der Arbeiter verpflichtet sei, sich davon zu überzeugen, ob die Marken regelmäßig geleistet werden. Etwaige Unterlassungen ziehen unter Umständen den Verlust der Ansprüche an die Versicherungsanstalt nach sich, da nur für zwei Jahre die Marken nachgeleistet werden können. Durch lebhaften Weisfall gaben die Anwesenden ihre Zustimmung zu den Ausführungen kund. — Zu dem zweiten Punkte führte Redner aus: Nur mit Mühe lassen sich aus der reichhaltigen Tagesordnung des Kongresses der Fabrikanten in Koblenz einige Punkte herausfinden, die von allgemeiner Bedeutung seien. Zu diesen wenigen Punkten, für die man neben den vielen Ausflügen, Festessen, Konzerten usw. einige Minuten opferte, gehört in erster Linie der Jahresbericht des Vereins deutscher Pianofabrikanten. In diesem Bericht, den der bekannte Kommerzienrat Schiedmayer aus Stuttgart gab, soll derselbe auch der Arbeiterbewegung gedacht haben. Aus den Berichten in den Zeitungen gehe hervor, daß die Fabrikanten der Musikindustrie noch weit davon entfernt seien, die Gewerkschaften als Vertreter der Arbeiterbewegung anzuerkennen. Für die Fabrikanten sei dies eine Nachfrage — für die Arbeiter der Musikinstrumentenindustrie sind diese Ausführungen von außerordentlicher Bedeutung; wird hier doch ohne weiteres erklärt, daß, wenn die Organisation stark genug ist, die Fabrikanten dieselbe auch anerkennen. Wo sie jedoch nur schwach ist, werden die Fabrikanten keine Ursache haben, sie zu beachten. Es wurde ferner in Aussicht gestellt, daß in nächster Zeit ein enger Zusammenschluß aller lokalen Fabrikantenvereine zu erwarten sei, damit allen unberechtigten Forderungen der Arbeiter mit Rücksicht entgegengetreten werden könne. Was der Referent, Herr Schiedmayer, mit der Äußerung: „die Fabrikanten seien an der Grenze der Zugeständnisse an die Arbeiter angelangt,“ bezweckte, scheint nicht recht verständlich, denn mit Ausnahme der wenigen Lohnbewegungen in den letzten paar Jahren

seien Zugeständnisse bisher nicht erfolgt. Nachdem Redner noch auf die Stellung aufmerksam gemacht hatte, die der Herr Kommerzienrat zu den Sozialisten eingenommen habe, die nichts weniger als im Interesse der Musikinstrumentenindustrie liege, schloß derselbe mit einem Appell an die Anwesenden, dafür einzutreten, daß unsere Fabrikanten sehr bald in die Lage kommen, mit der Organisation als gleichberechtigten Machtfaktor bei der Regelung der Arbeitsverhältnisse zu rechnen. Die Ausführungen des Redners fanden den ungeteilten Beifall der Anwesenden. Es wurde sodann auf die für September von der Justizstelle Berlin veranstaltete statistische Aufnahme hingewiesen und die Kollegen zur zahlreichsten Beteiligung aufgefordert.

Die Werkzeugmacherbranche des Metallarbeiterverbandes hielt am Sonntag im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine stark besuchte Versammlung ab, in der Genosse Maurenbrecher über „Die preussischen Industriearbeiter im 18. Jahrhundert“ sprach. Redner legte in seinem geschichtlichen Vortrage die damaligen gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse klar und ging dann näher auf die Zusammenfassung und die Bestrebungen der damaligen Arbeiterbewegung zur Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage ein. Er wies dann nach, wie brutal diese Bestrebungen durch drakonische Gesetze und Verordnungen niedergebunden wurden, und kam zu dem Schluß, daß es die Machtmittel des Staates und der Polizei waren, welche die Anfänge der Arbeiterbewegung aus Rücksichten auf die Staatsraison und das stets „staatsbehaltende“ Arbeitgebertum einfach unterdrückten. Im Anschluß hieran meinte der Referent weiter: Frage man sich nun, woher es komme, daß der Staat namentlich auch in seinem Heere immer willfähige Werkzeuge zur Niederhaltung der Arbeiterbestrebungen findet, so sei die Antwort eine sehr einfache und könne zugleich auch als Verantwortung derjenigen Bestrebungen gelten, die sich in der Feenpalast-Versammlung in dem Anarcho-Sozialismus kundtaten. So lange nämlich das organisierte Proletariat eine Minderheit sei, so lange habe es auch mit der Gewerkschaft aus seinen eigenen Kreisen zu rechnen. Darum müsse es unsere Aufgabe sein, die gewerkschaftliche sowohl als die politische Organisation weit gewaltiger auszubauen, wie es bisher der Fall war. Erst wenn wir die Mehrheit des Volkes für unsere Ideen gewonnen haben würden, ließe sich die Frage nach der endgültigen Taktik zur Erreichung der politischen Macht beantworten. Bis dahin, so schloß der Redner, könne man den Organisationen das Eintreten in das Stadium der Vorbereitung nicht stark genug ans Herz legen. (Lebhafte Beifall.) Die nunmehr folgenden Diskussionsredner nahmen hauptsächlich auf die letzten Ausführungen des Referenten Bezug und legten ihrerseits dar, wie verfehlt es sei, bei jeder Gelegenheit mit hochtönenden Phrasen zu operieren und dabei die klare Sachlage aus dem Auge zu lassen. Von Cohen wurde namentlich die französische Metallarbeiter-Gewerkschaft gestreift und an einigen Beispielen gezeigt, wie oft da Theorie und Praxis zwei weit auseinanderstrebende Dinge seien, während sie in Wirklichkeit doch einander ergänzen sollten. Er warnte davor, daß sich in die Gewerkschaften Tendenzen einschleichen müßten, die mit den eigentlichen Zwecken einer wirtschaftlichen Organisation nichts zu tun hätten. Von Petersdorf wurde darauf hingewiesen, daß die Branche der Werkzeugmacher trotz ihres jungen Bestehens schon sehr erfreuliche Erfolge gezeitigt habe. Doch sei es Pflicht aller Kollegen, noch mehr als bisher ihr Klassenbewußtsein zu entwickeln, damit endlich auch die angelich parteilose Presse wie „Lokal-Anzeiger“, „Morgenpost“ u. a. aus ihren Reihen verschwinden und dafür der „Vorwärts“ gehalten und gelesen werde. — Ein Antrag, der dann von einem Kollegen eingebracht wurde, dahin gehend, daß Dr. Friedberg in einer öffentlichen Metallarbeiter-Versammlung über „Weltanschauung und Taktik“ sprechen solle, wurde abgelehnt.

Briefkasten der Redaktion.

Brandenburg. Jg. 3. Wilhelmshöhe, Post Degerloch, bei Stuttgart. — Dürre. Mit 1. Januar 1906. — Fielohn. 1. Ausschließliche Höhe. Nicht steuerfrei. Keine direkten Einnahmen dadurch. 2. Ja, wenn die Leistungen der Schüler nicht genügen. Was in Güte geschieht werden. 3. Sie haben Vereinerung Ihrer Momments-Tuistung versehen. — Thorsgau. Werden Sie sich schriftlich an das Polizeipräsidium hier, Abteilung für Dehammungen. Alle Einzelheiten erfahren Sie von dort. — Regen. Ja. — 1660. Rein. — 8754. Ja.

Witterungsübersicht vom 7. September 1905, morgens 8 Uhr.

Table with 12 columns: Stationen, Barometer, Wind, etc. Rows include Ewinende, Hamburg, Berlin, Frankfurt a. M., München, Wien, Haparanda, Petersburg, Sibirien, Ueberdem, Paris.

Wetter-Prognose für Freitag, den 8. September 1905. Etwas kühler, ziemlich trübe mit Regenschauern und mäßigen südwestlichen Winden. Berlin Wetterbureau.

Wasserstand am 6. September. Elbe bei Kollig + 0,75 Meter, bei Dresden - 0,90 Meter, bei Magdeburg + 1,01 Meter. — Uckermark bei Straußfurt + 1,80 Meter. — Oder bei Rathow + 1,90 Meter, bei Breslau Oberpegel + 4,87 Meter, bei Breslau Unterpegel - 1,62 Meter, bei Frankfurt + 1,08 Meter. — Weichsel bei Proßmünde + 2,50 Meter. — Warthe bei Wosen + 0,20 Meter. — Rega bei Uß + 0,96 Meter.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion kein Publikum gegenüber seinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, 8. September. Anfang 7 1/2 Uhr: Opernhaus. Lammhäuser und der Sängerkrieg auf Wartburg. Schauspielhaus. Wallensteins Tod. Neues. Ein Sommernachtstraum. Weiten. Die neugierigen Frauen. Zentral. Die Gelbta. Thalia. Bis früh um fünf! Anfang 8 Uhr: Schiller O. (Wallner-Theater.) Der Walfischsturm. Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater). Nora. Festung. Ula. Residenz. Eine Hochzeitnacht. Trianon. Das Ende der Liebe. Carl Weiß. Im Hause der Sünde. Belle Alliance. Ten All Day. Puffen. Fiesco. Deutsch-Amerikanisches. Wer, Herr Herzog! Kasino. Der Adelsnarr. Metropol. Geschloffen. Wpoko. Ein Abend in einem amerikanischen Tengel-Tempel. — Ein Hochzeitabend. — Spezialitäten.

Urania Taubenstr. 48/49. 8 Uhr: Die deutsche Nordseeküste.

Sternwarte Invalidenstr. 57/52.

P. CASTAN'S PANOPTICUM. Friedrichstr. 165.

Joël's Traum! Im Restaurationssaal: „D'Kochelsee'r.“ Oberbayr. Gesangs-, Tanz- u. Gebirgs-Szenen.

W. Noacks Theater. Direktion: Rob. Dill. Baumstr. 16. Heute keine Vorstellung. Sonntag, 10. September: Große Extra-Vorstellung. Konzert, Theater, Spezialitäten.

Luisen-Theater. Heute Freitag, Abends 8 Uhr: Fiesco. Sonnabend: Der jüngste Leutnant. Sonntag nachmittag: Die Kinder der Gzellenz. Abends: Der jüngste Leutnant. Montag: Die Kinder der Exzellenz.

Luisen-Theater. Heute Freitag, Abends 8 Uhr: Fiesco.

Kasino-Theater. Lotteringerstr. 37. Täglich 8 Uhr.

Der Adelsnarr. Vorher: Die Zaubergeige von Offenbach.

Original-Rämbler Compagnie zum 1. Male in Berlin Duo Sardan. Sonnt. 4 Uhr: Ein Sohn des Volkes.

BOLOGNISCHER ZGARTEN. Täglich ab nachmittags 4 Uhr: Militärs-Doppel-Konzert.

Eintrittspreis 1 M.; ab 6 Uhr 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Lustspielhaus. Abends 8 1/2 Uhr. Kyritz-Pyritz. Sonntag: Der Familienstag.

Residenz-Theater. Heute und folgende Tage: Anfang 8 Uhr:

Eine Hochzeitnacht. Schwan in 3 Akten von Henri Rivroul und Albert Barré.

Die Höhle des Löwen. Dienstag, 8. 12. Sept. 1. Rolle: Die Höhle des Löwen.

Deutsch-Amerikan. Theater. Köpenickerstraße 67/68. Jed. Abnd 8 Uhr. Gastsp. H. d. Pflüpp.

Der erste Schlagert der Saison. Aber Herr Herzog. Neben Sonntag nachmittags 3 Uhr, halbe Preise: Ueber'n großen Teich.

Bernhard Rose-Theater. Gesundbrunnen, Badstraße 53. Täglich das Entfallens-September-Programm.

Paul Coradini. Die drei Hardors, phänomenale Lustgammastück. Grotti Reiner, Throllema.

Die Otorus, Repistio-Entfallens. Sevilla u. Pifo. Mlle. Sira, Edith Harle. M. H. Thosson mit seinem Bunderbund.

Außerdem: Der Fluch des Goldes. Anf. 4 1/2 Uhr. Entrée 30 Pf. Nummer. Platz 50 Pf. Saisonkarten haben Gültigkeit.

Prater-Theater. Kastanien-Allee 7-9. Heute: Benefiz für das gesamte Schauspiel-Personal.

Der rechte Weg. Volksstück mit Gesang in 4 Akten. The Kieffers Pantomime. Pantomime. Spezialitäten. Ball. Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf. Nummerierter Platz 50 Pf.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Freitag, abends 8 Uhr:
Der G'wissenswurm.
Bauernkomödie mit Gesang i. 3 Akten
von Ludwig Angengrubler.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der G'wissenswurm.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Don Carlos.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Ein Wintermärchen.

Schiller-Theater N. (Fleider-Weg, 25.)
Freitag, abends 8 Uhr:
Nora. (Ein Puppenheim.)
Schauspiel in 5 Akten, v. Henrik Ibsen.
Deutsch von Wilhelm Lange.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Nora. (Ein Puppenheim.)
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Fuhrmann Henschel.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Nora. (Ein Puppenheim.)

Metropol-Theater

Freitag, den 8. September:
Geschlossen.
Sonnabend, den 9. September,
präzise 7/8 Uhr,
zum 1. Male:
! Auf in's Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u.
Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Dirigent Kapellmeister Max Roth.
In Szene gesetzt vom Direktor
Richard Schultz.
Walden a. D. x Miß Clifford a. D.
Bender x Giampietro
Josephi x Frid-Frid x Massary
Behrens-Linke.
Rauchen in all. Räumen gestattet.
Anfang 7/8 Uhr.

Diez' Spezialitäten-Theater

Landsberger Allee 76/79, direkt an der Ringbahnstation.
Ob schön! Täglich im herrlichen Garten oder Saal: Ob Regen!
Vollständig neues, schönstes Programm Berlins.
Hadi Bramien ist wieder da! Kurt Ellen, der aktuelle Humorist.
Gebr. Eidinger, Intonationsloser Kraftakt. The Decollins,
Stumpfschäfer. Hedwig Böring, die beliebte Soubrette. Matuschka-
Trio, russischer Gesang und Tanz.
Mit Roben mit ihren sechs Wunderaffen. Orig. The Beyrotts usw.
Täglich: Ball, Kaffeeküche, Volksbelustigungen aller Art.
Entree Wochenstage 20 Pf., Sonntags 30 Pf. Jeder Erwachsene hat ein
Kind unter 10 Jahren frei, ältere Kinder zahlen halben Eintrittspreis.

Brauerei Friedrichshain

früher Lipps (Deonom E. Niemann) Am Königstor.
Größter Konzertsaal Berlins.
Heute Freitag:
Letzter **Wiener Walzer-Abend**
veranstaltet von
Johann Strauß aus Wien
Dirigent d. k. u. k. Oesterr. Hofballmusik mit seiner gesamten Kapelle.
Anfang 8 Uhr. Entree durchweg 1 M.
Morgen: **Großes Extra-Konzert**
von Johann Strauß aus Wien
und des Männer-Gesangsvereins „Cecilia Melodia“.
Billets im Vorverkauf: bei Hofe u. Hof, Berlinheim und in
den mit Plakaten belegten Handlungen.

Bayerisches Volksfest.

Diezcher Platz, Landsberger Allee,
Festwirt: **Baron Mukl** 41972*
mit seinem Riesen-Bierzelt, 5000 Personen fassend.
Wk u. bayerische Urmüthlichkeit.
Täglich neue Ueberraschungen.

Apollo-Theater.

Heute: **100. Male!**
Zum **100. Male!**
10 Uhr. Ein Abend in einem
amerik. Tingel-Tangel
Dazu: Hochzeitsabend v. Paul Lincke
und die
neuen September-Spezialitäten.

Trianon-Theater.

Heute und folgende Tage:
Das Ende der Liebe.
Sathisches Lustspiel in vier Akten
von Roberto Bracco.
Deutsch von Otto Eysenbüsch.
Anfang 8 Uhr.

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater

Frankfurter-
Allee 85.
Täglich das großartige
September-Programm
u. a.
Eine tolle Nacht.
Große Woffe mit Gesang.
Großer Lacherfolg.

Reederei Nobiling.

Morgen, Sonnabend, 9. September:
Lezte diesjährige
Mit **Mondschein** auf Illumin.
nach der Berliner Schweiz, Zwiembusch (Gosener Berge).
Bei Ankunft Höhenfeuer, Abendessen, dann Konzert und Tanz. Abfahrt:
7/9 Uhr abends vom Schallig-Garten, Zannowbrücke. Hin und zurück
60 Pf. Nächsten Sonntag, früh 9 Uhr und nachmittags 2 Uhr: Extra-
fahrten mit **MUSEL**, hin und zurück 75 Pf., Kinder und einfache Fahrt
50 Pf., sowie täglich, nachmittags 2 1/2 Uhr, für 50 Pf., Kinder 25 Pf.

Joseffi Cigaretten

Erstklassige deutsche Fabrikate.

Gebrüder Herrnsfeld-Theater.

Zum **138. Male:**
Die Meyerhains.
Komödie in 3 Akten mit den
Autoren
Anton und Donat Herrnsfeld
in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.

Passage-Theater.

Anfang der Abendvorstell. 8 Uhr,
nachm. Sonnt. 3, Wochenl. 5 Uhr.
Poldi Augustin
die feiche Soubrette.
Herr Tacianu
Damen-Zumitator.
Das glänzende
September-Programm.

Etablissement Bughenhagen

Moritzplatz.
Täglich
im großen schattigen Garten:
Streich-Konzert.
Ricardo Munez.
Bei ungünstigem Wetter im Saal.

ELYSIUM.

Kommandantenstr. 3-4.
Vollständig neu renoviert. V.
Auftritt v. 36 erstklassigen
intern. Spezialitäten.
Geöffnet von 10 Uhr früh bis
12 Uhr nachts.

Sichere Brotstelle.

Grüntram, Holz- und Kohlen-
geschäft, 28 Jahre bestehend, ist wahr-
haft fränkischer Halber billigst zu ver-
kaufen Zionskirchstr. 31 (Erdbeer).

WINTERGARTEN

Eröffnungs-Programm.
Loie Fuller
die berühmte Phantasietänzerin.
Louise Blot Pariser Sängerin.
4 Luckens amerik. Gymnastiker.
Sisters Gasch Akrobatinnen.
Kapitän Woodward
dress. Seehunde u. Seelöwen.
Bedini und Artur
amerikanische Exzentriks.
Die mysteriösen Husaren.
Edith Helena amerik. Sängerin.
Die Trombetas italien. Duett.
Paul Spadoni Kraft-Jongleur.
„In Japan“ Ballettdivertissement.
Tina Clementa
Pferd- und Hundedressur.
Der Biograph.

Palast-Theater

früher Feen-Palast, Burgstr. 24.
Sonnabend, 9. September:
Beginn der 11. Saison.
Das prägnant. Eröffnungs-Programm.
12 Schau- u. Kunstnummern 1. Ranges.
Das Beste vom Besten.
Per Rohrpost.
Schwanz in einem Akt v. R. Reichardt.
Anfang 8 Uhr. Konzert 7 1/2 Uhr.
Entree 50 Pf.
Familientarife sind in allen
Barbier, Friseur u. Zigarren-
geschäften sowie an der Theater-
kasse unentgeltlich zu haben.

Otto Pritzkows Berliner

Abnormitäten-Theater
Münzstr. 16.
Jocki Tocki
the Elastic Skin Man.
Der Mensch mit der Gummihaut.
Mne-Mno-Mni ???
Entree 20 Pf.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sängers.
Anfang:
Wochentags
8 Uhr,
Sonntags
7 Uhr.

Etablissement Bughenhagen

Moritzplatz.
Täglich
im großen schattigen Garten:
Streich-Konzert.
Ricardo Munez.
Bei ungünstigem Wetter im Saal.

ELYSIUM.

Kommandantenstr. 3-4.
Vollständig neu renoviert. V.
Auftritt v. 36 erstklassigen
intern. Spezialitäten.
Geöffnet von 10 Uhr früh bis
12 Uhr nachts.

Sichere Brotstelle.

Grüntram, Holz- und Kohlen-
geschäft, 28 Jahre bestehend, ist wahr-
haft fränkischer Halber billigst zu ver-
kaufen Zionskirchstr. 31 (Erdbeer).

Charlottenburg.

Anfertigung feiner
Herren-Garderoben n. Maß
Gr. Stofflager in engl. u. deutsch.
Stoffen nur erstklass. Fabrikate.
Garantie guter Sitz. Solide Preise.
Karl Ehring,
Schneidermeister, 1238L.
Leibniz-Straße 64, pt.
nahe der Kantstraße.

Buchhandlung Vorwärts :: Berlin SW. 68
Lindenstraße 69
Soeben ist erschienen:
Intime Briefe
Ferdinand Lassalles
an Eltern und Schwester
Herausgegeben von Eduard Bernstein
Nebst einem Anhang:
2 Briefe Lassalles über Liebe und eheliche Treue
2 Briefe Sophie v. Hasfeldts an Angehörige Lassalles
Preis 3 Mark Porto 20 Pfennig
Die hier veröffentlichten Briefe reichen von Lassalles Knaben-
jahre bis zum Vorabend seines Todes. Es sind selbstverständ-
lich nur ein Teil der wirklich geschriebenen. Sie gewähren aber
dem Leser einen tiefen Einblick in die Anschauungen und den
Charakter des großen Agitators. Freilich treten in diesen
Briefen die theoretischen Auseinandersetzungen und die politischen
Ansichten Lassalles in den Hintergrund. Es ist Lassalle als
Mensch, der uns hier näher tritt. Der Herausgeber hat den
Briefen ein Vorwort und Erläuterungen gewidmet.

**Einsegnungs-
Anzüge**
in den neuesten Façons
Tuchkammgarn, Rippskammgarn u. Cheviot, reich-
haltigste Auswahl, gute Verarbeitung zu
den billigsten Preisen empfiehlt
Julius Lindenbaum,
Große Frankfurterstr. 141.
Ecke Fruchtstraße. 4007L*
Größtes Etablissement
des Ostens, Nordostens u. Südostens.
Anerkannt reellste u. billigste Bezugsquelle.



Die Eröffnung meines neuen Geschäfts Turm-
straße 58, zwischen
Beussel- u. Waldstraße,
zeige ich ergebenst an. Größere moderne
Räume setzen mich in den Stand, mein
Sortiment zu erweitern und Spezialaufträge
sorgfältig zu erfüllen. Das Geschäft
Turmstr. 85 wird als Filiale weiter geführt.
Streng feste billige Preise. Reelle moderne
Bedienung nach wie vor. Ganz besonders mache
ich meine werten Kunden außerhalb Nordbets auf
die neue Nr. 58 aufmerksam. Es war in der 85
an den Uebenden und besonders Sonntags und
Sonnabends zu eng geworden. In 58 ist viel Platz
und auch der größte Andrang kann schnell und
bequem ergebelt werden. Mit herzlichem Gruß für
alle meine Kunden
Herrmann Schlesinger,
Turm-Straße 58 und 85.
Herren- und Knaben-Bekleidung.
Lieferant des: Berliner Konsum-Verein und der:
Konsumgenossenschaft Berlin u. Umgegend.

Prosit! Böhmisches Brauhaus.
BERLIN.

Empfehlen unser helles u. dunkles
Tafelbier:
Gambrinusbräu (Münchener)
Nepomukbräu (Pilsener)
Böhmisches Brauhaus NO.
Faß-Abteilung: Landsberger Allee 11/13. T. VII. 5088.
Flaschen- „ Frieden-Straße 93. T. VII. 1670.
Unsere Original-Abzug-Flaschenbiere in fast allen
Kolonialwaren-Handlungen. 3647L*

Röhre 2 Mark an. Umarbeitung schlechtstehender Gebläse. Reparaturen.
Blonden 1,50 Mark. Inoperatoren mit drilcher Belaubung 1 Mark.
Zahlreiche Anmerkungen. Beliebige Zeitzahlung.
42362*
Emil Schaefer.
Zeit 9 Jahren nur Urbanstraße 133, vis-a-vis der Richtestraße.

Zentralverband der Maschinisten
u. Heizer sowie Berufsgenossen
Deutschlands.
Verwaltungsstelle Berlin u. Umg.
Todes-Anzeige.
Am Mittwoch, den 6. September,
verstarb das Mitglied
August Dohnt.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 10. d. Mts., nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Samariter-Kirchhofes in
Neu-Hohenschönhausen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
139/4 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband
der Zimmerer Deutschlands.
Zahlstelle Berlin u. Umgegend.
(Veit 8.)
Allen Kameraden hiermit zur
Nachricht, daß unser Mitglied
Friedrich Puhl
am 5. d. M. verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonnabend, nachmittags 4 Uhr,
von der Leichenhalle des Rudolf
Apoll-Kirchhofes in Schönberg,
Tempelhofer Weg aus statt.
Um rege Beteiligung bittet
255/14 Der Vorstand.

Dr. Simmel, Prizon-
Spezialarzt für 29/14*
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

**Maurer- und Zimmerer-
Poliere,**
überhaupt Bauhandwerker, welche
selbst bauen wollen, erhalten von uns
Baustellen unter sehr günstigen Be-
dingungen bei ganz kleiner Anzahlung,
eventuell auch ohne bare Anzahlung.
Adressen unter N. 1 Expedition des
„Vorwärts“. 1353B

**Stuhlflucht-
rohr** in vorzüglicher Qualität.
Stuhlrohrlager Wallstr. 16.

Gänse-Ausschlachterei.
Oderbrucher Fett-Gänse, Pfund 70 Pf.,
treffen von jezt ab täglich ein.
Gänseklein 80, Stückenfleisch Pfund
65 Pf. Junge Enten, Hühner, Tauben
sowie frisch geschlacht. Junge Reh-
hühner 75 u. 100, Rehbrücken, Keulen,
Blätter empfiehlt
Gustav Paulat
3, Große Frankfurterstraße 3.
Telephon: Amt 7, Nr. 1109.

Ausfluglern
empfehlen wir folgende
Spezial-Karten
der Umgebung Berlins.

Bernau-Bienitzthal, Rante-Siepnitz- und
Wandlitz-See 1 M.
Busow u. Umgegend mit angehängtem
Fährer 75 Pf.
Oberwalde und Umgegend
75 Pf. und 1 M.
Fetner und Umgegend 75 Pf.
Freienwalde-Fallenberg 75 Pf.
Freienwalde, Briesen, Oberberg,
Brodowin 1 M.
Friedrichshagen, Köpenick, Grünau,
Schmiedewitz 75 Pf.
Grünwald und westliche Vororte,
2, 3, 5 u. 8-farbig 25, 50, 75 Pf.
und 1 M.
Königs-Wusterhausen und Umgegend
5farbig 1,50 M.
Nördliche Vororte, Spandau, Tegel etc.
1 M.
Potsdam und Umgegend 75 Pf.
umfassend das
Gebiet von Berlin bis Lehmin
nebst Stadtplan v. Potsdam 1 M.
Potsdam und Berder 1 M.
Nübbendorfer Ralderberge, Fetner,
Woltersdorf, Janschlense, Wer-
see, Köpenick 75 Pf.
Spreewald mit praktischem Touristen-
führer 75 Pf.
Strausberg u. der Mumental 1 M.
Tegel und Umgegend 75 Pf.
Ferner empfehlen wir:
Wanderbuch für die Mark
Brandenburg. 3 Bände. Zu-
sammen 6,00 M.
I. Teil: Nähere Umgebung Ber-
lins, umfasst die Gegend von
Potsdam, Spandau, Dramenburg,
Königs-Wusterhausen 1,50 M.
II. Teil: Westliche Hälfte der Um-
gebung Berlins bis Branden-
burg a. H., Stendal, Tangermünde,
Rau-Schippin, Rerz-Strelitz 2,00 M.
III. Teil: Östliche Hälfte der Um-
gebung Berlins bis Oberswalde,
Frankfurt a. O., Schneid, Rätzin,
Lützen, Spreewald, Müstau 2,50 M.
Diese Wanderbücher bieten prächt-
volle Schilderungen der Mark, viele
detaillierte Karten und Pläne und
sind so dem Wanderer ein zuverlässiger
Führer und Berater. 251/20*

Buchhandlung Vorwärts,
Berlin SW. 68,
Lindenstr. 69, Laden.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalfische. Die neuerbauten Säle in der Sophienstraße (früher Handwerkerläde) stehen der Arbeiterschaft zu den bekanntesten Bedingungen zur Verfügung.

Die Lokalkommission.

Berliner Nachrichten.

Fortschritte in der Sozialpolitik.

Nach den Versicherungen des Landwirtschaftsministers von Bobbielski und des Handelsministers Möller ist von Fleischnot in deutschen Landen keine Rede. Die beiden Herren beziehen als höchste Beamte des einzigen Kulturstaates Preußen ein Gehalt, das etwa dreifach so hoch ist als das eines mit sieben Kindern gesegneten Berliner Durchschnittsarbeiters, und dieser Grund allein schon reicht hin, um der Versicherung der beiden Minister von der Nichtigkeit der Fleischnot volle subjektive Nichtigkeit beizumessen.

Das ist moderne Ministerweisheit; und nicht allein sozialdemokratische, sondern auch liberale Blätter schütteln den Kopf über sie. Mit Unrecht, wie uns dünkt. Man muß sich nur vor Augen halten, daß ein Minister ebensowenig aus seiner Haut herauskann wie sonst ein Mensch auf der Welt; und wenn man an das erkenntnisreiche Wort des alten Drenthierna denkt: „Mein Sohn, Du glaubst nicht, mit wie wenig Verstand die Welt regiert wird!“, dann muß auch ein Hungerleider statt des Jugrims Mittelid paden. Ja, mehr noch. Es gehört nur ein bisschen historische Betrachtungsweise dazu, um sowohl in den fahigen Witten des Herrn v. Bobbielski als in den dürren Sentenzen des Herrn Möller statt grauenhafter Verständnislosigkeit und Rücksichtslosigkeit einen nicht zu verkennenden Fortschritt zu erblicken.

Wie war es denn ehemals? Man denke nur an die Zustände Frankreichs, des führenden Staates in der zweiten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts. Als damals jemand einem Minister des Volkes Not klagte, meinte der Herr, daß der schlichte Mann aus der Werkstatt Gras fressen möge, wenn er kein Brot habe; eine Prinzessin aber, also eine Dame, die doch von Geburt schon eine noch höhere Geistes- und Herzensbildung haben muß, als ein Minister, fragte zu damaliger Zeit, als das Volk auf der Straße nach Brot schrie, warum denn die armen Leute statt des Brotes keinen Kuchen äßen!

Der nicht das Regen zum Prinzip erkoren hat, wer auf historische Bildung Anspruch machen will, wird nicht auf die Minister schelten, sondern den gewaltigen unerkennbaren Fortschritt preisen, wenn er die Regierungsweisheit von heute mit der Regierungsweisheit von ehemals vergleicht.

Der Arbeiter ist der leidende Teil. Nachdem am Mittwochmorgens die Fleischpreise Deutschlands in einer Massenversammlung Stellung zu der jetzt herrschenden Fleischsteuerung genommen haben, traten am Abend in Feuersterns Festsaal die Berliner Fleischmeister auf Einladung der Freien Vereinigung selbständiger Schlächtermeister Berlins zusammen, um die Wirkungen der Fleischsteuerung speziell in Berlin zu erörtern. Aus den Verhandlungen ergab sich folgendes: Unter der Fleischnot leiden am meisten die Bewohner der Arbeiterviertel, die billiges, weniger gutes Fleisch konsumieren; hier beträgt der Preisaufschlag 20 Proz., während die im Westen wohnenden Verbraucher guten Fleisches nur 5 Proz. mehr bezahlen müssen als sonst. Somit ist die Preisdifferenz zwischen gutem und minderwertigem Fleisch viel geringer geworden. Das ist aber für die ärmere Bevölkerung kein Vorteil, denn für sie ist das mittlere Fleisch unerschwinglich und das gute erst recht. Die Fleischmeister im Norden und Osten, die einen kleineren Betrieb haben, können nicht mehr bestehen und geben ihre Selbständigkeit zum großen Teil auf. Die Fachorgane der Berliner Schlächtermeister haben noch niemals sovieler Verkaufsangebote von Schlächtereien erhalten wie in dieser Woche. Gutes starkes Vieh ist billiger im Verhältnis als schwaches schlechtes; der kleine Schlächtermeister ist aber nicht in der Lage, große gute Ställe zu kaufen, da seine Kunden auch den geringen Preisaufschlag gegenüber dem bedeutend schlechteren Fleisch nicht zahlen können. Das gilt für Schweine, Rinder und vor allem auch für Kühe. Die Verammlung sahke zum Schluß eine Resolution, in der die Öffnung der Grenzen für Vieh verlangt wird. Von der aus der Mitte der Versammlung angeregten Entsendung einer Deputation an den Kaiser (!) will man vorläufig noch absehen.

Ruhig Blut

Bewahren ist angesichts der einzelnen Cholerafälle, über die wir berichtet haben, wohl das richtige. Es scheint nicht, als ob die Gefahr einer irgendwie in Betracht kommenden Epidemie für Berlin vorliegt; und da erfahrungsgemäß beim Ausbrechen der Cholera die Angst vor dieser Krankheit ebenso gefährlich ist wie die Krankheit selbst, so kann es bei aller ernstlichen Würdigung der Sachlage sich für

eine gelebte Zeitung vorab nur im wesentlichen darum handeln, die Gefahr nicht größer zu machen als sie ist.

Es braucht ja keineswegs über die Tatsache hinweggegangen werden, daß, wie immer bei Epidemien, auch bei dieser Seuche das Proletariat es ist, das zum größten Teil die Jeche zu bezahlen hat; und selbstverständlich ist es ebenfalls, daß die guten, an sich sehr angebrachten Ermahnungen, sich durch ein möglichst regelmäßiges Leben vor Ansteckung zu schützen, der großen Masse derer gegenüber wie Hohn klingen, die überhaupt von einem Tage zum anderen nicht wissen, wie sie sich und ihre Angehörigen ernähren sollen. Aber diese Tatsache überhebt das Proletariat nicht der Pflicht, auch dem jetzt sich im Osten zeigenden Feinde ruhigen Blutes ins Auge zu sehen.

Zur Choleraepidemie gibt der Polizeipräsident folgende Feststellungen: Nachdem im Osten der Monarchie mehrere Cholerafälle festgestellt worden sind, erscheint es bei den Verkehrsbeziehungen nicht ausgeschlossen, daß auch eine Verbreitung der Stadt Berlin durch die Cholera eintritt. Die Polizeibehörde ist deshalb angewiesen worden, eine verstärkte Aufsicht dahin auszuüben, daß die Grundstücke möglichst rein gehalten werden, insbesondere daß die Beseitigung des Hausmülls sorgfältig und möglichst häufig erfolgt, und daß Unreinlichkeiten, namentlich Schmutzwasser und dergleichen fortwährend entfernt werden. Auch ist darauf hinzuwirken, daß Aborte, vorzugsweise die dem öffentlichen Verkehr zugänglichen, peinlich rein gehalten werden. Die Hauswirte und Schankwirte werden in diesem Sinne verurteilt.

Zwischen Bürgermeister Dr. Meike und dem Vertreter des Igl. Polizeipräsidenten ist, dem „Vol.-Anz.“ zufolge, fernere in einer Konferenz ein Operationsplan ausgearbeitet worden, nach dem vorgegangen werden soll, falls eine Choleraepidemie Berlin bedrohen würde. Zu großen Jagen handelt es sich um folgende Maßnahmen: Zunächst werden die Baracken des Moabiters Krankenhauses in Stand gesetzt. Dabei zerfallen die Baracken in drei Gruppen. Die erste Gruppe ist für Cholerafranke und die zweite für Choleraverdächtige bestimmt. Die dritte Gruppe ist für die Angehörigen bezw. die Umgebung der Kranken oder Verdächtigten bestimmt, die dort unter Beobachtung gehalten werden. Sollten die Baracken in dieser Weise alle besetzt sein, so ist geplant, das ganze Moabiters Krankenhaus zu entleeren und für die von einer eventuellen Epidemie Betroffenen in Bereitschaft zu halten. Im Verfolg dieses Planes hat der Magistrat schon jetzt Schritte getan, um für die Moabiters Anstalt Ersatz zu haben. Zu diesem Zweck hat sich der Magistrat mit sämtlichen staatlichen, städtischen und privaten Anstalten in Verbindung gesetzt, welche die aus dem Krankenhause Moabit entfernten Kranken zu übernehmen hätten.

Wie dies angesichts der ständigen Krankenhausesnot im Ernstfalle möglich gemacht werden soll, ist uns allerdings ein Rätsel.

Den erhöhten Anforderungen entsprechend, die an das Desinfektionswesen in einer etwaigen kritischen Zeit gestellt werden müßten, sind auch hierfür vorbereitende Schritte getreten. Da die jetzt vorhandenen Wagen der Desinfektionsanstalt bei einer großen Epidemie nicht ausreichen würden, so hat sich der Magistrat an das Kriegsministerium mit der Frage gewandt, ob dieses bereit wäre, eventuell die Wagen der Feldpost der Stadt zur Verfügung zu stellen. Die Gefahr der Feldpost erscheinen ganz geeignet, um Betten und Wäsche der Desinfektionsanstalt zuzuführen. Eine Antwort steht noch aus. Der erhöhte Bedarf an Personal würde aus den Reihen der Straßentrümmer genommen werden, von denen 100 Mann im Dienst der Desinfektion ausgebildet sind. Für diese liegt die „Einberufungsorder“ bereit. So sind seitens der Stadt umfassende Vorbereitungen getroffen, und es bleibt nur zu wünschen, daß sie nicht in Wirklichkeit zu treten brauchen.

Ein Fall von Choleraverdacht liegt nun auch in Berlin vor. Vorweg sei bemerkt, daß der Charakter der Krankheit, die zum Tode führte, auch nach der Obduktion der Leiche noch nicht bestimmt feststeht, daß es eben wahrscheinlich die asiatische Cholera nicht ist. Wie wollen aber den Todesfall vor Abschluß der Untersuchungen nicht berichten, weil aber doch etwas in der Öffentlichkeit gedrungen ist, so seien die Tatsachen mitgeteilt. In dem Hause Friedenstr. 38 wohnte mit seiner Familie der 58 Jahre alte Heinrich Jhrus, der auf dem Hinterlande des Grundstücks eine Holzschneidmühle betreibt. Der alte Mann kranke schon lange, nach dem Gutachten des Hausarztes an einem Leber- und Herzleiden. Ein zweiter Arzt, der erst dieser Tage zugezogen wurde, glaubte aus einem Durchfall und anderen Anzeichen Choleraverdacht herleiten zu müssen. Jhrus starb am Mittwochabend. Auf Grund des Verdachtes wurde die Leiche beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht, die Wohnung desinfiziert. Man dachte an die Möglichkeit, daß Krankheitskeime mit aus einem verseuchten Gebiete bezogenen Kuchholz eingeschleppt sein könnten. Die Leiche wurde gestern mittag von dem Bezirkshygienuis Dr. Jakobsohn unter Mitwirkung des Direktors des Instituts für Infektionskrankheiten Geh. Medizinalrats Prof. Dr. Gansly und des Abteilungsvorstehers Prof. Dr. Frosch obduziert. Das Ergebnis war, wie schon mitgeteilt wurde, unbestimmt. Erst die bakteriologische Untersuchung, die morgen abgeschlossen wird, kann volle Gewißheit bringen. Ein Grund zu Besorgungen liegt aber auch dann nicht vor, wenn sie wider Erwarten den Verdacht bestätigen sollte.

Roheitsvergehen. Die „Konservative Korrespondenz“ behandelt den am Mittwoch in Berlin abgehaltenen Fleischtag und die Fleischnot poetisch. Diese Verse sind ebenso roh wie die Gesinnung, die aus ihnen spricht. Als Beitrag zur Naturgeschichte der schlimmsten Feinde des deutschen Volkes geben wir aus dem Junterprodukt einige Zeilen wieder:

Da rief ein Mann aus Hamburg — rings sträubt' sich jedes Haar: „Das Vaterland, das teure, Ihr Herrn, ist in Gefahr! Man sagt wohl stets, das Ausland — das sei verflucht; doch hier hier sich' ich und erkläre: Verflucht, verflucht sind wir!“

Drob hoben die Fleischmeister, zweitausend wie ein Mann, Begeisterungsdoll zu Klatschen und drauf zu schreien an: „Wir wollen das Wohl des Volkes, wir treten dafür ein; Drum: Grenzen auf! Geschwinde! Und Schweine, Schweine herein!“

Am lautesten klang die Stimme des Herrn Notarius, Obwohl im eignen Stamme das Schwein man meiden muß. Jedoch das Volkswohl will es, drum trat er tapfer ein Für das rechtlos gemachte internationale Schwein.

Zweitausend Fleischmeister und ein Notarius, Die machten sehr verdient sich durch Schreien und Beschluß: Auf deutsches Volk! Der Fleischer — der soll dein Führer sein, Auf, rüfle dich zum Kampfe für ihn und für das — Schwein!

Wer nicht weiß, wie er in dieser Zeit der Not sich und seine Familie satt kriegen soll, mag über das Roheitsvergehen der „Kons.“ empört sein. Das Blatt hat jedoch eine Entschuldigung für sich: Die Herren Minister v. Bobbielski und Möller.

Die feste Handelsstelle auf der Straße. Der § 86 der Berliner Polizeiverordnung vom 31. Dezember 1899 verbietet das Einnehmen einer festen Handelsstelle auf der Straße. Nun sind bekanntlich für Berlin durch die Verordnung vom 19. November 1904 die Beschränkungen des Straßenhandels in gewisser Beziehung neu geregelt worden. Diese Verordnung enthält aber keine dem § 86 der Verordnung vom 31. Dezember 1899 gleichartige Bestimmung. Daraus ist in Straßenhändlerkreisen die Auffassung entstanden, daß jener § 86 durch die neue Verordnung, die am 1. Januar 1905 in Kraft trat, beseitigt sei. Auch der Händler Seyforn, der sich wegen Ver-

letzung des § 86 der Verordnung von 1899 zu verantworten hatte, vertrat diesen Standpunkt. Er wurde jedoch zu einer Geldstrafe verurteilt, weil er ohne polizeiliche Erlaubnis eine feste Handelsstelle auf der Straße eingenommen hatte, indem er mit seinem Hundewagen etwa zwei Stunden an derselben Stelle hielt, ohne fortwährend Käufer für seine Futtermittel zu haben. — Das Kammergericht verwarf am 6. September seine Revision mit folgender Begründung: Die neue Verordnung vom 19. November 1904 wolle nicht den Straßenhandel ganz allgemein, sondern nur bestimmte Seiten des Straßenhandels regeln. Durch sie sei demzufolge der § 86 der Verordnung vom 31. Dezember 1899 nicht beseitigt. Das gehe auch aus der Instruktion hervor, die der Polizeipräsident zur Ausführung der Verordnung von 1904 an die Schutzleute erlassen habe. Der unstrittene Paragraph bestche also noch zu Recht.

Wilhelm II. In der „Voss. Jtg.“ lesen wir: „Der neue künftlerische Plan des Kaisers, über den er kürzlich mit dem Bildhauer Professor Brütt sich unterhielt, ist vom Monarchen selbst entworfen. Die Skizze sieht einen figürlichen Schmuck vor, der für die Rampe des Schlosses bestimmt ist, und zwar nach der Luftgärtenseite, also dort, wo sich der Obelisk mit dem Adler befindet. Es sollen daselbst auf den Pfeilern der Valustrade vier überlebensgroße Bronzefiguren aufgestellt werden. Sie werden fürchten aus dem Hause Oranien zum Gegenstande haben, die dem Ende des 16. und vornehmlich dem 17. Jahrhundert angehören. Es scheint, daß der Kaiser durch die Errichtung des Coligny-Denkmal (an der Schlossapothek) auf den Gedanken gekommen ist, seinen Ahnherren von Oranien einen Platz am königlichen Schlosse einzuräumen. Vermutlich werden Wilhelm von Oranien († 1684), seine Söhne Moritz († 1625) und Heinrich Friedrich († 1647), sowie dessen Sohn Wilhelm II. († 1650) zur Darstellung gewählt werden. Die Tochter von Heinrich Friedrich und Schwester Wilhelm II. war Luise Henriette, die Gemahlin des Großen Kurfürsten und Mutter des ersten preussischen Königs.“

Wie der Herr, so's Geschirr. Kann glaubliche Unregelmäßigkeiten in der Kunstanstalt „Wohlfahrt“, die sich mit dem Vertrieb von Hauszeug angeblich zum Besten armer Krüppel befähigt, kamen gestern in einer Verhandlung vor dem Schöffengericht I zur Sprache. Wegen wiederholten Betruges, Unterschlagung und Diebstahls waren sechs ehemalige Angestellte der Kunstanstalt „Wohlfahrt“ angeklagt und zwar die Buchhalter Hermann Lemke, Paul Erising, Emil Wulf und Arno Weiser, ferner die Beiräte Georg Stiller und Oswald Kuhnert. — Der Kaufmann Wilhelm Kämmerer betrieb seit mehreren Jahren in der Reichenbergerstraße eine Rahmenfabrik, welche er später zu einer Kunstanstalt umtaufte. In dieser wurden geringwertige Hauszeugen fabriziert, die für teures Geld durch ein ganzes Heer von Reisenden in ganz Deutschland abgesetzt wurden. Der Reinertrag dieses „Wohlfahrtsinstituts“ sollte angeblich armen Krüppelkindern zu gute kommen. Der Umsatz stieg hierdurch ganz enorm. Bei einem einzigen Postamt gingen im Laufe eines Jahres 240 000 Mark ein. Schließlich befahste sich die Kriminalpolizei mit den Geschäftspraktiken des „Wohlfahrtsinstituts“. Die Folge war eine Anklage gegen Kämmerer und seinen Assistenten Drosel. Kämmerer wurde wegen Betruges zu vier Monaten, Drosel zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Die unregelmäßigen Geschäftspraktiken der Firmeninhaber verleiteten fast sämtliche Angestellte, sich in gleicher Weise die Taschen zu füllen. In dem Geschäftsbetriebe der Kunstanstalt „Wohlfahrt“ fehlte jede Kontrolle, sodas die sämtlichen Angestellten taten, was sie wollten. Der Angeklagte Lemke, dem die Vorkasse unterhand, unterschlug aus dieser Briefmarken und bares Geld in ziemlich erheblichen Beträgen. Gemeinsamlich von sämtlichen Angeklagten wurde folgender Trick wiederholt angewendet. Der Angeklagte Wulf, der die sog. kleine Kasse zu verwaltete, zahlte an die übrigen erhebliche Geldbeträge, die ihm für angeblich gemachte Geschäftsausgaben angegeben wurden, ohne jede Kontrolle aus. Das Geld wurde dann verteilt. In zahlreichen Fällen lösterten die Angeklagten Beträge ein, ohne sie an die Kasse abzuliefern. Außerdem bestellten sie sich auf Rechnung der Firma bei anderen Firmen Waren. Bei Lieferungen für die Firma wurde ein bedeutend höherer Betrag gebucht, die Mehrsumme wanderte zu gleichen Teilen in die Taschen der Angeklagten. Der Angeklagte Stiller entwandte außerdem noch wertvolle chinesische Siederien. Wulf eignete sich aus der kleinen Kasse für etwa 100 R. Briefmarken an. — Vor Gericht waren die Angeklagten geständig. Die Verteidiger baten, die bisher unbescholtenen Angeklagten möglichst milde zu bestrafen, da diese durch fehlende Kontrolle beginnigt nur verurteilt hatten, von dem großen Braten, der aufgetischt wurde, ebenfalls einen Bissen zu erwischen. Der Gerichtshof erkannte gegen Lemke auf zwei Wochen, gegen Stiller, Weiser und Wulf auf je eine Woche Gefängnis, gegen Erising auf drei Tage Gefängnis und gegen Kuhnert auf einen Verweis.

Der Kampf mit dem papiernen Drachen, den im Spätsommer die Postverwaltung wegen ihrer Telegraphen- und Telephondrähte und die Kutscher wegen ihrer leicht schwebenden Pferde gegen die Schuljugend auszufechten haben, ist in Berlin älter, als mancher annehmen dürfte. Die kürzlich von der Postverwaltung wieder erlassene Warnung hat ihr Gegenstück in einer polizeilichen Verfügung, die vor jetzt gerade hundert Jahren in der „Spenerischen Zeitung“ veröffentlicht wurde. Im Spätsommer 1805 machte dort die Berliner Polizei bekannt: „Die hiesigen Einwohner haben ihren Kindern das sogenannte Drachenspiel, wodurch die Pferde sehr schen gemacht werden, nachdrücklich zu verbieten, widrigen Falles die Eltern dafür gestraft werden sollen.“ Telegraphen- und Telephondrähte kamen damals noch nicht in Betracht, weil es solche noch nicht gab.

Zwei Zwischenmeister der Anaberkonfektion sind nach großen Unterschlagungen flüchtig geworden. Der eine, Emil Wilmert, hat sich am Weidenweg 29 seine Werkstatt. Er machte einen soliden Eindruck, führte aber einen nicht gerade einwandfreien Lebenswandel, er war ein leidenschaftlicher Kartenpieler und Neunbahnspieler. Vor etwa 14 Tagen schloß er die Arbeitsräume, angeblich um eine kurze Geschäftsreise anzutreten. Seitdem ist er spurlos verschwunden. Man vermutet, daß W. der hier eine Frau zurückgelassen hat, nach London geflüchtet ist. Auf Veranlassung eines Gläubigers wurden die Arbeitsräume einer polizeilichen Durchsuchung unterworfen und dabei sechs Rollen Stoff mit Verschlag belegt. Im übrigen hat der flüchtige ersichtlich alles Wertvollere aus seiner Wohnung und Werkstatt mitgenommen, so daß seine zahlreichen Lieferanten und die Firmen, für die er arbeitete, das Nachsehen haben. Der zweite flüchtige Zwischenmeister ist ein gewisser Richard Dienstag, Naupachtstr. 6. Der Mann richtete vor einem Vierteljahre in einer kleinen Hofwohnung des Hauses Blumenstr. 18 eine Werkstatt für Anaberkonfektion ein. Die Arbeitsstoffe und Werkzeuge die fertige Ware. Teilweise verkaufte er auch sofort die ihm anvertrauten Stoffe. Als die rechtmäßigen Besitzer der Stoffe ihre Forderungen geltend machten, zog es der Betrüger vor, sich aus dem Staube zu machen. Es verläutet jedoch, daß er sich von Berlin nicht entfernt hat, sondern sich bei einer Geliebten verborgen hält. In beiden Fällen handelt es sich um beträchtliche Summen; der Kriminalpolizei ist Anzeige erstattet worden.

Eindreher und Brandstifter. Auf einen gemeinen Racheakt ist ein Brand zurückzuführen, der Donnerstag früh in der Marktgrafenstraße 73 ausbrach und die Hausmieter stark gefährdete. Kurz vor 4 Uhr bemerkte ein Schuttmann des 30. Polizeireviers, wie aus den Fenstern des ersten Stockes Flammen nach der Straße hin hervorströmten. Er sorgte für die Alarmierung der Feuerwehr, die auch in wenigen Augenblicken zur Stelle war. Die Situation für die in den oberen Stockwerken wohnenden Mieter war gefährlich, weil die Flammen an der Dachsfront hoch emporstiegen. Die Feuer-

Wehr ließ deshalb Mannschaften über eine mechanische Leiter nach den oberen Räumen vorgehen, um die geängstigten Hausbewohner vor überflutenden Schritten abzuhalten. Weil die Eingangstür zu dem brennenden Raum nicht so leicht zu öffnen war, drang die Wehr über Stiegeleitern zum Brandherde vor. Dieser lag in dem Modellsalon der Firma Theodor Richter und zwar in einem mit Stoffen und angefangenen Kleidern belegten Raum. Mit mehreren Rohren wurde das Feuer angegriffen und innerhalb einer halben Stunde auf diesen einen Raum beschränkt. Auf den ersten Blick konnte festgestellt werden, daß hier böswillige Brandstiftung vorlag. Die an den ausgebrannten Raum angrenzenden drei Geschäftsräume boten ein Bild arger Verwüstung. Fertige aufgehängte Roben im Werte bis 500 M. waren mit Messer und Schere derart bearbeitet, daß sie nur einzelnen Fäden gleichen. Neue Blässhosen und andere Wäsche zeigten ebenfalls die Spuren gewaltsamer Zerstörung. Die nähere Untersuchung ergab, daß Einbrecher vom Hofe aus durch die Küche nach den Geschäftsräumen vorgegangen waren. In die Küche hatten sie ein Loch gehöhrt, den Riegel zurückgezogen und dann das Hauptschloß mit Nachschlüssel geöffnet. Da keinerlei Beute weggeschleppt ist, so wird angenommen, daß es sich hier lediglich um einen Raubakt handelt. Vor Beginn ihrer „Arbeit“ hatten die Einbrecher die Jalousien herabgelassen. Um dem Feuer von vornherein möglichst viel Nahrung zuzuführen, haben sie mehrere große Vallen Tuch aus anderen Räumen zusammengehoppelt und dann den Brand angelegt. Der verursachte Schaden wird auf circa 20 000 M. beziffert. Die Kriminalpolizei leitete sofort eine Untersuchung ein, doch fehlt bis jetzt von den Tätern noch jede Spur.

Feuerbestattung in Berlin. In der Urnenhalle, welche der Vorstand des hiesigen Vereins für Feuerbestattung mit Genehmigung des Magistrats auf dem städtischen Friedhofe in Friedrichsfelde errichtet ließ, sind im letzten Verwaltungsjahre 18 neue Urnen mit Brandresten aufgestellt worden. Außerdem sind 7 Urnen im Urnenhain bzw. in anderen Teilen des Friedhofes in oder über der Erde beigesetzt worden.

In der Urnenhalle und im Urnenhain waren bis 31. März d. Js. im ganzen 209 Urnen aufgestellt oder beerdigt. In Familienbegräbnissen oder anderen Abteilungen waren bis dahin ferner 52 Urnen beigesetzt. Mitsin waren insgesamt 261 Urnen feuerbestatteter Personen auf dem städtischen Friedhofe beigesetzt.

Der Verbrennungsofen in der Diefelmeierstraße dient bekanntlich zur Verbrennung von Körperresten, die entweder aus Amputationen von lebenden Menschen herrühren, oder zu Leichen gehören, bei denen die Individualität durch Sektionen u. dergleichen gegangen ist. Die Leichenteile werden in mit Holz ausgelegten Holzkästen in den Verbrennungsofen eingeführt. In der Zeit vom 1. April 1904 bis 31. März 1905 sind 360 solcher Kästen, je zwei je einer Leiche, mit Leichenteilen eingeführt worden. Die Asche wurde nach dem städtischen Friedhofe in Friedrichsfelde übergeführt. Im Berichtsjahre haben in dem Verbrennungsofen 41 Urnen stattgefunden. Bei jedem Brande wurden durchschnittlich bis zu zehn der bezeichneten Kästen in den Ofen eingeführt.

Die Fertigstellung des Testomansals wird von der Kanalbauverwaltung nach dem augenblicklichen Stande der Arbeiten jetzt für das Ende des Jahres angenommen. Bis dahin wird der Hauptkanal in der Hauptstraße betriebsfähig sein. Voraussetzung dabei ist, daß nicht eine besonders ungünstige Witterung oder andere unvorhergesehene Störungen eintreten. Die Schleuse in Klein-Madnow kann im großen und ganzen als vollendet bezeichnet werden. Die elektrischen Installationen, die Aufstellung der Steuerungsapparate usw. sind bewirkt und zum größten Teil bereits häufiger geprüft worden, nachdem auf der Zentrale die Erzeugung des elektrischen Stromes in Angriff genommen ist. Wiederholte Schließungen haben die Wirksamkeit der angebrachten Maschinen usw. erwiesen. Mit der Einübung des Personals wird fortgefahren. Die innere Einrichtung des großen Schleusenhauses bedarf nur noch in einigen nebenstehenden Punkten der Ergänzung.

Am Arme des führenden Schutzmans überfahren. Ein tragischer Verkehrsunfall ereignete sich vorgestern abend am Stettiner Bahnhof. Auf zwei Krüden kam aus dem Bahnhof die 66jährige Händlerin Frau Julie Kornhart, Streifergasse 51 wohnhaft, herausgehumpelt. Allein wagte es die Greisin nicht, durch das Wagengetöse hindurch nach der Eidenborfstraße hinüberzugehen. Sie hat einen Schutzmann, sie zu geleiten. Vereitwillig bot der Beamte Frau K. den Arm und auf ihn gestützt bewegte sich die Alte langsam vorwärts. An der Inbalidenstraße kam von der Brunnstraße her ein Geschäftswagen in toller Karriere herangerast. Der Schutzmann, der samt seinem Schützling in die Gefahr geriet, durch den Wagen überfahren zu werden, winkte dem Kutscher mit der Hand zu; doch vergeblich. Das Fahrzeug kam auf die beiden hinzugefahren und warf sie zu Boden. Am die Greisin noch im letzten Augenblick zu retten, versuchte sie ihr Begleiter zurückzuziehen; es war jedoch zu spät. Die Deichsel traf den Schutzmann und verletzte ihn am Kopf. Frau K. wurde überfahren und beide Unterschenkel wurden ihr gebrochen. Die Krüden flogen im Wogen davon. Der Kutscher suchte jetzt sein Heil in der Flucht und entkam auch. In der Unfallsstation in der Eidenborfstraße erhielt die Schwerverletzte die ersten Notverbände und wurde der Charité zugeführt.

Feuerbericht. Zur selben Zeit, als in der Markgrafenstraße 73 der von Einbrechern aus Raube angelegte Brand bemerkt wurde, kam in der Fildisenstraße in einem Schuppen der Brauerei Feuer aus. Bei Ankunft der Wehr stand dieser schon in seiner ganzen Ausdehnung in Flammen, weshalb Brandmeister Wendt sofort mit mehreren Schlauchleitungen eingreifen ließ. Trotzdem konnte nicht verhindert werden, daß der Schuppen niederbrannte. Ueber die Entstehungsfache ist nichts ermittelt. — Am Weidenweg 87 hatten sich dann Pechbäume entzündet, während in der Friedrichstraße 97 Verpackungsmaterialien im Keller Feuer gefangen hatten. — Zwei Wohnungsbrände entstanden weiter in der Marienburgerstraße 36 und in der Krausstraße 15a. In beiden Fällen wurden im wesentlichen Möbel, Betten und Wäschestücke beschädigt. — Außerdem hatte die Wehr dann noch in der Andreasstraße 33 kurze Zeit zu tun, wo u. a. Spiritus brannte.

Theater. Lustspielhaus. In der am kommenden Mittwoch, den 13. September, stattfindenden Uraufführung des dreitägigen Lustspiels „Junger Ambrosia“ von Jean Servaes wird die Titelrolle von Frau Maria Wallinger dargestellt und ferner sind in den weiblichen Hauptrollen die Damen Hiller, Rubin, Marba und Wilhelm, in den männlichen die Herren Vach, Weidmann, Vettinger, Baumüller und Walter beschäftigt. — Julius Freundes neue Metropolitantheater-Revue „Auf ins Metropol!“ (Musik von B. Hollaender), welche am kommenden Sonnabend, von Direktor Richard Schütz inszeniert und ausgestattet, zur ersten Aufführung gelangt, enthält 9 Bilder, mit einer Fülle von Gesangsnummern und neuen Ballet-Arrangements. Kapellmeister Max Koch, dem die musikalische Leitung bei sämtlichen Proben oblag, dirigiert auch am Abend der Aufführungen.

Ein Vokal- und Instrumentalkonzert wird am Sonntag bei Keller in der Kopenstraße von der Berliner Männerchor 1905 und dem Bühnenklub Edelweiß veranstaltet. Als Mitwirkende werden der Violoncellist Alfred Wittenberg und das Neue Tonstudio-Orchester genannt, sowie das Berliner III. Trio. Das Programm bespricht eine Fülle von Kunstgenüssen. Nach dem Konzert wird gekant.

Mädchen in Berlin. Der Krampf des bairischen Volkstanzes ist jetzt von der Hafenstraße nach der Landsberger Allee verlegt. Bei dieser zweiten Auflage werden eine Anzahl der Kellnerinnen mit, die schon in der Neuen Welt tanzten. Lediglich haben die Verhandlungen zwischen dem Verband der Gastwirtsgehilfen und dem Gastwirt Scholz dahin geführt, daß dieser jedem der Mädchen zehn Mark Wohnungsschuldigung zubilligte und ihnen auch Abendbrot verabreichte. Der Stellenvermittler Kugler, der eigentlich in der Landsberger Allee mit als Unternehmer aufzutreten sollte, ist wie uns geschrieben wird, von seinem Associo Herrn Zimmerdorfer

wegen seiner unfairen Handlungsweise gegenüber den Kellnerinnen abgewiesen worden. Von den zehn Mark, die er den Mädchen in München — nach deren Auffassung als Kautions — abgenommen, hat er jeder 4 M. wieder herausgezahlt; nur diese Summe ist nach seiner Meinung als Kautions, der Rest als Gebühren für die Vermittlung zu rechnen. Sechs Mark also für eine Stellung auf die Dauer von vierzehn Tagen, bei der die Kellnerinnen knapp soviel verdienen, daß sie wieder nach Hause kommen konnten! Dabei sind sie das eigentliche „Zugmittel“, das die Leute heranzieht, und in der Tat kommt die Mehrzahl der Gäste, um sich einmal die „feinen Münchener Mädchen“ anzusehen. Der Verband der Gastwirtsgehilfen will gegen Herrn Kugler, der übrigens gar keine Vermittlerkonzession besitzt, Klagen oder den Kellnerinnen Rechtschutz gewähren, falls er die 480 M., die er nun noch insgesamt von den Kellnerinnen im Besitz hat, nicht freiwillig herauszahlt.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Seines Amtes als Richter des Kaufmannsgerichts ist unser Genosse Käster durch Schreiben des Vorsitzenden, Stadtrat Heyl, unter Bezug auf § 25 des Ortsstatuts vorläufig entbunden worden. Seine Qualifikation als Richter soll u. d. durch verloren haben, daß er nicht mehr im Handelsgewerbe tätig ist, vielmehr Angestellter der Dets-Krankenkasse ist. Nach den Bestimmungen des Wahlreglements würde an Stelle des Ausgeschiedenen der Kandidat Richter werden, der seinerzeit nach Ämter die höchste Stimmenzahl erhalten hat. Es ist dies der seitens des Zentralverbandes der Handelsgewerbetreibenden und -Geschäftsmen Deutschlands aufgestellte Kandidat Genosse Fabian. — Die dreijährige Wahlperiode läuft bekanntlich bis zum 31. März 1908.

Rixdorf.

Zu dem Strafenfall, dem das Söhnchen des Nachbareds Friedel zum Opfer gefallen ist, teilt uns der in gestrigen Bericht erwähnte Droschkenkutscher Herr Hoffmann, Lübbenerstr. 21, bezüglich mit, daß er nach dem Unfall keineswegs davongelaufen sei. Er habe vielmehr, als das Kind ihm blindlings unter dieäder gelaufen sei, seine Droschke sofort angehalten und den Fahrgast aussteigen lassen. Sein erstes sei dann gewesen, daß er das überfahrene Kind in den Wagen gelegt und es zur Unfallstation gefahren habe. Nachdem dem Kleinen dort die erste Hilfe zuteil geworden, habe er ihn nach dem Rixdorfer Krankenhaus gebracht. Somit sei von seiner Seite alles geschehen, um das schlimmste zu verhüten. Jemand, welche Rohheit oder Leichtfertigkeit habe er sich weder bei dem Unfall selbst noch nachher zuschulden kommen lassen.

Ein gemeingefährlicher Betrüger wurde gestern in der Person des 30jährigen Kaufmanns Gustav Kessel von der Rixdorfer Kriminalpolizei festgenommen. K., der erst vor einigen Monaten wieder einmal aus dem Zuchthaus entlassen war, hielt sich seitdem unangemeldet in Berlin, Gödterstraße 48, auf. Was er seitdem getrieben, verschweigt er. Gestern kam er auf einem Spaziergang nach Rixdorf und mietete sich im Hause Weiserstraße 206 ein möbliertes Zimmer. Dann ging er zu einem in der Nähe wohnenden Uhrmacher, stellte sich dort als Referendar Tiele-Kernes vor und kaufte eine goldene Uhr mit Kette im Betrage von 200 M. Da er „zufällig nicht so viel Geld“ bei sich habe, ersuchte er den Uhrmacher, innerhalb einer Stunde die Uhr nach seiner Wohnung zu bringen. Dies geschah dem auch und als der Uhrmacher klingelte, öffnete der Herr Referendar und führte den Geschäftsmann in ein Zimmer, wo er ihn nötigte, Platz zu nehmen. Dann ließ er sich die Uhr nebst Kette geben, um dieselbe „seiner Mutter zeigen zu können“. Der Herr Referendar verließ darauf das Zimmer und gleich darauf hörte der Uhrmacher, wie die Korridortür ins Schloß geworfen wurde. Nichts Gutes ahnend, eilte der Uhrmacher auf den Korridor und erfuhr hier von der Vermieterin, daß ihr neuer Zimmerherr soeben die Treppe hinaufgestiegen sei. Der Uhrmacher lief dem Betrüger nach und sah zu seiner Freude, daß am Reuterplatz ein Kriminalbeamter den Schwindler festhielt. Derselbe war ohne Hut die Straße entlang gestürzt und dem Kriminalbeamten daher verdächtig erschienen. Bald war der Sachverhalt aufgeklärt und wohl oder übel mußte Kessel, als welcher sich der Herr Referendar entpuppte, Uhr und Kette dem Geschädigten herausgeben.

Lichtenberg.

Eine gefährliche Taschendiebin ist Mittwoch in Lichtenberg verhaftet worden. Am vorigen Sonntagabend machte ein in der Friedrichstraße wohnender Steinseppolier die Bekanntschaft eines Mädchens und nahm es in seine Wohnung mit. Als er am anderen Morgen erwachte, war seine Begleiterin verschwunden, mit ihr aber auch zwei Portemonnaies mit 75 und 425 Mark Inhalt, die er unter seinem Kopfkissen versteckt gehabt hatte. Der Kriminalpolizei gelang es bereits am selben Tage, die Prostituierte, die sich mehrere Namen beilegte und in Judaliterkreisen den Spitznamen „Schiele Anna“ führt, zu verhaften. In ihrer Wohnung wurden sechs Portemonnaies mit Beträgen bis zu 50 Mark vorgefunden. Die Frau, deren Name warf schließlich aus dem Fenster der Zelle eine Herren-Taschenuhr hinaus; die vielfach wegen Diebstahls Verurteilte leugnet hartnäckig, das Portemonnaie mit 425 Mark gestohlen zu haben, während sie den Diebstahl der kleineren Summe zugibt.

Stralau.

Kuffchen erregt in Stralau das Verschwinden des 37 Jahre alten Gastwirts Ernst Jacob aus der Straße Alt-Stralau Nr. 18. Jacob ist seit etwas mehr als einem Jahre Inhaber der bekannten großen Gartenwirtschaft „Zum Lindenpark“, die auf dem Eigentum der Fabrikbesitzer Gebrüder Roll aus Berlin zwischen der Straße Alt-Stralau und der Spree seit vielen Jahren besteht. Das Geschäft läuft er für 9000 M. Am Dienstagmorgen um 2 1/2 Uhr ging Jacob weg, um Bekannte in der Zimmerstraße zu besuchen. Von diesem Ausgange kehrte er nicht zurück. Ein Unglück scheint ihm nicht zugestoßen zu sein, wenigstens liegt er nach dem Ergebnis der Nachfragen in seinem hiesigen Krankenhaus. Den Angehörigen ist das Verschwinden rätselhaft. Das Geschäft, das nach übereinstimmenden Aussagen sehr gut geht, betreibt Frau Jacob weiter.

Ober-Schönebeide.

Ein großer Dachstuhlbrand wütete gestern vormittag in der Wilhelminenhofstraße in Ober-Schönebeide. Durch bisher noch nicht festgestellte Ursache war in dem Dachstuhl des Eckhauses Wilhelminenhofstraße 47 und Marienstraße Feuer ausgebrochen. Als die Feuerwehren herbeieilten, hatte das verheerende Element schon gewaltig um sich gegriffen. Trotz eifrigster Tätigkeit der Wehren war der Dachstuhl nicht mehr zu retten; er fiel den Flammen zum Opfer. Angeblich soll der Brandherd in der Waschküche entstanden sein.

Gerichts-Zeitung.

Eine Anklage wegen Kindesunterschlebung beschaltigte gestern die Ferienkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsrats M. Roedel bis zum späten Nachmittag. Angeklagt war die Försterin Anna Schlichtl auf einem kleinen Orte in Ostpreußen. Sie ist schon einmal verheiratet gewesen, von ihrem ersten Ehemann aber geschieden. Ein jetzt 17jähriger Sohn erster Ehe besand sich unter den zum gestrigen Termin geladenen Zeugen. Die Angeklagte hat früher wegen sittenpolizeilicher Verstöße mehrere Polizeistrafen erlitten. Sie scheint sich danach, aus diesem Sumpfe herauszukommen und dies gelang ihr auch, als ihr jetziger Ehemann sie in Berlin kennen lernte und mit ihr in intimen Verkehr trat. Sie teilte ihm eines Tages mit, daß der Verkehr nicht ohne Folgen bleiben dürfte und Herr Sch., der von ihrem Verleben nichts wußte, heiratete sie. Am 20. April des vorigen Jahres wurde die Ehe geschloffen, und die Angeklagte siedelte von Berlin nach dem Wohnorte ihres jetzigen Ehemannes über. Das Bild der Ehe wurde

vorübergehend dadurch getrübt, daß dem Ehemann dunkle Gerüchte über das Verleben seiner Frau zu Ohren kamen. Er beruhigte sich aber, nachdem ihm die letztere ein von ihr gefälschtes polizeiliches Führungsattest vorgelegt hatte, wonach sie einen tadellosen Lebenswandel geführt habe; der Ehemann hatte infolge der körperlichen Veränderungen, die er an der Angeklagten wahrnahm, keinen Zweifel daran, daß sie ihrer schweren Stunde näher und näher kam, und da in dem kleinen Orte eine Hebamme nicht existiert und Herr Sch. aus jagdlichen Beziehungen den Prof. Dr. Madenrodt in Berlin kannte, so schickte er die Frau nach Berlin und riet ihr an, sich in die Madenrodt'sche Klinik zu begeben. Im September v. J. kam sie nach Berlin und will zunächst bei ihren Eltern in der Vorfigstraße gewohnt haben und dann infolge eines Panes mit ihrem Vater zu einer Frau Barke übergesiedelt sein. Der letzteren erzählte sie, daß sie kurz vorher entbunden habe, und kam dann auch mit einem neugeborenen Kinde an. Sie begab sich nach dem Standesamt und meldete an, daß sie in der Wohnung ihrer Eltern in der Vorfigstraße von einem Kinde männlichen Geschlechts entbunden worden sei. Sie hat später selbst zugeben müssen, daß diese Anzeige falsch war, da der Geburtsakt nicht in der Vorfigstraße stattgefunden habe. Mit dem neuen Weltbürger kehrte sie zu ihrem Ehemann zurück. Ihrem Manne machte sie die wiederum falsche Mitteilung, daß die Entbindung bei Professor Dr. Madenrodt stattgefunden habe. An dem kleinen Jungen hängt sie mit zärtlicher Liebe und pflegt ihn mit aller Sorgfalt. Da wurde das Mutterglück durch die Polizei gestört. Der Berliner Kriminalpolizei fiel es auf, daß das Kind einer armen Näherin, dessen Dasein auf den polizeilichen Listen verzeichnet war, plötzlich ganz von der Bildfläche verschwunden war und jede Meldung über das Schicksal desselben ausblieb. Man forderte die Näherin zu einer Erklärung auf und die Polizei erfuhr nun, daß das Kind an eine Frau veräußert worden sei, die sich bei einer Hebamme um die Erlangung eines neugeborenen Kindes bemüht hatte. Die Näherin hatte mit der betr. Frau nach der ersten Begegnung noch ein zweites Zusammentreffen verabredet, die Frau hatte sich dann aber nicht mehr sehen lassen und der Verbleib des Kindes blieb in Dunkel gehüllt. Die Polizei nahm an, daß es sich um eine Kindesunterschlebung handelte und stellte eifrige Recherchen an. Sie ermittelte, daß am 20. September bei mehreren Hebammen, insbesondere bei einer solchen in Charlottenburg eine Frau erschienen war und sich nach neugeborenen Kindern erkundigt hatte, da sie eins an Kindesstatt annehmen wollte. Von der Frau konnte nur eine oberflächliche Personalbeschreibung gegeben werden. Die Polizei recherchierte weiter bei den Standesämtern, prüfte die Geburtsanzeigen aus jenen Tagen, und die Spuren führten schließlich zu der Angeklagten.

Die Anklage behauptet, daß diese gar nicht in anderen Umständen gewesen sei, dies dem Sch. nur vorgespiegelt habe, um ihn zur Heirat zu bewegen, und daß sie dann weiter ihren Ehemann durch allerlei künstliche Mittel über ihren Zustand getäuscht habe. Nach Ansicht der Anklage habe die Angeklagte das verschwundene Kind der Näherin als eigenes ihrem Ehemann zugeführt. Da die Angeklagte mit großer Entschiedenheit eine solche Komödie bestritt und dabei verblieb, daß sie die Mutter des kleinen Jungen, der als Vergleichsobjekt an Gerichtsstelle war, sei, so war eine umfangreiche Beweisaufnahme notwendig, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand. Der Ehemann hat bei seiner kommissarischen Vernehmung ausgesagt, daß er keinen Zweifel an der Mutterschaft seiner Ehefrau habe; er hat auch versichert, daß er die Anklage auch geheierte hätte, wenn sie ihm nicht gesagt hätte, daß sie sich in gesegneten Umständen befinde. Die vernommenen Hebammen konnten bei der Angeklagten nur eine gewisse Ähnlichkeit mit der Frau erkennen, die sich nach einem neugeborenen erkundigt hatte; die als Zeugin vernommene Näherin erkannte den anwesenden Sproßling als ihren Sohn nicht wieder, ebensowenig erkannte sie die Angeklagte. Diese betrie sich auf ihre Mutter und mehrere Personen, die an der Geburt ihres Kindes keinerlei Zweifel gehabt haben und machte darauf aufmerksam, daß das Kind an den Heben eine kleine Abnormität zeige, die sie selbst und mehrere Mitglieder ihrer Familie haben. Zum Vergleich legte sie auch eine Photographie ihres 17jährigen Sohnes aus ganz jungen Jahren vor, die eine Ähnlichkeit mit dem jetzt in Frage stehenden jungen Weltbürger habe. Belastend für sie war, daß sie über den Ort, wo die Geburt stattgefunden, und die näheren Umstände verschleierte unwahre Angaben gemacht und niemand von dem Geburtsort irgend etwas bemerkt hat. Ferner ist sie in der Madenrodt'schen Klinik sowohl zwei Tage vor und 5 Tage nach der angeblichen Geburt aus anderer Veranlassung körperlich untersucht worden und die hier amtierenden sachverständigen Ärzte haben nicht das geringste von einer zu erwartenden oder stattgefundenen Entbindung bemerkt. Ueber die maßgebenden medizinischen bezw. gynäkologischen Fragen wurden Prof. Dr. Madenrodt, die Assistenzärzte Dr. Kunzsch und Dr. Gafemann, Gefängnisarzt Dr. Marx und Prof. Dr. Straßmann vernommen. — Staatsanwalt Dr. Lindow gab zu, daß nicht nachgewiesen sei, daß es sich hier um das verschwundene Kind der Näherin handele. Nach der Beweisaufnahme liege aber zweifellos eine Kindesunterschlebung und eine willkürlich falsche Angabe vor dem Standesamte vor. Der Staatsanwalt hielt aber den Fall für so milde liegend, daß er nur zwei Monate Gefängnis beantragte. — Der Verteidiger Referendar Carow führte dagegen aus, daß die Schuld der Angeklagten in keiner Weise erwiesen sei und der Gerichtshof trotz aller vorliegenden Belastungsmomente zu einem Non liquet kommen müsse. Nachdem die Angeklagte ihr Ziel, Frau zu werden, erreicht hatte, habe sie doch gar keinen Grund gehabt, ihrem Ehemann, dessen keiner Ehat durch ein Kind stark belastet wurde, eine solche Geburtskomödie vorzumachen. Der Gerichtshof kam zu einem Schuldigspruch, war aber auch der Ansicht, daß der Fall denkbar milde liege. Die Angeklagte habe keine gewinnlästige Absicht gehabt, die Frau nehme sich des Kindes liebevoll an und habe sich von ganz edlen Motiven leiten lassen. Das Gesetz verlange aber eine Sühne und diese sei vom Gericht auf zwei Wochen Gefängnis bemessen worden.

Vermischtes.

Diebstähle im Vatikan. Aus Rom wird uns geschrieben: Die hiesige „Messaggero“ bringt Kuffchen erregende Enthüllungen über fortgesetzte schwere Diebstähle, die in dem Casino di Leone IV, dem Sommeraufenthalt der Päpste in den vatikanischen Gärten, vorgekommen sind. In diesem Landhause wurden seit Jahren die Kunstwerke aufgehäuft, die Fürstlichkeiten, Würdigen und reiche Gönner dem Papst überbrachten, wertvolle Miniaturen, Paramente, Alben usw. Seit längerer Zeit bemerkte man, daß diese nicht katalogisierte Sammlung sich allmählich lichte. Da die kleinen Fische im Reich bleiben, legte man zunächst Hand auf einen Gardener der Schweizer Garde, einen gewissen Antonelli, der vom Dienst suspendiert wurde und jetzt sogar den weltlichen Gerichten des „Murrators“ angezeigt ist.

Der „Messaggero“ fügt hinzu, daß der Wert der gestohlenen Gegenstände eine phantastische Höhe erreicht. Im Vatikan glaube man allgemein, daß Antonelli nicht allein schuldig sei und daß sehr hochgestellte Persönlichkeiten um große Diebstähle in anderen Gemächern und Sammlungen wüßten. Wahrscheinlich wird, wie bei dem berühmten Millionendiebstahl des Duomo nero, die Öffentlichkeit nie Gewissens über diese Geheimnisse des Vatikan erfahren.

Eingegangene Druckschriften.

Blut. Kritische Wochenschrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen (Herausgeber: Georg Brandt). 36. Heft. Abonnement vierteljährlich per Post und Buchhandl. 3,50 M., Einzelband 4.—, Verlag: Berlin-Charlottenburg, Gabelstr. 62.

Fritz Schmeiser: Tatsachen und Meinungen über wirtschaftliche, sozialpolitische und juristische Bedeutung, mit besonderer Berücksichtigung des Arbeitsvertrages. 143 Seiten. 3 M. Verlag: U. Deichert Nachf. (B. Böhm), Leipzig.